

liberal

DEBATTEN ZUR FREIHEIT

4.2013
www.libmag.de
7,90 EURO

SCHWERPUNKT

HEUTE SCHON WAS VERBOTEN?

ÜBER DIE GRÜNE GROSSINQUISITION

MIT BEITRÄGEN VON:

THOMMIE BAYER

CHRISTOPHER HITCHENS

INTERVIEW RAINER BRÜDERLE:

ES WAREN VIER GUTE JAHRE FÜR DEUTSCHLAND

GARRI KASPAROW: WESHALB RUSSLAND KEIN RECHTSSTAAT IST

SIBYLLE BERG: WARUM DIE FREIHEIT DURCH GEBRAUCH WÄCHST

BORIS EICHLER: WIESO RUNDFUNKRÄTE NICHT STAATSFERN SIND

Friedrich Naumann
STIFTUNG

FÜR DIE FREIHEIT



Zukunft gestalten: Die Soziale Marktwirtschaft ist erfolgreich, weil sie durch Wettbewerb und Leistungsbereitschaft zur Innovation zwingt. Nur so können Wachstum und Wohlstand weltweit geschaffen und bewahrt werden.

Die Fortschrittsinitiative der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit trägt mit Publikationen und Veranstaltungen dazu bei, den Wert des Fortschritts und den Wert der Freiheit zu verbreiten.

Machen Sie mit unter www.facebook.com/Fortschrittsinitiative
oder unter www.fortschrittsinitiative.org





„WIE KONNTEN AUS REVOLUZZERN VON GESTERN SPIESSER VON HEUTE WERDEN?“

DAVID HARNASCH
CHEFREDAKTEUR



Vor einigen Wochen wollten wir nach dem Abendessen noch die warme Nachtluft Barcelonas genießen, weshalb meine Begleitung und ich uns entschlossen, den etwa halbstündigen Weg zum Hotel am Strand zurückzulegen. Dass die Getränkeverkäufer, die nach Ladenschluss kaltes Bier für einen Euro je Dose feilboten, eher im juristischen Dunkelgrau agieren, ahnte ich. Dass ich aber selbst tatsächlich eine Geldbuße riskierte, weil ich auf offener Straße ein Bier trank, erfuhr ich erst Tage später.

Dabei gab es eine ähnliche Verordnung vor Jahren schon mal unter dem grünen OB Dieter Salomon in meiner Heimatstadt Freiburg, bis ein Jurastudent sie 2009 vor dem baden-württembergischen Verwaltungsgerichtshof zu Fall brachte. Die örtliche Prohibition änderte weder am Lärmpegel noch an der Kriminalitätsrate in der Fußgängerzone irgendetwas. Seit einiger Zeit dürfen die Tankstellen im Ländle spätabends keinen Alkohol mehr verkaufen. Auch diese Maßnahme wirkt sich keineswegs mäßigend auf innerstädtischen Krawall aus, sehr wohl aber auf die Umsätze, die die dortige Gastronomie durch Außerhausverkäufe erwirtschaftet. Beim östlichen Nachbarn Bayern kann nun wieder jedermann jederzeit Korn, Bier, Schnaps und Wein beim „Tante-Esso-Laden“ kaufen, nachdem eine Verordnung, die dies nur Autofahrern, nicht aber Fußgängern (!) erlaubte, aus offensichtlichen Gründen kassiert wurde.

„Das Wesen tyrannischer Macht ist nicht das eiserne Gesetz. Es ist das unberechenbare Gesetz. Tyrannei kann kleinlich sein.“ Was der viel zu früh verstorbene Starautor Chris-

topher Hitchens 2004 über die Transformation New Yorks von einer anarchistischen Weltstadt zu einem überregulierten Disneyland schrieb (ab Seite 14), lässt sich nahezu eins zu eins auf die heutige Diskussion in Deutschland übertragen. Thommie Bayer geht in unserem Schwerpunkt zum Thema „Verbote“ der Frage auf den Grund, wie aus den Revoluzzern von gestern die Spießer von heute werden konnten (Seite 10).

In den vergangenen Wochen ergingen in Russland zwei skandalöse Gerichtsurteile: die posthume Verurteilung des in der Haft ermordeten Rechtsanwalts Sergej Magnitski wegen Steuerbetrugs und fünf Jahre Lagerhaft für den oppositionellen Blogger und Kandidaten für das Moskauer Bürgermeisteramt Alexej Nawalny wegen angeblicher Veruntreuung. Garri Kasparow erklärt im Exklusivinterview mit *liberal*, wie der Westen die freiheitsliebenden Kräfte Russlands in diesen schweren Zeiten unterstützen kann (ab Seite 42).

In eigener Sache haben wir hingegen gute Nachrichten zu verkünden: Erstens bieten wir ab sofort ein rabattiertes Abonnement für Studenten an. Sie können es online unter www.libmag.de/abo oder auf Seite 99 dieses Hefts bestellen. Zweitens belohnen wir künftig jeden, der einen neuen Abonnenten für *liberal* wirbt, mit einer attraktiven Prämie (siehe Seite 27) - das gilt übrigens auch für Werber, die ihre eigene Ausgabe lieber im Bahnhofsbuchhandel oder als App beziehen. Drittens freuen wir uns über den Gewinn des Awards „Best of Corporate Publishing“. Die Jury hat *liberal* mit Silber ausgezeichnet. Wir versprechen, uns nicht auf diesen Lorbeeren auszuruhen! ●

STANDARDS

3

EDITORIAL

4

INHALT

6

#LIBERALMAGAZIN

8

FREMDSEHEN 

33

IMPRESSUM

37

BÜCHER

46

ZENTRALMOTIV 
Weltjugendfestspiele

48

WUTPROBE
Umweltschutz

49

AUTOREN DER FREIHEIT
Matthias Heitmann

56

LAGEBERICHT
Erderwärmung

71

FREIDENKER
Kreuzworträtsel

75

STEUERVERSENKUNG
DES QUARTALS

82

MIERSCHS MYTHENLESE
EUGEN RICHTER

94

WOLFGANG
GERHARDT TRIFFT
Guido Westerwelle

98

ZITATE DER FREIHEIT
Sibylle Berg

liberal IM ABONNEMENT
Alles dazu auf
Seite **99**

LESER WERBEN LESER
auf Seite **27**



SCHWERPUNKT „VERBOTE“

Lernziel Risikokompetenz

Wer um seine Unversehrtheit fürchtet, sollte das Haus nicht verlassen. Freiheit sieht anders aus. Gleichwohl nehmen wir es hin, dass andere über unseren Lebenswandel befinden. Ob Rauchverbot, Internetblockade oder Veggie-Day - alle diskutierten und vollzogenen Restriktionen wollen Wohlergehen verordnen. Auf der Strecke bleibt jener souveräne Umgang mit Risiken, der das Leben erst lebenswert macht.

10

ANGSTWACHSTUM

Die gesellschaftlichen Leithammel der Gegenwart sind ohne es zu bemerken irgendwann wie ihre eigenen Eltern geworden. Hoffentlich ist der Triumph der Verbotsspießer nur ein letztes Aufbäumen aus Furcht vor dem Verschwinden.

VON THOMMIE BAYER

14

I FOUGHT THE LAW

Um gegen die Verordnungsflut von New Yorks Bürgermeister Bloomberg zu protestieren, hat der Schriftsteller Christopher Hitchens einen Tag lang Straftaten begangen. Ein Erfahrungsbericht.

VON CHRISTOPHER HITCHENS

22

MEHR VERBOTE WAGEN

Ob Computer, Geländeaautos oder Tiere im Zoo - politische Verbotsforderungen sind beliebt. Besonders bei einer bestimmten Partei. Eine humorfreie Annäherung an grüne Bedenkenträger.

VON MARC ETZOLD

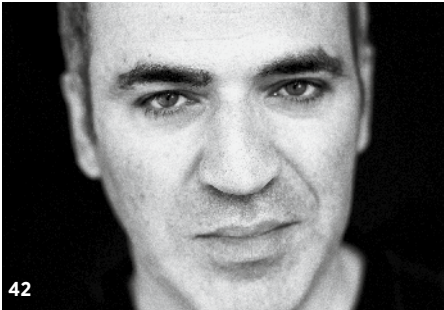
24

VERNUNFTBEFREITE ZONEN

Während die große Politik sich um ein zweifelhaftes NPD-Verbot bemüht, lässt sie jene im Stich, die sich vor Ort gegen Neonazis wenden. So entstehen „national befreite Zonen“ - und die Opfer rechter Gewalt werden zum Schweigen verdonnert.

VON ANTJE SCHIPPMANN

Foto: fotolia (Montage)



- 28 SPIEL DES LEBENS
Sie nennen sich Bio-Hacker. In privaten Hinterhoflabors hantieren sie mit unserem Erbgut. **VON STEFFAN HEUER**
- 34 „VIER GUTE JAHRE FÜR DEUTSCHLAND“
Rainer Brüderle erklärt, warum unser Land eine liberale Kraft braucht. **VON DAVID HARNASCH**
- 38 ÖKOLOPOLY
Wie 1980 ein kybernetisches Umweltspiel für grünes Bewusstsein sorgen sollte. **VON DAVID HARNASCH**
- 40 AMTLICH GEGRILLT
Vom Hürdenlauf eines Würstchenverkäufers gegen den Berliner Amtsschimmel. **VON BORIS EICHLER**
- 42 „JEDER HAT ANGST“
Schachgenie und Bürgerrechtler: Garri Kasparow über die Lage in Russland.
VON CLEMENS SCHNEIDER
- 50 MISES RADIKALE ERBEN
Über die freien Denker und libertären Geister des Mises-Instituts in Alabama. **VON CHRISTINE MATTAUCH**
- 54 LOOKING FOR A NEW ENGLAND
Junge Briten finden liberale Werte attraktiver als jede ihrer Vorgängergenerationen. **VON JAN-PHILIPP HEIN**
- 58 KEIN LIBERALISMUS, NIRGENDS
Wie Rechtspopulisten in Österreich das freiheitliche Denken diskreditiert haben. **VON OLIVER JEGES**



- 60 WELTAUSSTELLUNG
Deutschland ist der weltweit führende Standort für Leitmesse - allein die Öffentlichkeit nimmt es kaum wahr.
VON RALF KALSCHER
- 66 FLUCHTGELD
Die Zahl der Steueroasen wächst. Neue Low-Tax-Paradiese entstehen vor allem außerhalb Europas. Bald sind es weltweit mehr als 60. **VON ERNST EGGERS**
- 68 COMEBACK DER KEYNESIANER
Die Konjunkturprogramme der 70er-Jahre waren die Basis der heutigen Staatsschulden. Trotzdem setzen in der Krise wieder viele auf Keynes. **VON GÉRARD BÖKENKAMP**
- 72 UNSOZIALE SOZIALUNTERNEHMER
Was SPD, Wohlfahrtsverbände und Gewerkschaften gemein haben? Sobald sie selbst als Arbeitgeber auftreten, unterlaufen sie ihre eigenen Gerechtigkeitsideale. **VON JAN-PHILIPP HEIN**



- 76 RAUMGESTALTER
Sprayer, wilde Stricker und Guerillagärtner verändern das Stadtbild. Ist das Sachbeschädigung oder haben Bürger das Recht, an der Gestaltung des öffentlichen Raums mitzuwirken? **VON RALF KALSCHER**
- 84 DER GRAUE BLOCK
Der Rundfunk in Deutschland hat staatsfern zu sein. Doch die vermeintlich unabhängigen Vertreter in den Rundfunkräten werden oft von staatlich finanzierten Institutionen entsandt.
VON BORIS EICHLER
- 88 BAYRISCHES URGEFÜHL
Für Toleranz, Weltoffenheit und Großherzigkeit steht die „Liberalitas Bavariae“. Eine Spurensuche. **VON PETER ZANGERL**
- 90 ALLES. ABER GÜNSTIG
Drei Tage Berlin zum Nulltarif klingt suspekt. So es sich um eine Abgeordnetenfahrt handelt, kann jedoch jeder ohne Bedenken mitfahren, der sich für Bundespolitik und deutsche Historie interessiert. **VON MIRKO HACKMANN**

Wenn Sie noch tiefer in die Debatten zur Freiheit eintauchen wollen, empfehlen wir Ihnen die App-Version von *liberal*. Sie ist als iPad- und Androidversion für Abonnenten gratis erhältlich und enthält multimediales Zusatzmaterial:



Video



Bildergalerie



Audio(slide)



Leseprobe



SCHWEDENROCK

Dieses Foto wurde nicht in Schottland, sondern in Schweden aufgenommen. Die männlichen Mitarbeiter der Roslagsbahn im Norden Stockholms hatten ein Problem: Die

Geschäftsleitung der Schmalspurbahn untersagte ihnen selbst bei größter Hitze, kurze Hosen zu tragen. Um trotzdem etwas frische Luft an ihre Beine zu bekommen, machten sich Lokführer Martin Akersten und ein gutes Dutzend Kollegen die Funktionsmechanismen der Political Correctness zunutze - und erschienen im Rock zum Dienst. Worauf sie spekulierten, trat ein: Die Geschäftsleitung duldete den Verstoß gegen die Uniformordnung, da es „diskriminierend wäre, Männern das Tragen von Frauenkleidung zu verbieten“. Die Fahrgäste reagierten ausnahmslos positiv.

RANKING

1	SCHWEDEN
	79,4
2	NIEDERLANDE
	77,2
3	DEUTSCHLAND
	76,7
4	ÖSTERREICH
	75,6
5	DÄNEMARK
	75,4
6	VEREINIGTES KÖNIGREICH
	74,2
7	FINNLAND
	74,0
8	ESTLAND
	72,1
9	TSCHECHISCHE REPUBLIK
	71,5
10	LUXEMBURG
	71,4
...	
20	RUMÄNIEN
	63,8
21	IRLAND
	63,7
22	MALTA
	63,1
23	BULGARIEN
	63,0
24	UNGARN
	62,1
25	ITALIEN
	61,0
26	SPANIEN
	59,3
27	GRIECHENLAND
	55,3
28	KROATIEN
	55,3

Quelle: Eurostat

Erwerbstätigenquote 2012

Wie viele von uns arbeiten eigentlich? Darüber gibt die Erwerbstätigenquote Auskunft. Die Erwerbstätigenquote ist der Anteil an Personen im Alter zwischen 20 und 64 Jahren, die irgendeine Tätigkeit gegen Entgelt oder Ertrag mindestens eine Stunde pro Woche ausgeübt haben oder vom Arbeitsplatz nur vorübergehend abwesend waren – zum Beispiel wegen Krankheit oder Mutterschutz.

Interessant ist dabei die unterschiedliche Entwicklung in einigen EU-Krisenstaaten: In Irland zum Beispiel brach die Quote 2009 um fünf Prozentpunkte ein, stabilisierte sich jedoch schon bald. Spanien dagegen verzeichnet seit 2009 einen permanenten Rückgang. Am drastischsten ist die Entwicklung in Griechenland, wo die Erwerbstätigenquote zwischen 2010 und 2012 von 64,0 auf 55,3 Prozent sank.

In Deutschland steigt die Erwerbstätigenquote seit 2005 langsam, aber kontinuierlich an.





VOLKES STIMME

IST DEUTSCHLAND DIE REPUBLIK DER VERBOTE?

1

Markus Frey (51), Gesundheitstrainer:

„Freiheit und Verantwortung gehören untrennbar zusammen. Solange wir aber einerseits so viel Angst vor der (Selbst-)Verantwortung haben, wie dies nach wie vor der Fall ist, und andererseits die Freiheit oft ohne Rücksicht auf gesellschaftliche Verantwortung gelebt wird, so lange wird Deutschland eine Republik der Verbote bleiben.“

2

Tobias Blanken (34), PR-Berater:

„Nachdem man hier im Prenzlauer Berg ein Zweit-WC-Verbot erlassen hat, um sogenannte ‚Luxussanierungen‘ zu verhindern, frage ich mich, welcher Lebensbereich noch frei von Verboten ist. Anderswo

heißt es ‚My home is my castle‘, hier entscheidet die Politik, wo man in der eigenen Wohnung den Verdauungsvorgang zum Abschluss bringt.“

3

Andreas Müller (28), Student:

„Was der Deutsche nicht mag, wird verboten oder durch Regulierung auf Distanz gehalten. Sei es Gentechnik, Abtreibung oder die Finanzmärkte. Vor allem steht der Deutsche jedoch für eines: Pragmatismus. Das heißt, er hat keine Moral und niemand ist vor ihm sicher.“

4

Brigitte Boller (51), Heilpraktikerin:

„Meine Erfahrung ist, dass die Verbote aus einer tiefen deutschen Angst kommen, dass sich die Geschichte wiederholen

könnte. Da wird nicht mehr differenziert hingeschaut, sondern gleich der Knüppel rausgeholt. Im Vergleich zu anderen Ländern, die ich erlebt habe, fehlt der Mut für Flexibilität und Neues.“

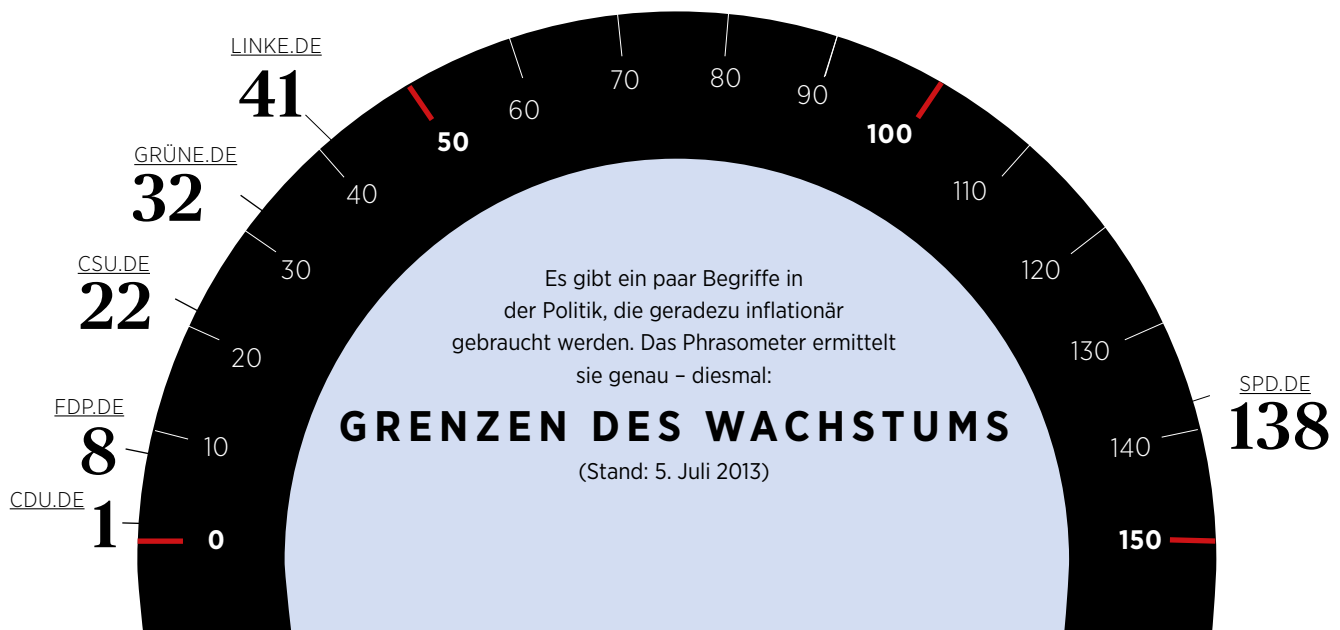
5

Marina Choikhet, 27, Business Development Managerin

„Im Vergleich zu vielen anderen Ländern ist Deutschland sicher eine sehr liberale Republik. Es fällt dennoch auch hierzulande die Tendenz auf, aktuelle Probleme sofort durch Verbote lösen zu wollen. Derartige Vorschriften werden in Deutschland viel zu schnell verabschiedet, ohne erst einmal durch eine offene Diskussion eine Kultur der Verantwortung und der freiwilligen Selbstkontrolle zu fördern.“

PHRASOMETER

Wie oft finden sich bestimmte Schlüsselwörter auf den Webseiten der Parteien?



WAS DAS AUSLAND TITELT

Welche Ereignisse als wesentlich gelten, hängt vom jeweiligen Land und seiner politischen und gesellschaftlichen Situation ab. Wir zeigen in jeder Ausgabe von *liberal* die Titelseite einer ausländischen Zeitung und reißen in kurzen Übersetzungen die Themen an.

Diesmal die

„KATHIMERINI“ (DIE TÄGLICHE),
Ausgabe vom 16. Juli 2013



**„KATHIMERINI“
(DIE TÄGLICHE)**

Tageszeitung für Politik und Wirtschaft

Kathimerini ist eine Athener Tageszeitung. Sie erscheint seit 1919 und gilt als konservativ und seriös. Sie war zur Zeit der Militärdiktatur verboten. Nach deren Ende 1974 konnte die Kathimerini wieder erscheinen.

Η ΚΑΘΗΜΕΡΙΝΗ
Ημερήσια Πολιτική και Οικονομική Εφημερίδα
Αθήνα, Τρίτη 16 Ιουλίου 2013
€ 1,00

Κινήσεις αποκλιμάκωσης μέχρι το παρά πέντε
Όσοι να αμβλυνθούν οι αντιδράσεις βουλευτών της συμπολιτευτικής και να ψηφιστεί το πολυνομοσχέδιο

Αποφάσεις της Βουλής για τη Λίστα Σαμαράς
Συνεδρίαση με παρουσίαση του Ε. Γκιουζαλιώτη

Ο Ραχόι αρνείται να υποβάλει παραίτηση
Για τα περί δωροδοκίας του

848 μέρες περιμένουν επιστροφή ΦΠΑ
Από την Η.Δ.Υ. του υπουργείου - Πάρεση ένα έτος ο μισός όρος αναμονής

Να μη ζητωμαθεί ο τόπος
Το αρχείο αεροπορικών ατυχημάτων στην Ελλάδα είναι το καλύτερο στην Ευρώπη

Ο Ρετσίνογλου απειλεί με χτύπημα κατά του Ιράκ
Το αρχείο αεροπορικών ατυχημάτων στην Ελλάδα είναι το καλύτερο στην Ευρώπη

Σοβαρευτείτε, κύριοι...
Οι βουλευτές της κυβέρνησης πρέπει να σταματήσουν να παίζουν με την φωτιά

Hyperloop, όχημα από το μέλλον
Το αρχείο αεροπορικών ατυχημάτων στην Ελλάδα είναι το καλύτερο στην Ευρώπη

-1- Schritte der Regierung zur nachhaltigen Deeskalation

Widerstand der Kongressabgeordneten der Regierungskoalition soll abgeschwächt und Weg für Gesetzentwurf frei gemacht werden

Um sicherzustellen, dass der Entwurf für die Auszahlung der nächsten Rate ohne unvorhergesehene Zwischenfälle genehmigt wird, arbeitet die Regierung an einer Korrektur des Gesetzentwurfs, die helfen soll, den Widerstand abzuschwächen. Trotz der Korrektur gibt es aber keine wesentlichen Änderung der Vorschriften. Widerstand kam nicht nur von Kongressabgeordneten, sondern auch von Bürgermeistern. In Sitzungen der Regierungsmitglieder mit Kon-

gressabgeordneten der Regierungsparteien, aber auch in einer Sitzung der Fraktion der sozialdemokratischen Partei PASOK, zeichnete sich ab, dass die Regierung die entlassenen Stadtpolizisten in der Bundespolizei und im Justizministerium einstellen wird. Der Minister für Bildung, Konstantinos Arvanitopoulos, ließ die Möglichkeit offen, die entlassenen Lehrer in staatlichen Berufsausbildungsinstituten (IEK) weiterzubeschäftigen. [...]

- 2 -

Entscheidungen des Parlaments für die Lagarde-Liste

Anklage gegen Georgios Papakonstantinou

Die Vollversammlung des Parlaments wird sich zu der Anklage gegen den ehemaligen Finanzminister Giorgos Papakonstantinou äußern. Im Einzelnen geht es um das Verbrechen der Untreue im Dienst, Urkundenfälschung und Fehlverhalten in Bezug auf den Umgang mit der Lagarde-Liste. [...]

- 3 -

Regierungschef Antonis Samaras bittet Banken um mehr Liquidität

Um einen wesentlichen Beitrag des Bankensystems zur Verbesserung der Liquidität und damit zur konjunkturellen Erholung hat Regierungschef Antonis Samaras gestern im Megaro Maximou gebeten. In der Sitzung waren die Leiter der vier systemischen Banken zugegen, außerdem der Finanzminister Y. Stournaras und der stellvertretende Finanzminister Ch. Staikouras, und die Verwaltung der Finanzstabilisierungsfazilität. Mittlerweile wurden die Verhandlungen zwischen der Verwaltung der Finanzstabilisierungsfazilität und der Eurobank abgeschlossen. Es kam zu einer Einigung des Transfers des „neuen“ Postgiroamtes und der Proton Bank. [...]

- 4 -

Leitartikel: Nicht das Land belasten

Dieser Sommer sollte, so wie es derzeit aussieht, einer der besten werden in Hinblick auf Einnahmen aus dem Tourismus und Besucherzahlen. Das bedeutet, dass Tausende unserer Mitbürger Arbeit finden werden. Die Staatseinnahmen werden wachsen und die Konjunktur wird sich beleben. Es wäre katastrophal, wenn die Proteste gegen den Gesetzentwurf die Touristiksaison belasten würden. [...]

- 5 -

848 Tage Wartezeit für Mehrwertsteuerrückerstattung

Etwas ein Jahr durchschnittliche Wartezeit von der S.D.O.E in Thessaloniki

Fast ein Jahr, um genauer zu sein 337 Tage durchschnittlich, warten Unternehmen, bis sie ihre Mehrwertsteuerrückerstattung erhalten. Laut G.G. Esodon (Generalsekretariat für die Einnahmen) liegt die Wartezeit zwischen bestenfalls 50 Tagen und – in manchen Finanzämtern – bis zu 848 Tagen. [...]

- 6 -

Rajoy verweigert den Rücktritt wegen Bestechung

Trotz des Drucks von der Opposition und einem Teil der Presse Spaniens verkündete Regierungschef Mariano Rajoy gestern, dass er den Rücktritt verweigert. Er steht unter Anklage wegen eines Skandals um Schwarzgeldkassen, in dessen Mittelpunkt Exschatzmeister Luis Barcenas steht. [...]

- 7 -

Hyperloop, die Mobilität der Zukunft

Die Pläne für „Hyperloop“, ein neues Massenverkehrsmittel, werden am 12. August vom Erfinder und geschäftsführenden Direktor der Firma Tesla Motors, Elon Musk (Bild), veröffentlicht. Zurzeit ist über den „Hyperloop“ noch wenig bekannt. Es geht um eine umweltfreundliche Bahn, mit der Passagiere in weniger als einer halben Stunde die Strecke zwischen Los Angeles und San Francisco zurücklegen können. [...]

- 8 -

Kommentar von Alexis Papachelas: „Seien Sie ernst, Gentlemen“

Ich schätze mich als eher selbstbeherrscht ein. In letzter Zeit aber verliere ich die Geduld mit den Politikern. Wie ist es möglich, dass sie Entscheidungen treffen ohne zu begreifen, welchen Zorn sie erregen? Ein Beispiel ist die Berufung des Herrn Pappoutsis zum Vertreter Griechenlands bei der Weltbank. Das sollte die gut ausgebildeten jungen Menschen dieses Landes wütend machen. Denn sie und ihre Familien sehen keine beruflichen Perspektiven in unserem Land und glauben, dass solche Jobs nur für Vertreter politischer Parteien da sind. Warum organisierte der Staat keine Stellenausschreibung? Warum musste er ein weiteres Mal die Nachricht an unsere talentierten, jungen Bürger senden, dass der einzige Weg entweder die Gewalt oder die Auswanderung ist? [...]

- 9 -

Netanyahu droht Iran mit Angriff

- 10 -

HEUTE

Demonstranten gegen Arbeitnehmer

Straßenkämpfe für das griechische Gold in Chalkidiki

Nach der Konferenz

Der nächste Tag war nicht leicht für Syriza

Öffentliche Verwaltung

Rakintzis: „Änderungen nur durch Zwang“

Angstwachstum

Woran man Spießler erkennt? An ihrer Angst. Sie fürchten sich vor Individualität, vor der Ausgrenzung, von der er sich deswegen bedroht fühlen und der Verzweiflung, in die sie das stürzen würde. Die Hoffnung ist, dass es sich beim Triumph des Spießertums um ein letztes Aufblähen aus Besorgnis vor dem Verschwinden handelt.

// TEXT // THOMMIE BAYER



Wann genau ich angefangen habe, Regeln und Verbote zu hinterfragen, weiß ich nicht mehr, aber ich weiß, dass ich es zu Beginn stumm tat - ich fragte mich selbst und versuchte, alleine

auf die Gründe zu kommen, die ich dann entweder akzeptierte oder verwarf, um die Regel entsprechend zu beherzigen oder zu missachten.

Ich nehme an, das Wort „hinterfragen“ war schon in Mode, als ich irgendwann, zuerst meiner Mutter, dann den Lehrern und schließlich sogar meinem Vater ein zuerst schüchternes, dann immer selbstbewusstes „Warum“ servierte, wenn mir ein Verbot nicht von selbst einleuchten wollte. Diese Abstufung Mutter-Lehrer-Vater zeigt die Hierarchie der Autoritäten, die es pubertäts- und rebellionsbedingt zu stürzen galt, also fiel mein Vater schließlich vom höchsten Sockel, wenn er mangels ethisch fundierter Begründungen nur hilflos, aber ärgerlich entgegnen konnte: „Was sollen die Leute denken?“ oder: „Das ist nun mal so“.

Hätte er wenigstens gesagt: „Ich will nicht, dass die Leute dies oder jenes von mir denken“ oder: „Alle sind es so gewohnt, und du schaffst Unfrieden, wenn du es anders haben willst“, dann hätte ich im ersteren Fall ihm zuliebe und im letzteren um des Friedens willen einlenken können, aber aus dem duckmäuserischen Gehorsam gegenüber anonymen oder sakrosankten

Ansagern war ich inzwischen herausgewachsen. Allerdings kam diese Art Antwort viel eher aus dem Munde meiner Mutter, mein Vater hatte in den meisten Fällen den kategorischen Imperativ oder ähnlich Gewichtiges zur Hand.

Nur eben nicht bei Stilfragen. Ob ich mich auffällig anzog, meine Haarlänge das für andere erträgliche Maß überstieg oder ob ich meine Freundin vor der Haustür zum Abschied küsste, war nun mal nicht mehr mit Höflichkeit oder Rücksichtnahme als Erklärung zu bremsen - es war schlicht meine Sache und allenfalls eine Frage der Toleranz, die andere aufbringen mussten. So lernte ich das Spießertum kennen.

Mein Begriff von dem, was Spießertum ausmacht, hat sich im Laufe der Zeit gewandelt. Dachte ich anfangs noch, es zeige sich hauptsächlich in der Anerkennung bürgerlicher Verhaltensmaßregeln, konventionellem Lebensstil, regelmäßigen Tagesabläufen und Respekt vor Tradition, glaube ich inzwischen begriffen zu haben, dass man einen Spießler an seiner Angst erkennt: vor Individualität, vor der Ausgrenzung, die er deswegen fürchtet, der Verzweiflung, in die ihn das stürzen würde, und der daraus erwachsenden Wut auf diejenigen, die ihm vormachen, dass es auch anders geht und sie darauf pfeifen.

Ein Spießler leitet seine Lebensregeln vom Ideal der Gleichheit ab. Glimpfliche Distinktion ist gerade

»



Foto: TV-Yesterday/Interfoto (Montage)



Wer sich
gegen
die gute
Absicht
ausspricht,
**versündigt
sich** und
muss
ausgegrenzt
werden. “

noch erlaubt, ein größeres Auto als der Nachbar, ein schickerer Wintergarten, ein teureres Fahrrad für die Tochter, aber natürlich kein Bentley oder Maserati und keine verglaste Schwimmhalle.

Auch abwärts darf er die Grenzen der nachbarschaftlichen Üblichkeiten ein wenig strapazieren: ein alter Peugeot, ein efeubewachsener Holzschuppen hinterm Haus, ein Fahrrad mit nur drei Gängen, aber auch hier muss das Maß eingehalten werden, sonst droht die Einsamkeit. „Was sollen die Leute denken“ und „Das ist nun mal so“ reichen dem Spießer als Begründung, auch wenn er unter Umständen lauter Scheinargumente „ökologischer“, „sozial gerechter“ oder „politisch korrekter“ Klangfarbe parat hat.

Man weiß vom Schulhof und aus jeder Cliquenerfahrung, dass derjenige am aktivsten ausgrenzt, der selbst Angst hat, ausgegrenzt zu werden. Ob er das mit Klamotten und Musikrichtungen anstellt wie die Jugendlichen oder mit anderen Zeichen – die Wärme der Peergroup gibt es nur um den Preis der Anpassung, und die Wärme innen erzeugt die Kälte außen.

Zusammenfassend: Spießer erkennt man an der Angst vor der Abweichung und der Wut, mit der sie auf diese Abweichung reagieren, und vor allem an der aggressiven

Ausgrenzung, die sie aus dieser inneren Not heraus betreiben.

Insel der Gleichheit

Da Spießer aber (krankhaft) konsensorientiert sind – innerhalb ihrer Insel der Gleichheit funktioniert ja alles per Common Sense – machen sie all den verirrt und verlorenen Ausgegrenzten ein Angebot zur Eingemeindung. Sie setzen sich vehement dafür ein, dass alles, was nicht ihren – der Spießer – eigenen Überzeugungen entspricht und so die Gleichheit nach ihrer Fassung stört, verboten wird. Dann kann der Verwirrte nichts mehr falsch machen.

Wenn sie selbst nicht rauchen, soll es gleich allen verboten sein, wenn sie selbst nicht reich sind, soll kräftig umverteilt werden, wenn der Sohn schlechte Noten schreibt, soll der Lehrplan reformiert werden, wenn man selbst glaubt, das Wasser, das man hierzulande einspart, sprudelt in Afrika aus den Brunnen, sollen Duschköpfe verboten werden, die mehr als ein Rinnsal entlassen, wenn man selbst glaubt, die Erde verbrenne in circa fünfzig Jahren, soll das Kohlendioxid zum Gift erklärt werden, wenn man ein Weltbild hat, in dem Konzerne böse, Banken noch böser, grüne Gentechnik und Atomenergie das Allerböseste sind, so soll

dieses Weltbild über alle Grenzen hinweg in Form von Verboten durchgesetzt und sakrosankt werden. Wer dagegen argumentiert, ist ein Unmensch.

Der Konsens, den der Spießer braucht, um seine Angst zu unterdrücken, ist ein Konsens der totalen Angleichung, ein Totalitarismus, den er sich nur von oben nach unten durchregiert vorstellen kann, dem sich jeder unterzuordnen hat, und der gegen alle Widerstände durchgesetzt werden muss. Erst wenn der letzte Abweichler zur Anpassung gezwungen worden ist, geht die Angst weg. Glaubt der Spießer.

Das Witzige daran ist, dass sich unter den Wortführern dieses „fürsorglichen“ Totalitarismus – denn es ist ja alles für die Welt, die Gesundheit, die Gerechtigkeit und die Natur – erstaunlich viele finden, die in ihrer Jugend gegen alles Spießige rebelliert haben und mit dieser Rebellion sehr erfolgreich waren, wie jeder, der sich an die 50er- und frühen 60er-Jahre erinnert, bestätigen kann. Diese Leithammel und ihre Gefolgschaften in den Medien, im Kulturbetrieb, in den Schulen und Universitäten sind aber unterdessen genauso wie ihre Eltern geworden und haben es nicht gemerkt, weil sie noch heute der tiefsten Überzeugung sind, unspießig zu sein, avant la Garde, sich gegen

einen Mainstream zu stemmen, der konservativ, dumpf und reaktionär sei, sie halten sich für eine Minderheit und sonnen sich zugleich im Bewusstsein ihrer Hegemonie. Klar, dass „Spießer“ immer die anderen sind und klar, dass mit „Mainstream“ immer die Sicht dieser anderen gemeint ist.

Unterwegs ist auch das Adjektiv „liberal“ zum Schimpfwort mutiert, weil der Sonntagsredensatz von Rosa Luxemburg, Freiheit sei immer auch die Freiheit der Andersdenkenden, natürlich nicht für Leute gelten kann, die sich böser Mächte wie Wirtschaftsunternehmen, Banken, Raucher oder Klimaleugner annehmen.

Totalitäre Psychostruktur

Ich habe meine rebellische Adoleszenz lange hinter mir und gelernt, meinen Individualismus so umgebungsverträglich wie möglich zu leben. Die Gewohnheit, Regeln und Verbote zu hinterfragen, ist mir geblieben, und sie hat mich dazu gebracht, jede Anpassung - oder wenigstens die meisten - als meine freie Entscheidung anzusehen: Entscheidung für Manieren, für Rücksichtnahme, Vernunft, friedliches Zusammenleben - da lugt der Duckmäuser gelegentlich um die Ecke - und auch geschmeidiges Durchschlängeln, wenn es um Regeln geht, die ich zwar unsinnig finde, die aber anderen was bedeuten und mir den Eklat nicht wert wären, den eine Übertretung eventuell hervorrufen könnte.

Bei unsinnigen Vorschriften, deren Übertretung strafbewehrt ist, wie dem Stehenbleiben an einer roten Ampel, wenn weit und breit kein anderer Verkehr stattfindet, dem Rauchverbot an der freien Luft, oder der Benimmregel, einer Dame, die sich setzen will, mit einem Stuhl unterm Hintern herumzufuhrwerken, entscheide ich mich flexibel, das heißt, der Gefahr, erwischt zu werden, angepasst, oder, wie beim letzten Beispiel, dagegen.

Die Begeisterung für Regulierungen, Verbote, Vorschriften, Einschränkungen und Gängeleien, die hierzulande und auch europaweit immer mehr grassiert, erscheint mir als Siegeszug eines Spießertums, dem das Herbeizwingen eines verordneten Konsens

aus vorrangig psychologischen Gründen wichtig ist. Da liegt es nahe, dass man sich über das Faktenwissen von Wissenschaftlern und Ingenieuren hinwegsetzt, objektive Zahlen ignoriert, Diskussionen abwürgt, indem man die Freiheit des Andersdenkenden annulliert und sein Andersdenken skandalisiert. Die kundgetanen Gründe sind immer moralisch und dadurch sakrosankt - wer sich gegen die gute Absicht ausspricht, versündigt sich und muss ausgrenzt werden.

Das immer lautere Auftrumpfen dieser - sicher oft auch unbewusst - totalitären Psychostruktur der Spießer, die andere zu ihrem „Glück“ zwingen wollen, weil sie besser als diese anderen wissen, was Glück



Der Konsens, den der Spießer braucht, um seine Angst zu unterdrücken, ist ein Konsens der **totalen Angleichung**. “

ist, sieht für mich aus wie die nackte Panik angesichts der Manifestation anderer Halbtungen. Gleichzeitig hält sich der heutige triumphierende Spießer für tolerant, weil er Kritik an kulturellen Erscheinungsformen islamischer Religiosität unterbindet, den Genderexegeten die Entdeckung eines dritten Geschlechts bei gleichzeitiger Abschaffung der ersten beiden abnimmt, autonome Randalen zur Folklore erklärt hat, und sich selbst einredet, sein Gesellschaftsbild sei bunt.

Noch nicht lange her, vielleicht zwei, drei Jahre, da tauchte das Wort „ergebnisoffen“ im allgemeinen Sprachgebrauch auf. Solche Worte sind verräterisch. Wenn man Diskussionen jetzt auf einmal ergebnisoffen führen will, dann gibt man damit zu, dass das bisher eigentlich nicht vorgesehen war. Der eigene Standpunkt soll durchgesetzt werden - einen anderen Sinn kann ein Gespräch nicht haben. Argumente, Fakten, schlüssige Darlegungen, alles unnütz, dient nur dem Gegner, muss besiegt werden, damit am Ende die

eigene Sicht der Dinge triumphiert. In meinen Augen hatten sich damit die Spießer verraten - es ging nur darum, den Gegner zu überzeugen, nicht darum, etwas von ihm zu erfahren.

Schon etwas länger her, in einer Talkshow bei Radio Bremen, moderiert von Giovanni di Lorenzo und der inzwischen verstorbenen Juliane Bartel, saß ich mit dem ehemaligen Atommanager und damaligen Umweltaktivisten Klaus Traube, dem Bergsteiger Reinhold Messner, der Fernsehjournalistin Sonja Mikich und dem Printjournalisten Burkhard Müller-Ullrich in der Runde. Letzterer hatte ein Buch geschrieben, in dem es unter anderem um das nicht stattgefundene Waldsterben ging. Er war zum Schlachten

eingeladen worden - das ist immer so bei diskursiven Talkshows: Einer muss zerfetzt werden. Und er wurde zerfetzt. Die Fakten, die er auf den Tisch legte, nämlich, dass der Wald um ein beeindruckendes Volumen zugenommen hatte, wurden von Messner und Traube mit der Entgegnung abgetan, das sei Angstwachstum. Weil der Wald eigentlich starb, wuchs er also.

Ich habe damals Traube und Messner nicht für Spießer gehalten, aber ich habe ein interessantes Wort kennengelernt: „**Angstwachstum**“.

Ich würde gern daran glauben, dass der allfällige Triumph des Spießertums eine Art Angstwachstum ist, das Aufblähen einer kollektiven Psychostruktur, bevor sie verschwindet. ●



THOMMIE BAYER schreibt Romane und Drehbücher und ist der Ansicht, dass unsere Gesellschaft Freiheit ebenso dringend braucht wie Solidarität.
redaktion@libmag.de

I fought the law

Um gegen die kleinlichen Verordnungen des New Yorker Bürgermeisters Bloomberg zu protestieren, hat der 2011 verstorbene **Schriftsteller Christopher Hitchens** vor zehn Jahren einen Ein-Mann-Verordnungs-Amoklauf unternommen. Zu seinen Straftaten zählten unter anderem: beim Fahrradfahren die Füße von den Pedalen nehmen, Tauben füttern und auf einer Milchkiste sitzen. Hitchens fragte sich: Wieso behandelt Bürgermeister Bloomberg die Bewohner der kosmopolitischsten Stadt der USA wie zurückgebliebene Kinder?



Man erzählt sich viele und vielfältige New Yorker Geschichten über Professor Sidney Morgenbesser. So soll er während einer Konferenz

von Sprachphilosophen an der Columbia University den wichtigstuerischen Philosophen und Sprach-

theoretiker J. L. Austin unterbrochen haben. Dieser hatte erklärt, dass es im Englischen kein Beispiel für einen doppelten Positiv gebe, der etwas Negatives ausdrückt – im Gegensatz zu doppelten Verneinungen, die etwas Positives, wie „nicht unattraktiv“, ausdrückten. Morgenbesser formulierte seinen Zwischenruf in Form der höhnischen Worte: „Ja, klar!“. „Ja, sicher“ wäre auch gegangen. Bei einer anderen Gelegenheit steckte sich der Philosoph, für seine Schlagfertigkeit und seinen Witz berühmt, seine Pfeife in den Mund, während er die Stufen einer New Yorker U-Bahn hinaufstieg. Ein Polizist kam auf ihn zu und belehrte ihn, dass das Rauchen in der U-Bahn verboten sei. Morgenbesser erklärte – wies darauf hin, wäre vielleicht der bessere Begriff –, dass er beim Verlassen und nicht beim Betre- »

Fotos: Lebrecht M&A/ulsteinbild



Ich rollte im Leerlauf den Hang hinunter, wobei die frische Herbstbrise meine Hosenbeine weit nach oben schob, während ich meine Füße in die Luft hielt.

“

ten der U-Bahn war, und dass er die Pfeife noch nicht angezündet hatte. Der Cop wiederholte seine Anweisung. Morgenbesser bekräftigte seine Feststellung. Nach weiterem Hin und Her erkannte der Polizist, dass er geschlagen war und griff auf die letzte Rettung erschütterter Autoritäten zurück: „Wenn ich es Ihnen erlauben würde, müsste ich es allen erlauben.“ Daraufhin entgegnete der alte Philosoph: „Wer glauben Sie eigentlich, wer Sie sind – Kant?“ Sein letztes Wort – die beiden sprachen natürlich Englisch miteinander – wurde missverstanden (cunt: vulg. Vagina), weshalb sie die Erörterung des kategorischen Imperativs auf einem Polizeirevier fortsetzten. Schließlich wurde Morgenbesser entlassen.

Genau so muss New York meiner Meinung nach sein: Ironie und ein bisschen Frechheit kombiniert mit kämpferischer Unabhängigkeit sollten immer eine Chance haben gegen schwerfällige Beamte, die nicht viel mehr vermögen als so anspruchsvolle Mantras wie „Zero Tolerance“ und „Keine Ausnahmen“ auswendig wiederzugeben. Eines ist klar: Heute wäre der Professor aufgehalten, beleidigt und mit einer Geldstrafe belegt worden. Man hätte ihm gesagt, dass er, wenn ihm das nicht passe, gerne einen Tag bei Gericht verschwenden könne oder sich mehrere Tage mit der Bürokratie herumschlagen – oder beides.

Nehmen wir den Fall von Brian Bui, Besitzer des Mekong-Restaurants in Soho. Wie alle anderen auch wurde er der Wahl beraubt, seine Kunden rauchen zu lassen oder nicht – er lebt unter Führung einer Stadtregierung, die besser weiß, was gut für ihn und seine Kunden ist. Daher müssen Raucher nach draußen gehen. Doch hat sich die Sache damit? Nein. Es ist nämlich auch an der frischen Luft nicht erlaubt zu rauchen, wenn das unter einer Markise passiert. Herr Bui musste also 200 Dollar Strafe bezahlen, weil er einem seiner Kunden erlaubt hatte, in diesem Bereich zu rauchen. Auch wenn die Markise zu diesem Zeitpunkt eingerollt war. Das tue nichts zur Sache, sagte der Kontrolleur, der den Strafzettel ausstellte. Eine Markise war im Spiel. Also wurde ein hart arbeitender Vietnamese letztlich dafür bestraft, dass er eine Markise vorgehalten hatte. Der Richter belehrte ihn, er hätte sich nach „bestem Wissen und Gewissen“ bemühen müssen, seine Gäste zu kontrollieren oder sie auf diese Besonderheit

hinzuweisen. Als er zum zweiten Mal erwischt wurde, wieder war die Markise eingerollt, zog Herr Bui erneut vor Gericht und gewann. Doch der erfolgreiche Versuch zu beweisen, dass Gesundheitsamt und Justiz einen Gummiparagrafen zu seinen Lasten auslegten, kostete ihn 3.000 Dollar an Anwaltskosten.

Die Gesetzeslage ist heute mehr als klar: New York City ist die Hauptstadt der mediokren Bürokraten, des Inspektors mit großzügigem Zeitbudget, des analfixierten Cops mit der Nase in der Verordnungssammlung, der Petze, die gewillt ist, jeden harmlosen Mitbürger zu verraten – und eines Bürgermeisters, der in diesem Spiel die armseligste und nervigste Figur abgibt: die eines Mikro-Größenwahnsinnigen.

Der Reiz, Gesetze zu brechen, ist nicht immer anarchistischer Natur. Zunächst empfindet der Mensch einen natürlichen Widerstand gegen Zwang (oder er sollte ihn empfinden). Wir mögen es nicht, geschubst und gestoßen zu werden, selbst wenn es in eine Richtung ist, in die wir möglicherweise selbst gehen wollen. Zweitens hat der Mensch ein natürliches Gespür für das Absurde (oder sollte es haben). Hinter meinem Apartmentgebäude in Washington steht ein amtliches Schild mit der Aufschrift: „Drogenfreie Zone“. Vermutlich hat dieser geradezu lächerliche Hinweis etwas damit zu tun, dass in der Nähe eine Schule ist. Vor ein paar Jahren rief sich einer unserer Vororte auf Basis einer kommunalen Verordnung zur „Atomwaffenfreien Zone“ aus. Nun will ich das Betäubungsmittelgesetz nicht brechen, doch wenn ich es wollte, würde es mich oder jeden anderen Mitbürger nicht mehr als einen Anruf und eine etwa zehnminütige Wartezeit kosten. Ich träumte eine Weile vor mich hin, ob ich nicht die Atomwaffenfreiheits-Verordnung allein wegen ihrer Absurdität brechen sollte. Dann beschloss ich, dass dies zu viel der Mühe gewesen wäre.

Es gibt also einerseits Gesetze, die vertretbar sind, aber nicht durchsetzbar. Andererseits gibt es Gesetze, die man unmöglich brechen kann. Doch im New York von Bürgermeister Bloomberg gibt es Gesetze, deren Befolgung unmöglich ist, die niemand respektieren kann und die mit tyrannischer Macht exekutiert werden. Dabei gilt: Das Wesen tyrannischer Macht ist nicht das eiserne Gesetz. Es ist das unberechenbare Gesetz. Tyrannei kann kleinlich sein. Und „kleinlich“ ist mehr als nur Bloombergs zweiter Vorname.



Ende November schließlich begann ich meinen Selbstversuch und es gelang mir, innerhalb weniger Stunden gleich eine ganze Reihe von New Yorker Verordnungen zu brechen: Ich setzte mich auf eine hochkant aufgestellte Milchkiste, legte meine Tasche auf dem Nachbarsitz in der U-Bahn ab, band mir auf einer Stufe in einer U-Bahn-Station meine Schnürsenkel, fütterte ein paar Vögel im Central Park, rauchte eine Zigarette in einer Limousine, montierte ein Autokennzeichen in einen Plastikrahmen und fuhr Fahrrad, ohne dabei ständig beide Füße auf den Pedalen zu haben. Außerdem rauchte ich noch eine Zigarette in einer Bar und am Tisch eines Restaurants. Nur in den letzten beiden Fällen hätte ich bisher wissentlich gegen die städtischen Verordnungen verstoßen.

Um diejenigen, die mit mir unterwegs waren oder mich beherbergten, zu schützen, entschied ich, nichts zu tun, was die Hüter von Recht und Ordnung direkt verspotten würde. Ich würde Woody Allens Zelig der Gesetzesbrecher sein. Ich lieh mir am Central Park ein Fahrrad und begann nahe dem Café am Bootshaus den Hügel hinaufzufahren, bis mir das Blut in den Kopf schoss und mir schwarz vor Augen wurde: ich schätze, etwa eine Viertelmeile weit. Dann wendete ich und rollte im Leerlauf den Hang hinunter, wobei die frische Herbstbrise meine Hosenbeine weit nach oben schob, während ich meine Füße in die Luft hielt. Ich verschlimmerte diesen Verstoß noch, da ich keine Klingel am Fahrrad hatte. Das alles spielte sich an einem Werktagvormittag ab, an dem fast kein Verkehr herrschte – aber das war pures Glück. Einige kürzlich interviewte Polizisten hatten bestätigt, dass sie Anweisungen erhielten, nach Fahrradfahrern Ausschau zu halten, die ihre Füße von

den Pedalen genommen haben oder ohne Klingel fahren (versuchen Sie übrigens mal spaßeshalber, in New York durch Klingeln Aufmerksamkeit zu erregen). Hier geht es um die Strafzettelernte, die die Polizisten einbringen sollen. Der Bürgermeister bestreitet, dass es diesbezüglich eine Quote gibt (weil eine Quote unrechtmäßig wäre). Aber er sieht aus wie ein Wiesel und hört sich noch mehr wie eines an, wenn er eingesteht, dass seine Polizeikommissariate möglicherweise „Leistungsmessungen“ ihrer Beamten durchführen.

Ich verstaute das Fahrrad im Kofferraum und machte mich zu Fuß auf den Weg zum Bethesdaabrunnen. Der Park trug sein bestes Herbstgewand, aber es war nicht eine einzige gottverdammte Taube in der Luft zu sehen oder auf irgendeinem Ast oder Zweig. Also nahm ich einen Laib Brot und zerkrümelte ihn für die Schwäne und Enten im See, die sich zusammenscharten und die Stückchen dankbar verschlangen. Ein paar davon warf ich ans Ufer und schaffte es schließlich, einen kleinen Taubenschwarm anzulocken – was auch versehentlich hätte passieren können, wie Pedro Nazario, einem 86-jährigen Mann aus Morningside Heights, der vor Gericht zitiert wurde, weil er dies angeblich mit Absicht getan hatte. Seine Vorladung bezog sich ausdrücklich auf das Füttern von Tauben, aber ich würde gerne wissen, wie jemand, der Brotkrumen verstreut, dafür verantwortlich gemacht werden kann, welche Vogelspezies letztlich zugreift. Viele alte Menschen und Kinder füttern gerne Vögel, aber der Bloombergismus versucht ihnen in ihrem eigenen Interesse einzutrichtern, dass sie sich dabei lieber an Spatzen, Drosseln oder Stare halten sollen. »

Ich band mir auf einer
Stufe in einer U-Bahn-Station
meine Schnürsenkel.

“

Nach dieser Orgie der Gesetzlosigkeit beschloss ich, in Downtown zu Mittag zu essen, stieg ins Auto und fragte meinen Chauffeur, ob ich eine Zigarette rauchen dürfe. Er war selbst Raucher, doch sagte er mir, dass wir damit beide das Gesetz brechen würden. Die Vorschriften definieren nämlich Mietwagen mit Fahrer als Unternehmen oder etwas Ähnliches – jedenfalls gleichsam als „beweglichen Atmosphärenbehälter“, der unter dem Regime väterlich-autoritärer Bestimmungen steht. Aus irgendeinem Grund stammen fast alle Chauffeure dieser Limousinen aus Russland oder der Ukraine und leben in Brighton Beach. Ich habe mich inzwischen an ihr Wehklagen gewöhnt, nach dem Bloombergs Verhalten sie an eben jene Mentalität in ihren Heimatländern erinnert, vor der sie geflohen waren. In einem verträglichen Mief von tschernobyleskem Ausmaß (sein Auto, seine Regeln – hast du ein Problem damit?) kämpften wir uns allmählich durch den verrückten Innenstadtkverkehr, dem die brillanten „Wenden verboten“-Vorschriften des Bürgermeisters zu schaffen machten.

Ich beschloss, mir vor dem Mittagessen durch das Brechen einiger weiterer Vorschriften so richtig Appetit anzuarbeiten



IST BERLIN DAS NEUE NEW YORK?

New York galt lange als die freiheitliche Stadt schlechthin. Inzwischen scheint Berlin dem Big Apple diesen Rang abzulaufen. Sam Cooper gehört zu den nicht wenigen Menschen, die New York wie ihre Westentasche kennen und nach Berlin ausgewandert sind.

LIBERAL: Liegt Christopher Hitchens mit seinen Beschreibungen richtig? Ist Bloombergs New York tatsächlich eine Stadt der Verbote geworden?

COOPER: Man darf Bloombergs Politik nicht isoliert betrachten. Bloomberg will politisch noch aufsteigen, zu diesem Zweck stellt er seine New-York-Politik ins Schaufenster. Das hat ihm den Spitznamen „Nanny Bloomberg“ eingebracht. Den untermauert er, zuletzt mit dem versuchten Verbot von Cola und Limonade in Riesenbechern. Wer die haben will, hätte sonst halt zwei kleine gekauft.

Fliehen New Yorker Künstler vor diesen Freiheitseinschränkungen nach Deutschland?

Cooper: Nun, die meisten sind in New York gelandet, weil es eine Metropole war, in der

man für vergleichsweise wenig Geld ganz gut ein Künstlerleben führen konnte. Das geht nun nicht mehr, im Übrigen in keiner amerikanischen Metropole. Der gleiche Grund lockt die Künstler nun nach Berlin. Neukölln ist voll von Amerikanern, die dort ihr Großstadtleben leben und das loswerden wollen, was die Kleinstadt ausgemacht hat.

Man kann New York verlassen oder sich, wie Christopher Hitchens, über diese Verbotspolitik lustig machen, die versucht, mit gesetzlichem Druck einen bestimmten Lifestyle zu erzwingen ...

... zum Beispiel, indem man Zigarettenpreise auf umgerechnet elf Euro hochschraubt ...

... wobei es auch in Deutschland immer mehr Ansätze gibt, den Menschen nicht nur

und stieg vom Auto in die U-Bahn um. Schnell fand ich einen Platz und stellte meine Tasche auf den Nachbarsitz. Um das Kribbeln zu lindern, legte ich meine Beine hoch. Nach dem Aussteigen verweilte ich auf einer Stufe des Bahnhofs, um meinen Schuh zu binden. Mit all dem untergrub ich die Zivilisation, wie wir sie kennen. Ein israelischer Tourist namens Yoav Kashida hatte erst kürzlich 50 Dollar Strafe zahlen müssen, weil er zwischen den Stationen eingedöst war und dabei mit seiner zusammengesunkenen Haltung versehentlich zwei Sitze eingenommen hatte („Schalom! Willkommen in New York!“). Zwei Sitzplätze zu blockieren ist in einem leeren Waggon ebenso illegal wie während der Rushhour unmöglich. Der freudlose und penible Geist im Rathaus gefällt sich darin, diese unterschiedlichen Sachlagen zu ignorieren. Nein, ich würde meine Tasche oder meine Beine niemals auf den nächsten Sitz legen, wenn andere Fahrgäste deshalb stehen müssten, aber ja: Ich würde es tun, wenn ich alleine im Waggon wäre und nur im zweiten Fall würde ich dafür eine Strafe erhalten. Genau hier nähern wir uns dem verschrumpelten Kern des winzigen Bloombergschen Verstands an. Während der Stoßzeiten würden mich meine Mitfahrer und mein Rechtsbewusstsein disziplinieren (und es gäbe gar kein Durchkommen für einen Bußgeld-freudigen Kontrolleur, der mich zurechtweisen könnte). Außerdem würde ich nicht versuchen, mich auf die Stufen einer U-Bahn-Station zu setzen, wenn gerade viel Fußgängerbetrieb herrscht. Crystal Rosario, eine schwangere und erschöpfte Frau aus Brooklyn, hatte sich jedoch genau auf diese Weise auffällig gemacht und wurde genau dafür bestraft. Es gab keine Beweise dafür, dass sie tatsächlich jemanden behin-

derte. Sie hatte sich gesetzt, weil sie das Gefühl hatte, es tun zu müssen. Und der Cop gab ihr einen Strafzettel weil ... na ja, aus dem gleichen Grund, aus dem ein Hund sich sein Ding leckt: weil er es kann. Und deshalb denke ich immer wieder an den Morgenbesser-Moment.

Letzte Nacht saß ich im Kino und war, wie so oft, von Leuten genervt, die in der hinteren Reihe quatschten und Kommentare abgaben. Das ist der Gipfel unsozialen Verhaltens, weil es anderen die Freude verdirbt und dem Übeltäter selbst keinerlei Vorteile bringt. Normalerweise gehe ich damit genau so um, wie wenn die Leute im Kino es nicht hinbekommen, ihr Handy auszuschalten. Ich drehe mich um und sage ihnen, dass ich weiß, wo sie wohnen und wo ihre Kinder zur Schule gehen. In der Regel mischen sich dann auch andere Leute mit ähnlichen Vorschlägen ein, das gilt besonders für New York. All das ist Teil des Vergnügens. Und nun fragen Sie sich: Was wäre, wenn ein uniformierter Polizist ganz hinten im Kinosaal stehen und die Nicht-Reden-Vorschrift durchsetzen würde? Es wäre nicht das Gleiche, oder? Doch in Bloombergville, wo der Bürger wie ein zurückgebliebenes Kind behandelt wird, würde es mich nicht überraschen, wenn sich herausstellt, dass genau das die nächste glänzende Idee für eine neue Vorschrift ist.

Anstandshalber werde ich nicht verraten, wo ich zu Mittag gegessen habe, denn der Besitzer ist ein alter Freund, dazu ein wunderbarer und gewissenhafter Gastronom, und ich will nicht riskieren, dass er wie ein aufsässiger Jugendlicher behandelt wird. Am 11. September 2001 hatte er sein Restaurant in »

zu erklären, was ein „gutes Leben“ ist, sondern es ihnen vorzuschreiben.

In der Tat, die Grenze zwischen Beratung und Zwang durch die Politik ist fließend. Und zum Zwang kommt immer der Aspekt der Kontrolle hinzu. Wir hier in Prenzlauer Berg bemerken die massiv gesteigerte Präsenz des Ordnungsamtes, diese Jungs sind hammerhart. Ich frage mich immer, warum die nicht nur Strafzettel schreiben, sondern zudem immer mit der Taschenlampe in die geparkten Autos leuchten.

Immerhin — Bloomberg erfährt von vielen Seiten große Zustimmung für seine restriktive Politik ...

Natürlich, vor allem weil New York zugleich sauberer geworden ist. Ich habe mal einen

Artikel über FBI-Chef Edgar Hoover gelesen. Demzufolge wurde sein Dienstgebäude auf höchstem Niveau aseptisch gereinigt. Man roch das. Damals scherzte man: Diese Sauberkeit lässt auf einen unsauberen Behördenchef schließen. Bei Sauberkeitsfanatikern sollte man immer fragen, was wirklich in ihnen vorgeht ...

Was haben Chaos und Freiheit miteinander zu tun?

Beides gehört zusammen. Jeder baut aus den Grundbausteinen des Lebens seine Biografie. Und man braucht wirklich keine Regierung, die einem das abnimmt. Ich mag es, wenn mein Leben ein wenig chaotisch ist. Das macht es aufregender. Und das hat auch New York so aufregend gemacht.



ZUR PERSON:

Der Architekt Sam Cooper arbeitet als Produktdesigner und ist mit „Kitchenfloorbags“ bekannt geworden, Taschen, die er aus Küchenbodenbelägen herstellt.

Schnell fand ich einen Platz und stellte meine Tasche auf den Nachbarsitz.

“

eine Krankenstation und einen Zufluchtsort verwandelt, und er tut alles Erdenkliche, damit seine Gäste sich willkommen fühlen und satt werden. Es war eine ziemlich ruhige Mittagszeit; Gelegenheit, alle anwesenden Gäste zu fragen, ob es ihnen etwas ausmachen würde, wenn ich vor dem anstehenden *Vanity-Fair*-Shooting eine Zigarette rauchen würde. Einhellige Meinung war, ich solle loslegen, alle wünschten mir viel Glück. Das ist alles, was ich dazu sagen muss – außer, dass New Yorkern solche Diskretion und gute Manieren nicht mehr zuge-
traut werden. Die Regierung allein weiß, was „angemessen“ ist. Es darf keine Ausnahmen geben, nicht eine. Es gibt für alles eine Einheitsgröße. Diese beiläufige Kujonierung der Bohemiens in einem ihrer ältesten und berühmtesten Quartiere ist ein quantitativ nicht messbarer Verlust. Diese Politik verfehlt nicht nur den Sinn New Yorks, sie negiert ihn geradezu. Das zurückgebliebene Kind, das gehässige, tyrannisierende, arrogante und verwöhnte Kind ist in New York seine Hoheit, der Bürgermeister. Möge er eines Tages während der Pause auf dem Schulhof in die Enge getrieben werden, wo sein Team bezahlter Speichellecker und Denunzianten ihm nicht helfen kann, und möge er dort die Lektion seines Lebens beigebracht bekommen.

Meine nächste Aufgabe bestand darin, das gleiche Schicksal herauszufordern, das Jesse Taveras ereilte. Taveras saß einmal auf einer Milchkiste, außerhalb des Friseursalons in der Bronx, in dem er arbeitete. Er hatte am Ende 105 Dollar Strafe für die nicht genehmigte Nutzung besagter Milchkiste zu zahlen. Bei näherer Betrachtung einer typischen Milchkiste wird man die Aufschrift erkennen, nach der ihr Gebrauch auf das „Verpacken von Milchflaschen durch ihren Eigentümer“ beschränkt ist. Also kommen Sie ja nicht auf die Idee, die Milchkiste als Rasierapparat oder, sagen wir, als Verhütungsmittel zu benutzen. Sollten Sie einen Dieb auf der Flucht sehen, schieben Sie keinesfalls eine Milchkiste in seinen Weg, um es dem verfolgenden Polizeibeamten leichter zu machen. (Es ist anstrengend, fliehende Diebe zu verfolgen, wohingegen faule Männer auf Milchkisten einem Polizisten eine weitere Möglichkeit bieten, sein „Tagessoll“ zu erfüllen. Und es sind die faulen Polizisten, die in diesem System aufblühen, das sogar vom Wohltätigkeitsverein der Streifenpolizisten lautstark kritisiert wurde. Tatsächlich kam der

Polizist, der Herr Nazario für das Füttern der Tauben aufgeschrieben hatte, später bei dessen Apartment vorbei und hob die Strafe wieder auf.)

Ich stellte also meine Kiste auf den Bürgersteig vor dem „The Strand“-Buchladen am Broadway, wo viele Bücherregale stehen. Das zieht Schmökere und damit eine gewisse Art von Unordnung an, was aber scheinbar noch toleriert wird. Ich schmökere auch gerne, aber ungern im Stehen. Daher nahm ich mir ein Buch und setzte mich hin. Dabei bemerkte ich, dass dort bereits einige unbesetzte und leere Milchkisten standen.

Als Zugabe rauchte ich noch eine Zigarette vor einem Friseurladen. Kim Phann und Bruce Rosado taten dies vor nicht allzu langer Zeit, es war ebenfalls in der Bronx, als ein Polizeiwagen anhielt und einen Polizisten ausspuckte, der die beiden wegen „Herumlungerns vor einem Geschäft“ aufschrieb. Dass sie einzig deshalb nach draußen gegangen waren, um vor der Tür ihres Arbeitsplatzes die New-York-City-Nichtraucher-Verordnung – Kapitel 5 von Paragraph 17 der New Yorker Verwaltungsordnung – einzuhalten, tat nichts zur Sache. Haben Sie bemerkt, dass Haarschneideanstalten in der Bronx nun schon zweimal erwähnt wurden? Vielleicht arbeitet die lokale Polizeistation Friseursalons am Dienstag ab und Mittwoch sind dann eventuell die Haustiergeschäfte dran. Aber beachten Sie die Ausdehnung der Überwachung im Vergleich zu früherer Überwachung. Gehen Sie, wie es sich gehört, zum Rauchen an die frische Luft, zum Beispiel spät am Abend vor einem Restaurant – bald wird es Beschwerden der Anwohner wegen Lärmbelästigung geben. Das wiederum sollte zur Operation „Stille Nacht“ führen, einem zum Scheitern verurteilten Versuch, durch Polizeigewalt selige Ruhe über die Stadt zu bringen – die Stadt, die niemals schläft, wenn Sie mit einem derart kitschigen Verweis auf die glorreichen Zeiten der Stadt klarkommen.

Als ich beim alten Magazin *New Statesman* in London arbeitete, veranstalteten wir unter Kollegen einen jährlichen Wettbewerb. Es ging darum, Touristen, die zum ersten Mal in der Stadt waren, Ratschläge zu erteilen. „Testen Sie doch mal das berühmte Echo im Lesesaal des Britischen Museums“ war nach meiner Erinnerung einer der Gewinner. Wir wiesen Touristen auch darauf hin, dass Prostituierte ganz einfach an



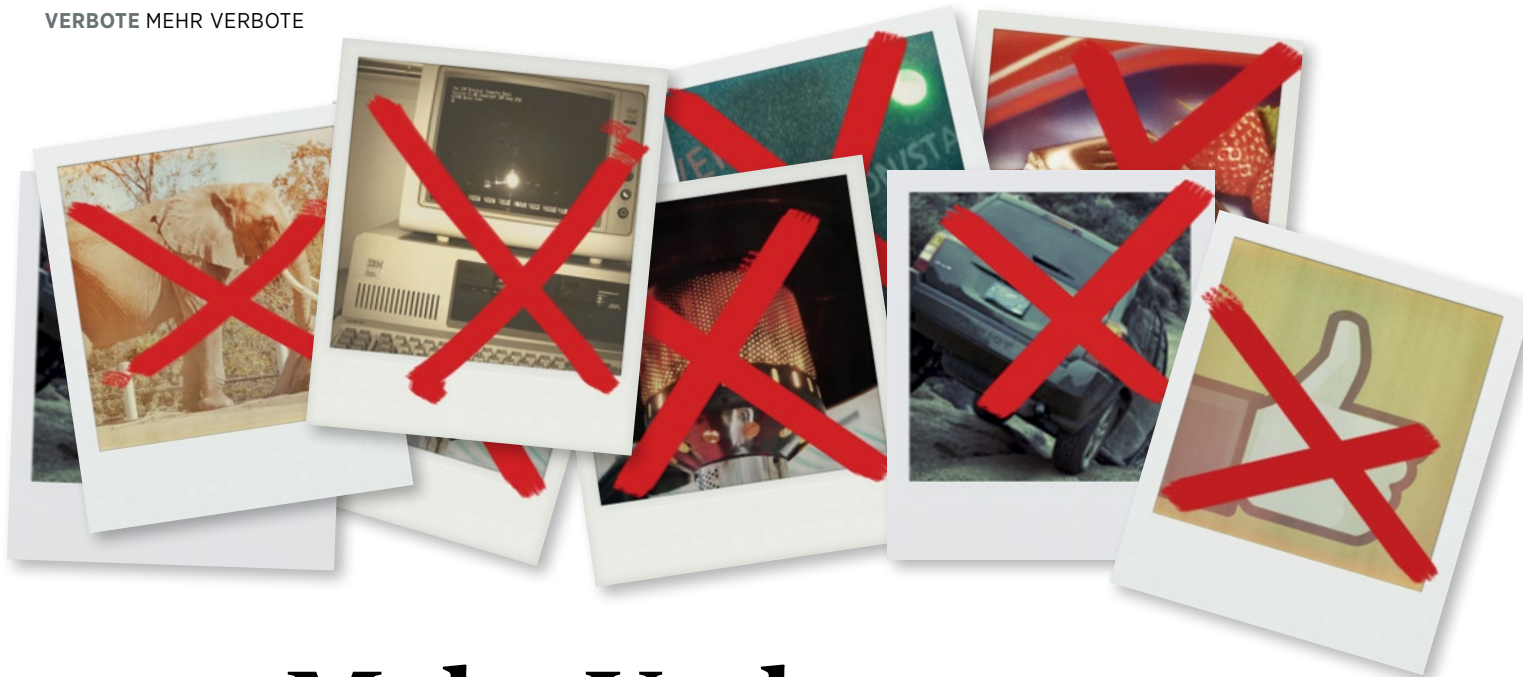
den Spendenbüchsen zu erkennen seien, mit denen sie klapperten. Weiter, dass es als schlechtes Benehmen gilt, nicht jedem Mitfahrer die Hand zu schütteln, bevor man in der U-Bahn seinen Sitzplatz einnimmt, und dass Leser, die das Kreuzworträtsel der Times in der Bahn lösen, immer froh sind, wenn man ihnen Hilfe anbietet. Als ich vor über 30 Jahren das erste Mal nach New York kam, lernte ich schnell, dass ein solcher Wettbewerb hier nicht funktionieren würde. Die Stadt war ein ständiger Karneval des Schrillen und der Eigenarten. Man konnte sich auf fast jede beliebige Art auffällig benehmen, solange man sich nicht mit jemandem anlegte. Ich hätte nie erwartet, dass diese Stadt einmal eine Disneyland-Plastik-Imitation werden würde mit dem freudlosen Grinsen eines uniformierten Wächters, der sicherstellt, dass hier alle eine langweilige und gesunde Zeit verbringen und vor zwei Uhr morgens zugedeckt im Bett liegen.

Um es zusammenzufassen: Es gab ein paar Gesetze, die ich nicht zu brechen in der Lage war, wie die Vorschrift, welche die Anzahl und Größe (!) der Wörter beschränkt, die auf dem Vordach meines Geschäfts stehen dürfen. Oder die Bestimmung, nach der über dem betrieblichen Waschbecken ein „Mitarbeiter müssen sich die Hände waschen“-Schild anzubringen ist. Immerhin hat New York seit 2000 auch keine Gesetze gegen Homosexualität mehr, also musste ich an dieser Front nichts beweisen. Mein letzter Versuch, in Freiheit zu leben oder zu sterben, war zu anstrengend, um ihn zu vollenden: Ich bin nicht geschickt genug, um einen vom Autohändler zur Verfügung gestellten Werberahmen aus Plastik mit einem Autokennzeichen zu montieren. Aber irgendetwas an diesem

durchsichtigen Plastik- oder Glasschutz fördert die mikrogrößenwahnsinnigen Neigungen des Bürgermeisters und seiner Untergebenen zutage, die bis zu 200 US-Dollar Strafe für jenes „Vergehen“ verlangen können.

Die einzige Verteidigung dieser Error-Herrschaft, die ich vernahmen konnte, war, dass diese Politik die Kampagne „Broken Windows“ imitiere, die Bill Bratton und Rudy Giuliani vor etwa einem Jahrzehnt zur Kriminalitätsbekämpfung einführten. Doch diese Kampagne richtete sich gegen Menschen, die andere belästigten, indem sie an Straßenkreuzungen Autoscheiben putzten, bettelten, ihre Körper in unpassenden Momenten und Plätzen zum Verkauf anboten oder über die Drehkreuze in den U-Bahnstationen sprangen. Der aktuelle Wasserfall der Kleinlichkeit und wahllosen Schikane könnte durchaus Bloombergs Versuch sein, sich einen Ruf als heldenhafter Verbrechensbekämpfer und Zuchtmeister zu verschaffen. Wer weiß schon, was in den kleinen, verstopften Kammern seines Hirns vor sich geht? Was wir mit Gewissheit sagen können ist: Eine der tolerantesten und offensten Städte der Welt ist jetzt fest in den Händen eines nasebohnenden Kontrollfreaks. ●

Der Text erschien im Original am 1. April 2004 in der amerikanischen Ausgabe der Vanity Fair. Seither hat sich an der Lage in New York nichts zum Positiven verändert. Bloomberg scheiterte zuletzt mit dem Versuch, große Limonadenbecher zu verbieten. Dafür will er nun Zigarettenschachteln zur Bückware erklären und Styroporbecher untersagen.



Mehr Verbote wagen

Ob Computer, ISDN, Geländeaautos, Motorroller, Tiere im Zoo oder die Ortskennung auf Nummernschildern: Politische Verbotsforderungen sind beliebt – besonders bei einer Partei. Eine humorfreie Annäherung an unsere grünen Bedenkenträger.



Hätten wir doch nur auf sie gehört. Die Grünen wussten bereits 1987, dass wir uns auf dem digitalen Holzweg befinden.

„Keine Informatisierung der Gesellschaft“, forderte die zu jener Zeit seit sieben Jahren bestehende Partei in ihrem Wahlprogramm. „Die Informations- und Kommunikationstechniken sind auf Rationalisierung und Kontrolle angelegt und sind deshalb schwerlich alternativ nutzbar.“

Kabel- und Satellitenfernsehen? Nein! ISDN? Nein! Digitalisierung im Allgemeinen? Lieber nicht! Dies sind nur einige Punkte von der damaligen Liste mit Verbotsforderungen. „Die Grünen wollen eine breite öffentliche Debatte über diese Techniken, damit nicht wieder einmal die Interessen weniger Mächtiger über die Zukunft entscheiden“, schrieben sie damals. Diese öffentliche Auseinandersetzung werde „konfliktorientiert verlaufen müssen“. (Der NSA-Whistleblower Edward Snowden lässt grüßen.)

Wie gesagt: Hätten wir doch nur auf die Ökopartei gehört. Beispiel Alltagsprobleme: Ohne ISDN wäre vermutlich auch nicht das DSL erfunden worden. Ohne DSL hätten wir niemals so viel Lebenszeit geopfert, um auf

Techniker der Telekom zu warten, die die Leitung am Ende des Tages aus irgendeinem Grund doch nicht freischalten können. Und wir hätten auch nicht so viele Stunden in der Warteschleife irgendeines scheinbar sensationell günstigen Providers verbracht, dessen Kundenservice nur leider nach Osteuropa oder Asien verlagert worden ist, was die Reklamation nicht zwangsläufig vereinfacht. Und wir hätten uns auch all die Stunden gespart, um uns über diese Ärgernisse aufzuregen.

Da die Grünen eben diesen Kreislauf ins Verderben schon damals erkannt hatten, legten sie noch eine Schippe Weisheit – andere würden Radikalität sagen – oben drauf. Der reinen Lehre nach hätte es nicht nur keine modernen Kommunikationskanäle geben dürfen. Am besten verbietet man gleich die notwendige Hardware, um diese Kanäle überhaupt nutzen zu können – kurzum: keine Computer!

Die grüne Technikrevolution blieb aus, und im fernen Amerika wurden weiterhin PCs und Macs entwickelt. Aber – und das muss man ihnen dann wirklich lassen – immerhin gingen die Grünen mit gutem Beispiel voran. Bis 1990 erlegte sich die grüne Bundestagsfraktion freiwillig ein Computerverbot auf. Ein solches Maß an



Selbstkasteiung verdient Respekt. Nebenbei gefragt: Was die Partei von damals wohl zu einem Hardcore-Twitterer wie Volker Beck von heute sagen würde? Immerhin hat der Mann weit über 30.000 Follower und gehört zur politischen Twitter-Elite!

Wer online nach Stichworten wie Verbote, Verbotslisten und Politik sucht, der bekommt in der Mehrzahl Treffer, die irgendwas mit den Grünen zu tun haben. Die Liste von geforderten Verboten, die nie Realität wurden, ist lang: Darunter die Standby-Funktion bei Elektrogeräten, Wildtiere im Zirkus oder Weichmacher in Sexspielzeug. (Letztere Idee geht auf den bereits zuvor erwähnten Volker Beck zurück. Damit wäre dann auch die Frage beantwortet, ob der wegen seiner vielen Twitter-Aktivitäten nicht eigentlich aus der Partei ausgeschlossen werden müsste. Wer sich so für Verbote engagiert, hat eine zweite Chance verdient. Das Christentum wurde bislang ja nicht verboten. Da kann man als Partei ruhig auch mal vergeben.)

Zur Wahrheit gehört aber auch: Es sind zwar oft die Grünen, die etwas verbieten wollen, aber freilich nicht nur. Usus ist es mittlerweile, Gewaltspiele nach einem Amoklauf verbieten zu wollen. Da sind die Grünen zwar in der Regel mit im Boot. Sozialdemokraten und insbesondere die Union schreien aber zumeist lauter.

Das Potenzial zum Klassiker hat auch das angestrebte Verbot gefährlicher Facebook-Partys. Das hatten Landesinnenminister von Union und SPD vor zwei Jahren ins Spiel gebracht. Wenn die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet seien, dürften Facebook-Partys eben nicht stattfinden. Auch nur der Versuch der Umsetzung hätte den Mitarbeitern des Bunds der Steuerzahler wohl auf Jahrzehnte gesehen ihre Arbeitsplätze gesichert. Man stelle sich vor, wie Polizei und Justiz landesweit umgeschulte Polizisten und Fahnder auf Facebook und in anderen sozialen Netzwerken nach Partys suchen lassen, die Eskalationspotenzial bergen.

Apropos Partys: Wer raucht - drinnen bereits flächendeckend verboten -, der soll auch frieren, denn die Augsburger Grünen wissen: „Ein Heizpilz hat ungefähr dieselbe Heizleistung wie der Heizkessel eines Einfamilienhauses und stößt etwa so viel CO₂ wie ein Mittelklasseauto aus“, was nur eine Konsequenz zulässt: verbieten. Wenn die Grüne Bundestagsfraktion sich durchsetzt und Zigaretten künftig nicht mehr am Automaten verkauft

werden dürfen, stellt sich das Problem ja sowieso oft nicht mehr.

Politische Verbotsforderungen sind aber nicht nur eine Unterhaltungsmaßnahme für Journalisten und Bürger. Bestenfalls helfen sie Parteien, die eigentlich unterschiedlichen Lagern zugerechnet werden, Gemeinsamkeiten auszuloten. Beispiel Union und - sorry, schon wieder - die Grünen. 2008 forderten Politiker beider Parteien, die Ortskennung auf Nummernschildern zu verbieten. Die Szenerie auf Landstraße oder Autobahn ist bekannt. Autofahrer mit ausbaufähigem Fahrstil und entsprechendem Kennzeichen - beispielsweise WL für „Wilder Landwirt“ oder OHV für „Ohne Hirn und Verstand“- , werden gerne mal angepöbelt. Die Lösung: Ortskennungen verbieten. Wofür sonst gibt es denn ein Antidiskriminierungsgesetz? Die alten Schilder kann man mitsamt Motorroller beziehungsweise Geländewagen dran verschrotten, denn auch die sollen natürlich verboten werden. Ebenso wie Autowerbung generell. Und Werbung für Süßigkeiten, denn dicke Kinder werden leichter überfahren.



Verbote fördern die Kreativität. In diesem Sinne: Mehr Verbote wagen! “

Infolge des euphemistisch als „Energiewende“ bezeichneten Totalumbaus der Energieversorgung können immer mehr Haushalte ihre Stromrechnung nicht bezahlen. Die vermeintliche Lösung: das „Verbot von Stromsperrern“. Statt den Säumigen Elektrizität und Gas abzdrehen, sollen die Anbieter flächendeckend „Vorkassezähler“ einführen. Die kann der finanziell benachteiligte Bürger mit Münzen füttern, die er beim Pfandflaschensammeln erlöst. Stichwort: „Grünes Jobwunder“.

Verbote, das zeigt dieser kurze Ritt durch die Geschichte, fördern die Kreativität. In diesem Sinne: Mehr Verbote wagen! Bevor die Grünen sich am Ende noch überlegen, Verbote zu verbieten ... ●



MARC ETZOLD, arbeitet als freier Journalist in Berlin. Derzeit ist er für Google als Community-Manager für den Bereich Politik und Wahlen tätig.
marc.etzold@gmail.com



Vernunftbefreite Zonen

Während sich die große Politik um ein zweifelhaftes NPD-Verbot bemüht, lässt sie jene im Stich, die sich vor Ort gegen Nazis wenden. Braune Netzwerke arbeiten an ihrem Projekt „national befreiter Zonen“, Opfer von rechter Gewalt werden von Lokalpolitikern zum Schweigen verdonnert. // TEXT // **ANTJE SCHIPPMANN**



Nachdem das erste NPD-Verbotsverfahren im Jahr 2003 gescheitert ist,

steht die Debatte zehn Jahre später wieder auf der Agenda. Insbesondere seit den Enthüllungen um die NSU-Morde mehrten sich die Rufe nach einem neuen Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht. Im Dezember 2012 beschlossen die Länder, unabhängig vom Bund selbst einen neuen Antrag zu stellen.

Bundesweit etabliert hat sich die NPD gewiss nicht. Durchaus präsent ist sie jedoch in einigen Regionen Ostdeutschlands, vor allem in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen, wo sie mit fünf beziehungsweise acht Abgeordneten in den Landtagen vertreten ist. Anzunehmen wäre nun, dass die Gemeinden, in denen die NPD und andere Nazis auffällig stark vertreten sind, auch eine besonders starke Unterstützung

durch eben jene Politiker erhalten, die beständig nach einem NPD-Verbot rufen. Hier zeigt sich jedoch eine Diskrepanz: Ausgerechnet in jenen Orten, in denen die bundespolitisch bedeutungslose NPD eine starke Rolle spielt, diktieren Nazis die kulturelle Hegemonie, während engagierte Kämpfer gegen Rechts oftmals sich selbst überlassen bleiben. Eine Reise zu den „Nestbeschmutzern“ in den „national befreiten Zonen“ zeigt persönliches Engagement und politische Verlogenheit.

Delitzsch

Die Sonne scheint, das Treiben am Marktplatz wirkt idyllisch, die Fassaden sind so schön wie in vielen ostdeutschen Städten und Dörfern. Toni M. (28) sitzt in einer Bäckerei, die Frau hinterm Tresen ist die Freundin eines stadtbekannten Nazis und fragt Toni, mit welcher Zeitung er sich jetzt schon wieder treffe. So

wie sie betrachten viele im Ort den gelernten Bürokaufmann als Störenfried, als einen, der den sozialen Frieden gefährdet. Denn im vergangenen Jahr eskalierte die Lage in der braunen Kleinstadt bei Leipzig.

„Ich habe ein Ska-Konzert veranstaltet, Freunde aus Pilsen waren eigens angereist, um mitzufeiern“, erzählt Toni. „Auf dem Heimweg begegneten wir schon dem ersten Nazi, einer, der uns vor Jahren schon mal mit Bierkrügen verdroschen hatte - aber noch dachten wir uns nichts dabei.“ 200 Meter weiter sprang ein Dutzend verummter Rechtsextremer aus dem Gebüsch, schlug Toni und seine Freunde zusammen. „Wir sind zwar einiges gewohnt, aber als ich meine Freundin am Boden liegen sah, wusste ich, dass das jetzt eine neue Qualität hat.“ Ein Mann aus Pilsen wurde schwer am Auge verletzt, seine Blutspur zog sich über 600 Meter den Gehsteig entlang. Tonis Freundin war nach dem Angriff traumatisiert, traute sich monatelang nicht mehr nachts auf die Straße. Wenige Tage nach dem Vorfall wurde Toni ins Rathaus geladen. „Ich dachte, dass sie mit mir über das Nazi-problem sprechen wollen, doch dann saßen der Erste und der Zweite Bürgermeister, jemand vom Ausschuss für Soziales, ein Vertreter des Ordnungsamts und zwei Polizisten vor mir, legten mir mit ernster Miene meinen Flyer vor und beklagten sich, dass ich ‚No Skanking with Nazis‘ darauf vermerkt hatte. Beim ‚Full Force Festival‘ würden auch Nazis und Rocker gemeinsam feiern, warf mir ein Polizist vor, ich sei also eigentlich selbst schuld, dass sie mich verprügeln, wenn ich die Nazis so offensiv ausschließe.“

Mittlerweile hat Toni einen Verein gegründet, „Kultur und Zukunft e. V.“ Mit Veranstaltungen wie „Crossgolf gegen Gewalt“ und einer „No Dancing with Nazis“-Party versucht er den „Bunt statt Braun“-Gedanken in Delitzsch zu etablieren. Doch die Stadt lege ihm weiter Steine in den Weg, erzählt Toni. Räumlichkeiten gebe es ohnehin nicht, selbst vom DRK nicht.

Courage gegen Neonazis als Ruhestörung? Dieser Irrsinn sei symptomatisch für die sächsische Provinz, sagt Thorsten Hahnel von Miteinander e. V. „Nach zwei Legislaturperioden hat die NPD feste Strukturen etablieren können und ist gerade auf den Dörfern und in Kleinstädten gut vernetzt.“ Vor 15 Jahren sei Delitzsch noch eine linke Stadt gewesen, sagt Hahnel, jetzt laufen



„Die Angriffe sind zwar quantitativ weniger geworden, dafür aber gezielter und brutaler.“

Moritz Thielicke,
Jura-Student und parteiloser
Stadtratsabgeordneter

die „Freien Kräfte“ beim Festumzug des Stadtfests mit und NPD-Mann Maik Scheffler sitze im Stadtrat. „Das Land steckt zwar viel Geld in prestigeträchtige Plakat-kampagnen für mehr Vielfalt, aber die direkte Konfrontation wird den potenziellen Opfern überlassen.“

Das Land weist den Vorwurf von sich. Initiativen wie Tonis Kulturverein könnten Unterstützung beantragen, erklärt Staatsminister Markus Ulbig, der Fördermitteltopf „Weltoffenes Sachsen“ sei eigens dafür eingerichtet und würde Organisationen aus allen Bereichen der Gesellschaft unterstützen. Auf drei Millionen Euro wurden die Gelder für 2013/14 erhöht.

Fördermittel, die seit diesem Jahr jedoch deutlich schwerer für die freien Demokratie-Förderinitiativen zu akquirieren seien, sagt Robert Kusche, Bereichsgeschäftsführer der Opferberatung der Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie Sachsen e. V. (RAA). Denn ein großer Teil der Gelder wird nun nur noch zweckgebunden an Freiwillige Feuerwehren und den Landessportbund verteilt. Für das Beratungsnetzwerk Sachsen, zu dem neben dem RAA auch das Kulturbüro Sachsen e. V. gehört, bedeutet das hingegen massive Kürzungen. „Wir werden durch ein Bundesprogramm finanziert und durch das Land kofinanziert. Dieses Jahr wurde der Zuschuss für ‚Weltoffenes Sachsen‘ von 150.000 auf 100.000 Euro gekürzt, das Bundesprogramm läuft nächstes Jahr zwar weiter, aber die Kofinanzierung aus Sachsen steht bei null. Wir wissen nicht, wie es dann weitergehen soll.“ Das Beratungsnetzwerk ist damit, wie viele kleinere Initiativen, von Schließung bedroht.

Geithain

Etwas von jenem Geld, das für ein „Weltoffenes Sachsen“ an freiwillige Feuerwehren und Schützenvereine verteilt wird, könnte Anett Börner von der Bürgerinitiative „Weltoffenes Geithain“ gut gebrauchen. 2010 gründete sie mit anderen Bürgern die Initiative, nachdem ein 15-jähriger Schüler am helllichten Tag an einer Tankstelle fast zu Tode geprügelt worden war. In der 6.000-Seelen-Stadt bei Leipzig ist das Nazi-Problem virulent: Vor allem der NPD-Stadtrat Manuel Tripp bestimme die Szene, erzählt Börner. Von Aufmärschen, Drohbriefen und anderen Einschüchterungsversuchen bis hin zur offenen Gewalt sei in

»

Geithain die ganze Palette brauner Unkultur anzutreffen. Doch auch dort werden die Opfer rechter Gewalt als Störenfriede wahrgenommen.

So versuchte laut einem MDR-Bericht die Bürgermeisterin die Mutter des Opfers zu überzeugen, über den lebensgefährlichen Angriff zu schweigen. Tripp und seinen Anhang ließ sie auf dem Stadtjubiläumsfest Kuchen verteilen und beim Festumzug in der ersten Reihe laufen.

Mit ihrem „Tag der Vielfalt“, der in diesem Jahr zum zweiten Mal stattfand, will die Initiative die Geithainer Bevölkerung für das Problem sensibilisieren. Alle „humanistisch denkenden und handelnden Menschen“ seien zu dem Fest eingeladen, „die anderen sollen fernbleiben“, heißt es in der Einladung. Die Bürgermeisterin unterstützt diesen Aktionstag. „Und auch Hunderte Bürger kamen und zeigten Gesicht gegen die menschenverachtende Ideologie“, sagt Anett Börner erfreut. Doch der Tag blieb nicht ohne Zwischenfälle: Beim Abbauen überfiel ein Nazi Börners Lebensgefährten, schlug ihn zu Boden.

Limbach-Oberfrohna

Gezielte Angriffe wie dieser seien typisch für das neue Vorgehen der Nazis, sagt Moritz Thielicke, Jura-Student und parteiloser Stadtratsabgeordneter aus Limbach-Oberfrohna bei Chemnitz. „Die Angriffe sind quantitativ weniger geworden, aber gezielter und brutaler.“ In seiner Stadt gehörten Angriffe auf Jugendliche, eingeworfene Scheiben und Hitlergruß auf dem Schulhof lange zum Alltag. Nazis verübten einen Brandanschlag auf Moritz' Vereinshaus, ein Schüler musste die Stadt wechseln, weil keine Schule seine Sicherheit vor rechten Übergriffen gewährleisten konnte. Thielicke's Verein, die „Soziale und Politische Bildungsvereinigung Limbach-Oberfrohna e. V.“, versucht derweil in Kooperation mit dem „Bunten Bürgerforum“ Werte wie Toleranz und Vielfalt zu vermitteln. Nun sei es ruhiger geworden in der Stadt.

Ein Sprecher des Innenministeriums spricht von einer „echten Erfolgsgeschichte“. Das bezweifelt Moritz jedoch. Der Rückgang der Straftaten in Sachsen von 1693 Fällen im Jahr 2011 auf 1616 Fälle im Jahr 2012 sei eher auf die effektive Strafverfolgung gegenüber Neonazis und die damit einhergehenden Urteile



„Bei den Kampagnen geht es oft nur um Prestige, während die Organisationen vor Ort ums Überleben kämpfen.“

Thorsten Hahnel
von Miteinander e.V.

zurückzuführen. „Rechtes Gedankengut ist dennoch weit verbreitet, vor allem bei Jugendlichen.“

Die Stadt messe ihre Erfolge allein am Rückgang der Straftaten, doch eine politische Auseinandersetzung finde nicht statt. Auch mit den Opfern rechter Gewalt habe man sich nicht getroffen. „Das Desinteresse und die Geringschätzung zeigen sich auch darin, dass weder der Oberbürgermeister noch ein anderer Stadtvertreter bisher an den Veranstaltungen der Bürgerinitiativen teilgenommen hat“, beklagt Moritz Thielicke. Bunt-statt-Braun als reine Imagepflege?

Thorsten Hahnel von Miteinander e. V. bestätigt diesen Eindruck. „Bei den Kampagnen geht es oft nur ums Prestige, während die Organisationen vor Ort ums Überleben kämpfen.“ An den Opfern bestehe kaum Interesse: Bei Migranten oder alternativen Jugendlichen schaut die Mehrheitsgesellschaft weg. „Dass diese Menschen aber täglich Bedrohungen durch Nazis ausgesetzt sind, während sie diejenigen sind, die für Demokratie eintreten, und dass dies Alltag in unserem Land sein kann, ist ein Skandal. Die Stärke der Nazis offenbart die Schwäche der Zivilgesellschaft.“

Und so bleibt es in der sächsischen Provinz oft an Einzelkämpfern wie Moritz Thielicke hängen, den Nazis die Stirn zu bieten - NPD-Verbot hin oder her. Doch auch er denkt daran wegzuziehen. „Ich habe mich zwar an die ständigen Angriffe und Bedrohungen gewöhnt, aber ich bin jetzt Vater und meinem Kind will ich diese Zustände nicht zumuten.“ ●



ANTJE SCHIPPMANN arbeitet als freie Journalistin für Bild und war bei der Recherche oft sehr dankbar, im wohlbehüteten Leipzig aufgewachsen zu sein.
redaktion@liberal.de



LIBERALE WERBEN LIBERALE

PRÄMIE NR. 1:

„Der Weg zur Knechtschaft“ von Friedrich August von Hayek

In kaum einem anderen Werk ist der Zusammenhang zwischen Marktwirtschaft, Demokratie und individueller Freiheit so klar dargestellt wie in von Hayeks Klassiker aus dem Jahr 1943.

PRÄMIE NR. 2:

„Die Ethik der Umverteilung“ von Bertrand de Jouvenel

Der französische Ökonom und Sozialphilosoph Bertrand de Jouvenel (1903-1987) ist neben Friedrich August von Hayek und Ludwig von Mises einer der liberalen Hauptkritiker des paternalistischen Vorsorgestaates.

PRÄMIE NR. 3:

„Das Kapitalistische Manifest“ von Johan Norberg

„Wer solide Bescheid wissen will über die Globalisierung, ihre Form und ihre Folgen: In diesem verdienstvollen Werk findet sich alles, was man zur kompetenten Auseinandersetzung braucht.“ (FAZ)

PRÄMIE NR. 4:

Je zwei Eintrittskarten für das „DDR-Museum“ in Berlin

Das „DDR-Museum“ ist einzigartig, unterhaltsam und lehrreich und eines der meistbesuchten Museen Berlins. Das „DDR-Museum“ finanziert sich nicht aus Ihren Steuergeldern, sondern allein aus seinem Betrieb.

Vermitteln Sie *liberal* neue Abonnenten und sichern Sie sich eine Prämie.

Auch wenn Sie selbst kein Abonnent von *liberal* sind, können Sie für unser Debattenmagazin Leser gewinnen und Ihre Prämie frei auswählen!*

PS: Unter www.libmag.de bieten wir auch Geschenk-Abos und ermäßigte Studenten-Abos an

* Prämien solange der Vorrat reicht. Die Zusendung der Prämie für den Werber erfolgt nach Lieferung des ersten Heftes an den neuen Leser.

VIERMAL IM JAHR
liberal
DEBATTEN ZUR FREIHEIT

BESTELLUNG AN: liberal-Aboservice • Dienstleistungen COMDOK GmbH
Eifelstraße 14 • 53757 Sankt Augustin
per Fax: +49 (0) 2241/34 91 11 oder per E-Mail: abo@libmag.de

Zahlung gegen Rechnung – bitte Rechnung abwarten, keine Vorauszahlung leisten. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ablauf eines Bezugsjahres bei der nebenstehenden Adresse gekündigt wird. (Auslandspreise auf Anfrage)

LESER WERBEN LESER

 Ich bestelle „liberal – Debatten zur Freiheit“ im **JAHRSESABO** für 38 Euro
(Inlandspreis inklusive Gratis-App, Porto und Verpackung)

ADRESSE DES NEUEN LIBERAL-ABONNENTEN

Vorname Name
Straße Nr.
PLZ/Ort
E-Mail
Telefon

ADRESSE DES WERBERS

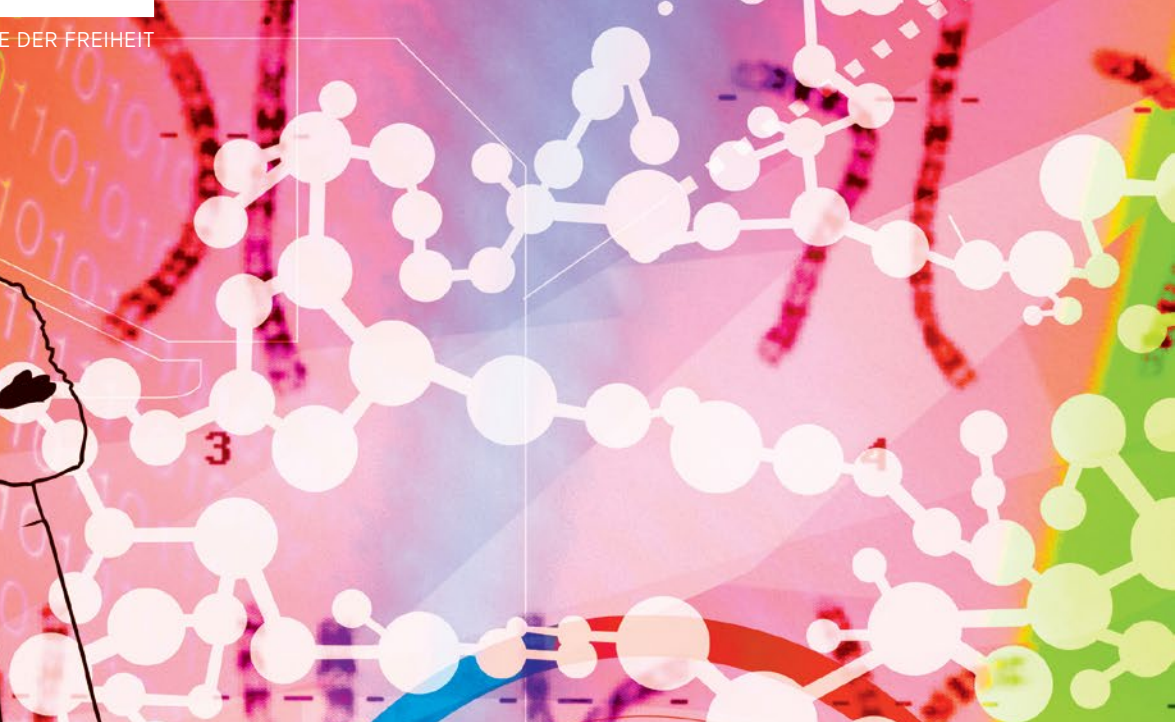
Vorname Name
Straße Nr.
PLZ/Ort
E-Mail
Telefon

ICH HÄTTE GERNE PRÄMIE (Gewünschtes bitte ankreuzen)

1	3	3	4
---	---	---	---

DATUM/UNTERSCHRIFT

--



DIYBIO

Spiel des Lebens

Um ungestört mit den Bausteinen des Erbguts hantieren zu können, wollen Biohacker den Zugang zu Wissen und Werkzeugen radikal demokratisieren. Noch haben Regierungen und Aufsichtsbehörden dem freien Forschen und Basteln keinen Riegel vorgeschoben.

// TEXT // **STEFFAN HEUER** // ILLUSTRATIONEN // **ERNST MERHEIM**

Von außen macht BioCurious nicht viel her. Der graue Flachbau an einer dreispurigen Straße in Sunnyvale im Herzen des Silicon Valleys verschwindet im Einerlei gesichtsloser Bürowaben, deren Mieter so regelmäßig wechseln wie das Innovationsklima in dieser Technologiehochburg umschlägt. Doch der erste Eindruck täuscht, denn hinter den dunklen Scheiben verbirgt sich eine der ersten und größten Biohackergemeinden der Welt.

Auf rund 250 Quadratmetern bietet BioCurious eine Spielwiese für all jene, die in ihrer Freizeit mit Pipette, Petrischale und PC für 100 Dollar im Monat ein bisschen Gott spielen wollen. Klassenzimmer, in denen namhafte Akademiker und radikale Visionäre über die kühne Idee des am Computer programmierbaren Lebens sprechen und den dazu nötigen Werkzeugkasten erklären, gepaart mit einem halben Dutzend Labortischen, an denen jeder interessierte Laie ausprobieren kann, wie man DNA entschlüsselt, Kulturen von Mikroorganismen anlegt oder sogar neue Biotechwerkzeuge baut. Dank Materialien von der Stange kosten sie,

verglichen mit den Gerätschaften, die heute in Hochschul- oder Unternehmenslabors stehen, nur noch einen Bruchteil.

„Die Idee wurde vor vier Jahren in einer Garage geboren und ist simpel: Wir wollen so vielen Menschen wie möglich Hammer und Schraubenschlüssel fürs 21. Jahrhundert in die Hand geben. Wenn jeder – egal ob Laie oder Experte – an der Biotechrevolution teilnehmen kann, setzen wir genauso viel Innovationspotenzial frei wie die IT-Revolution“, sagt Raymond McCauley, einer der Gründer von BioCurious. Der Informatiker arbeitete im vergangenen Jahrzehnt bei mehreren Biotechfirmen in der Region um San Francisco und hatte in seiner Garage ein Labor eingerichtet, um dem Traum von der einfachen und erschwinglichen Genmanipulation nachzujagen.

„Ich war der typische Tüftler und hatte bis unter die Decke Geräte gestapelt.“ Dann bemerkte McCauley, dass er nicht alleine war. „So war aus einer kleinen Gruppe von Biohackern, die sich anfangs still und heimlich trafen, eine Gemeinde von Gleichgesinnten geworden, die ein weltweites Netzwerk verbindet.“ Selbst die Gründer von BioCuri-

»

Was ist Biohacking?

Ein ebenso junges wie vage definiertes Phänomen an der **SCHNITTSTELLE MEHRERER TRENDS UND DISZIPLINEN**.

Einer der Haupttreiber ist die Möglichkeit, bislang ungeahnte Mengen an Daten über biologische und chemische Prozesse preiswert zu sammeln und auszuwerten, um den Geheimnissen von Genen, Proteinen und anderen Bausteinen des Lebens auf die Schliche zu kommen und sie idealerweise am Bildschirm neu und besser zu programmieren.

Zur immer leistungsfähigeren und trotzdem preiswerten Rechenleistung kommt die sogenannte **„MAKER“-BEWEGUNG**, bei der Amateure die Herstellung von Gebrauchsgegenständen an sich reißen, insbesondere mittels 3-D-Druckern, die schon für wenige Tausend Dollar zu haben sind. Somit werden die traditionellen Barrieren zum Spiel mit Bits und Atomen beiseitegefegt.

BIOHACKER sind eine bunte und immer noch im Fluss befindliche Gemeinschaft aus Naturwissenschaftlern, Programmierern und Technologen, passionierten Amateuren und Unternehmern bis hin zu Avantgardekünstlern, Schülern und Studenten. Sie alle wollen Biotechnologie und insbesondere synthetische Biologie – also die IT-gestützte **MANIPULATION DER BAUSTEINE DES LEBENS** – aus den Zwängen der Hochschulforschung und der Life-Sciences-Industrie befreien und zu einer Art Volkssport der Informationsgesellschaft machen.

Ihre Vision lautet, die Suche nach neuen Wirkstoffen, Therapien, Rohstoffen oder Energiequellen als Crowdsourcingprojekt aufzustellen, an dem sich Tausende von Bürgern beteiligen. Noch operiert diese relativ überschaubare Gruppe von Pionieren des freien Forschens in einem **WEITGEHEND RECHTSFREIEN RAUM**, den Gesetzgeber und Investoren allerdings aufmerksam beobachten, um die ökonomischen Chancen und gesellschaftlichen Risiken nicht zu übersehen.

ous wurden vom ungeahnten Interesse am biologischen Frickeln überrascht.

Im Sommer 2010 warben McCauley und Mitstreiterin Eri Gentry auf der Website von Kickstarter um Spenden, um einen Treffpunkt für Biohacker einzurichten. Knapp 240 Förderer gaben 35.000 Dollar, der Großteil der Laborausstattung sind Sachspenden. „Wir arbeiten sparsam und haben nicht die neuesten Apparate, aber das muss man auch nicht“, erklärt McCauley, der den Wiederbeschaffungswert der Laboreinrichtung auf mehrere Millionen Dollar schätzt.

Heute hat BioCurious mehrere Dutzend zahlende Mitglieder, die das Labor sieben Tage in der Woche nutzen können, und ebenso viele freiwillige Helfer, die im Schnitt 20 Stunden pro Woche im Labor arbeiten. Sie wollen lernen, wie man beispielsweise ein Fluoreszenz-Mikroskop oder einen PCR-Sequencer bedient, mit dem sich DNA-Schnipsel millionenfach kopieren lassen. „Jeden Monat gehen bei uns gut 600 Leute ein und aus, die herausfinden möchten, was sie persönlich mit Biotechnologie anstellen können“, sagt McCauley erfreut. Die E-Mails des Hackerlabors lesen mehrere Tausend Interessierte.

Design von Lebensformen

Wegen seines Standortes im Silicon Valley ist das Labor zum wohl wichtigsten Knotenpunkt der Bewegung geworden. Zwar sind Hackerspaces in Boston und New York genauso alt, auch sind neue Labors in Austin oder San Diego hinzugekommen, doch die Region zwischen San Francisco und San José bietet eine besondere Dichte an kreativen und neugierigen Köpfen. Im bequem erreichbaren Umkreis residiert nicht nur das Who's Who der IT- und Internetbranche, sondern befinden sich auch namhafte Universitäten wie Berkeley, UCSF und Stanford, die höchst angesehene Abteilungen für Genetik und Bioinformatik unterhalten.

So treffen auf engstem Raum Naturwissenschaftler auf Programmierer aus Unternehmen wie Google, werden Studenten von

unkonventionellen Visionären und Querdenkern wie dem Informatiker Ray Kurzweil oder dem Investor Peter Thiel inspiriert, die alle auf ihre Weise den Wissenschaftsbetrieb modernisieren oder aufbrechen wollen und durchweg davon überzeugt sind, dass Organismen sich ebenso umprogrammieren und frisieren lassen wie ein PC.

Ganz so einfach ist das aber nicht. Die Idee, mit der Maus neue Lebensformen zu designen und womöglich das Rezept zum ewigen Leben zu programmieren, ist spätestens seit dem Medienrummel um den Genomikrebell Craig Venter salonfähig. Venter schlug die öffentlich finanzierten Konkurrenten bei der Entschlüsselung des menschlichen Erbguts und wurde zum lautesten Fürsprecher der synthetischen Biologie. In der Praxis stellte sich die kühne Vision allerdings als etwas blauäugig heraus.

„Am Anfang waren wir Biohacker auf Software ausgerichtet. Wir glaubten, wir könnten mit DNA spielen wie mit Softwarecode“, erinnert sich Tito Jankowski, der 2009 maßgeblich an der Geburt der örtlichen Szene beteiligt war. Dem heute 27-jährigen fehlte nach seinem Collegeabschluss der Zugang zu Labors und Professoren. Deshalb startete er eine lokale Mailingliste für „Do-It-Yourself“- oder DIY-Bio, dem losen Netzwerk der Biohacker in aller Welt.

Als sich Jankowski jedoch daran machte, seine Vorstellungen von synthetischer Biologie im Heimlabor in die Praxis umzusetzen, prallten Anspruch und Realität aufeinander. Vor der Manipulation oder dem Design neuer Lebensformen steht handfeste Bastlerarbeit. Der Informatiker wollte einen preiswerten Kasten zur Gelelektrophorese bauen – der Standardmethode, um unterschiedliche Moleküle voneinander zu trennen. „Ich musste erst einmal lernen, wie man zwei Plastikteile verklebt – das ist für Biotechnologieerstaunlich wichtig.“

Jankowskis Zwischenbilanz nach gut fünf Jahren als Freizeithacker: „Biotech ist nicht wie Software, es geht um handfeste Dinge. Man braucht Equipment und die Erfahrung von gestandenen Experten. Sich einfach die

Beschreibung eines Experiments herunterzuladen genügt nicht.“ Deswegen, schiebt er nach, seien Hackerlabors wie BioCurious so wichtig, da sie Fachleute aus unterschiedlichsten Disziplinen zusammenbringen, die gemeinsam ihre Wissenslücken ausloten und zu schließen versuchen. Naturwissenschaftler lernen so von Programmierern und umgekehrt.

Wichtig ist bei allen Experimenten und Projekten, dass der Wissenstransfer und alle sich daraus ergebenden Ideen für Hardware und Software offen bleiben. „An einer Universität geht es darum, als Erster einen Artikel zu veröffentlichen. In einer Firma geht es um geistiges Eigentum und Geld“, sagt McCauley. Biohacking hingegen will wie die Open-Source-Bewegung den Quellcode offenlegen, damit möglichst viele Hand anlegen können.

Was nicht heißen soll, dass Biohacker nicht am wirtschaftlichen Aspekt ihrer Arbeit interessiert sind. „Im Moment ist das ein buntes Völkchen aus Pionieren wie einst im Wilden Westen. Da gibt es die moderne Version von Jägern, Fallenstellern, Cowboys, Landwirten und so weiter. Jeder verfolgt seine eigenen Interessen“, beschreibt der Zukunftsforscher Paul Saffo den Status quo, in dem sich Begriffe wie Lifehacking oder Biopunk überschneiden.

Optimierte Organismen

Einige Biohacker rechnen sich der Bewegung des „Quantifizierten Ich“ zu und wollen den eigenen Körper möglichst detailliert vermessen und dann mittels tragbarer Sensoren und einem Cocktail aus Verhaltensänderungen und Nahrungszusätzen optimieren. „Gentechnik und synthetische Biologie sind spannend. Aber wieso die schweren Dinge zuerst anpacken, wenn ich meinen Körper und meine Lebensqualität auch einfacher optimieren kann?“, fragt der ehemalige IT-Unternehmer und heute hauptberufliche Biohacker Dave Asprey. Er betrachtet lebende Organismen wie einen Rechner, den man verbessern und beschleunigen kann.

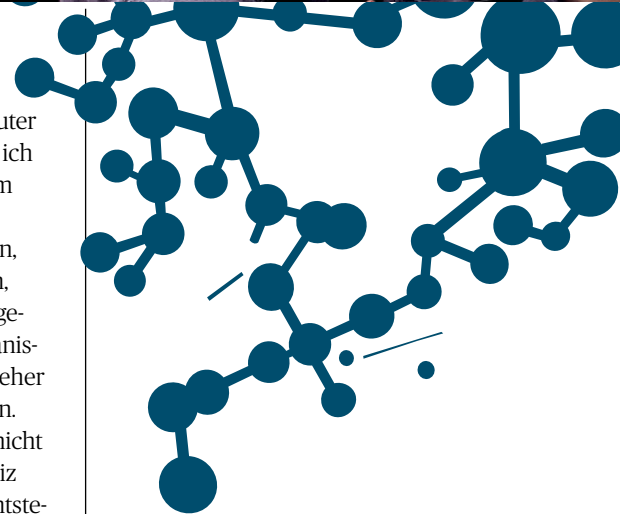
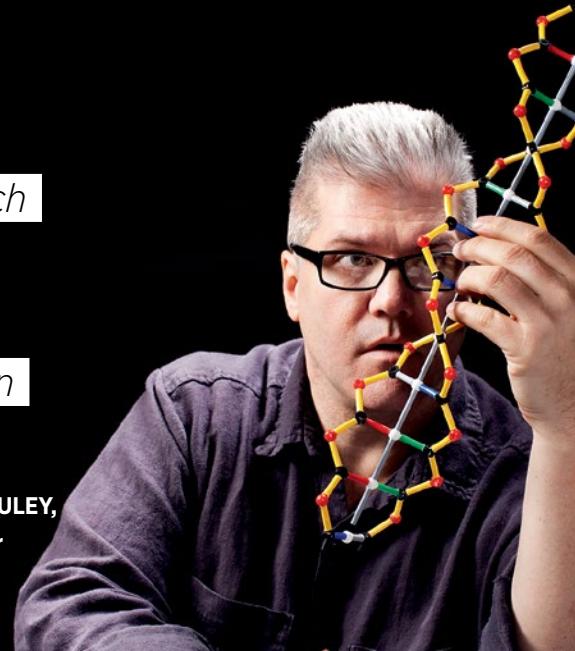
„Bevor ich bei einem Computer an der Hardware herumschraube, sollte ich erst den Prozessor schneller takten. Beim Menschen ist das nicht anders.“ Die Biopunkszene will anecken und provozieren, etwa mit Mikroben Kunstwerke schaffen, während die mehr wissenschaftlich ausgerichteten Biohacker komplett neue Organismen im Rechner entwerfen wollen und eher Werkzeuge oder Produkte im Sinn haben.

„Die Tatsache, dass sich Biohacking nicht klar eingrenzen lässt, ist ein weiteres Indiz dafür, wie viele spannende Ideen dort entstehen“, argumentiert Saffo. „Aus den Garagenlabors und Hackerspaces von heute werden die Erfolgsunternehmen von morgen hervorgehen. Auch wenn 99 Prozent fehlschlagen – Biohacking wird große Innovationen anstoßen und gleichzeitig für mehr Verständnis in der Bevölkerung sorgen.“

Noch warten Wagniskapitalgeber ab, jene institutionellen Investoren, die Start-ups im Silicon Valley das nötige Geld vorschießen, um neue Produkte und sogar gänzlich neue Märkte zu schaffen. Wer sich heutzutage als Unternehmer im Biohacking versucht, ist weitgehend auf sich gestellt. So haben sich in den vergangenen zweieinhalb Jahren 25 junge Firmen zeitweise bei BioCurious

*Wir wollen so vielen
Menschen wie möglich
Hammer und
Schraubenschlüssel
fürs 21. Jahrhundert in
die Hand geben*

RAYMOND MCCAULEY,
einer der Gründer
von BioCurious



eingemietet, um Prototypen zu entwickeln. In fast allen Fällen handelte es sich um Ein-Mann-Betriebe ohne die nötigen Mittel für eigene Räumlichkeiten oder Geräte. Bislang ist kein kommerzielles Produkt aus dem Hackerspace hervorgegangen, gibt McCauley zu.

Einige Neugründungen machen dennoch von sich reden. Firmen wie Cambrian Genomics, Genomic Compiler oder Synthesgo haben jeweils Gelder in Millionenhöhe eingeworben, um technisch anspruchsvolle Elemente des Biohacking zu einer preiswerten Dienstleistung zu machen.

„Das gegenwärtige Biohacking-Ökosystem ist ein Witz“, sagt Cambrian-Gründer und CEO Austen Heinz. „Klar, wir können

Da die Kosten für das Spiel mit dem Leben unweigerlich weiter und schneller fallen werden, so Heinz, schwebt ihm eine ähnlich florierende Start-up-Szene vor wie im Netz. „Wir werden Entwicklerprogramme erleben, wie sie heute Apple für seine Apps unterhält. Kleine Gründerteams werden neue Produkte - ich nenne sie Biotech-Apps - für Verbraucher und ganz unterschiedliche Industrien entwickeln, von Pharma über Agrochemie bis zur Industriechemie“, erklärt der Unternehmer.

Erbgut im Netz frei verfügbar

Der Großteil dieser Prozesse wird virtuell ablaufen, also ohne Reagenzgläser und teure Geräte. Das entschlüsselte Erbgut vieler Organismen ist bereits im Netz frei verfügbar. Anbieter wie Genome Compiler ermöglichen es Privatleuten, neue Kombinationen durchzuspielen, wieder andere Firmen wie Synthesgo werden die Designs in virtuelle Schöpfungen verwandeln - und das alles in einem Browser. Da die meisten dieser neuen Organismen simuliert anstatt in einem Labor physisch hergestellt werden, argumentiert Heinz, liegen Skeptiker der Biohacking-Bewegung falsch.

Zum Beweis - und wohl auch, um die Grenzen des gegenwärtig Machbaren auszutesten - lancierte er gemeinsam mit anderen Vordenkern ein umstrittenes Projekt. Ein Team von Biohackern hat ein gewöhnliches Unkraut namens Acker-Schmalwand genetisch verändert, sodass die Pflanze schwach leuchtet. Auf der Crowdfunding-Seite Kickstarter wurde das Designerunkraut in kurzer Zeit zu einem großen Erfolg. Wer 40 Dollar oder mehr spendete, bekommt eine Tüte der Glühpflanze zugeschickt - und kann sie nach Belieben aussähen.

Die provokante Idee, die nach Angaben ihrer Initiatoren gegen keine geltenden US-Vorschriften verstößt, sammelte statt der geplanten 65.000 Dollar bislang knapp eine halbe Million Dollar ein und wird als Biohacking-Performance in die Geschichtsbücher eingehen. „Die Glühpflanze ist nur das erste

Produkt. Wir haben mehr auf Lager“, verspricht Heinz. „Solche über Spenden finanzierten Biohacking-Apps für Verbraucher machen den Anfang und ebnen den Weg, bis wir bei wirklich ernsthaften Anwendungen für Unternehmen ankommen, die erheblich mehr Kapital erfordern.“ Es sei nur eine Frage der Zeit, bis ein Team von ein bis zwei Leuten mit einer guten Idee ans Werk gehen und die Welt verändern könne.

Falls nicht vorher Gesetzgeber und Aufsichtsbehörden dem freien Forschen einen Riegel vorschieben. „Do It Yourself ist gut und wichtig für den Fortschritt und die Kreativität. Aber wir verstehen viel zu wenig von den Risiken der synthetischen Biologie“, warnt Pat Mooney, Direktor der ETC Group, einer Denkfabrik für Umweltfolgenabschätzung in Ottawa. „Deswegen brauchen wir Regelungen und Gesetze, bevor jedermann neue Organismen entwerfen und einfach in die freie Natur entlassen kann.“

Mooney erwartet, dass sich Experten, die mit der UNO-Konvention zur biologischen Vielfalt befasst sind, noch in diesem Jahr zu dem Problem der synthetischen Biologie und Gesetzeslücken äußern werden, da entsprechende Grundsatzpapiere bereits in Regierungskreisen zirkulierten. „Es ist äußerst gefährlich, sich auf Bekenntnisse zur Selbstkontrolle zu verlassen - noch dazu, da diese Projekte bereits laufen.“

Bei der Gentechnik, gibt Mooney zu bedenken, verständigten sich führende Wissenschaftler auf der legendären Asilomar-Konferenz 1975 auf Grundregeln, lange bevor die Technologien marktreif waren. „Das Recht auf ungebremste Innovation überwiegt keineswegs die Verpflichtung, die Umwelt und die Menschheit zu schützen“, so der ETC-Leiter. Wer so argumentiere, denke nur an sich.

Unkontrolliertes Bio-Basteln

Zukunftsforscher Saffo, der sich unter anderem an der privaten Singularity University unweit von der Google-Zentrale mit den Verheißungen der Welt von morgen beschäf-



Software schreiben, um das Erbgut von allen möglichen Organismen zu lesen. Aber es hakt bei der umgekehrten Richtung, beim Schreiben. Genetische Informationen in Atome umzuwandeln, also wirklich Organismen zu designen, ist für die meisten Menschen unerschwinglich“, bemängelt der 29-jährige Unternehmer aus San Francisco. Cambrian will das radikal ändern und hat eine Methode entwickelt, um am Rechner kreierte DNA-Kombinationen mit einem Laserdrucker billig und schnell auszuspucken. Heinz vergleicht die Idee mit der Massenfertigung von Transistoren, die den Weg für den Siegeszug des PC ebneten.

Am Anfang waren wir
Biohacker auf Software
ausgerichtet. Wir
glaubten, wir könnten
mit DNA spielen wie
mit Softwarecode.

TITO JANKOWSKI,
Biopunk der ersten
Stunden

tigt, sieht die Risiken des unkontrollierten Bio-Bastelns etwas gelassener. „Jedes Mal, wenn etwas radikal Neues entsteht, werden Horrorszenarien entworfen. Doch die Wirklichkeit stellt sich meist als weniger bedrohlich heraus. Ich verbringe keine schlaflosen Nächte, weil ich fürchte, dass bald irgendwelche Monsterorganismen aus einer Garage entkommen und die Erde verschlingen könnten.“

In Sunnyvale zumindest ist der Taten-
drang ungebrochen. Bis Jahresende will
BioCurious in neue, doppelt so große Räum-
lichkeiten umziehen. Und eine Gruppe von
Biohackern, die die langen Anfahrtszeiten
leid ist, gründet gerade unweit von Berkeley
ein neues Labor. Sein Name lautet Counter
Culture Labs. ●



STEFFAN HEUER ist US-Korrespondent
des Wirtschaftsmagazins *brandeins* und
Autor des Buchs „Ich kriege ihr nicht!
Gebrauchsanweisung zur digitalen
Selbstverteidigung“ (Murrman Verlag).
redaktion@liberal.de

liberal • Debatten zur Freiheit. Vierteljahressheft der
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Reinhardtstraße 12, 10117 Berlin

Begründet von Karl-Hermann Flach und Hans Wolfgang Rubin

Herausgegeben von Dr. Wolfgang Gerhardt, Dr. Wolf-Dieter Zumpfort,
Axel Hoffmann, Manfred Richter, Rolf Berndt, Dr. Irmgard Schwaetzer und
Dr. Peter Röhlinger

Gesamtleitung: Kirstin Härtig

Redaktion Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit: David Harnasch
(Chefredakteur, v.i.S.d.P.), Boris Eichler (Chef vom Dienst)

Redaktion corps: Wilfried Lültsdorf (Chefredakteur),
Mirko Hackmann (Redaktionsleitung), Axel vom Schemm

Autoren dieser Ausgabe: Thommie Bayer, Sibylle Berg, Gérard
Bökenkamp, Ernst Eggers, Marc Etzold, Jan-Philipp Hein, Matthias
Heitmann, Steffen Henrich, Steffan Heuer, Christopher Hitchens,
Oliver Jeges, Ralf Kalscheur, Nils Kottmann, Christine Mattauch,
Michael Miersch, Christian Raschke, Antje Schippmann,
Clemens Schneider, Mirjam Wajsberg, Ingo Way, Peter Zangerl

Grafik: Ernst Merheim, Sabine Kühn (corps)

Bildredaktion: Achim Meissner (corps)

Titelbild: TV-Yesterday/Interfoto (Montage)

Gesamtherstellung:

corps. Corporate Publishing Services GmbH,
ein Unternehmen der Verlagsgruppe Handelsblatt
Kasernenstraße 69, 40213 Düsseldorf
Tel. 0211/5 42 27-700, Fax 0211/5 42 27-722
www.corps-verlag.de

Verlagsgeschäftsführung:

Holger Löwe, Wilfried Lültsdorf

Objektleitung: Christiane Reiners

Anzeigenleitung: Ralf Zawatzky, Tel. 0211/5 42 27-662,
ralf.zawatzky@corps-verlag.de

Anzeigenmarketing: Georgios Giavanoglou, Tel. 0211/5 42 27-663,
georgios.giavanoglou@corps-verlag.de

Anzeigendisposition: Tatjana Kampermann, Tel. 0211/5 42 27-671,
tatjana.kampermann@corps-verlag.de

Litho: TiMe GmbH

Druck:

Buersche Druck- und Medien GmbH
Gabelsbergerstraße 4, 46238 Bottrop

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung
von Herausgeber und Redaktion wieder.

Vertrieb: DPV Network GmbH www.dpv.de

Bezugsbedingungen: Erscheinungsweise vierteljährlich; Abonnement-
preis jährlich 38 Euro (Inlandspreis inklusive Gratis-App, Porto und
Verpackung); Preis des Einzelheftes 7,90 Euro (Inlandspreis, zzgl. 2,50
Euro Porto und Verpackung). Studentenabo jährlich 28 Euro (Inlandspreis
inklusive Porto und Verpackung) gegen Nachweis an:
abo@libmag.de. Kündigungsfrist: spätestens vier Wochen vor Ablauf
eines Bezugsjahres.

Die Abonnementrechnung ist jeweils am Ende des ersten Quartals
zur Zahlung fällig. Die nächste Ausgabe erscheint im Dezember 2013.

Kontakt: leserbriefe@libmag.de; abo@libmag.de, redaktion@libmag.de

liberal im Abonnement: siehe Seiten 27 und 99

„Es waren vier gute Jahre für Deutschland“

Es könnte eng werden für die Liberalen bei der Bundestagswahl im September. Doch schon häufig wurde die Partei zu früh abgeschrieben. Spitzenkandidat **Rainer Brüderle** erklärt im Interview, warum Deutschland weiterhin eine liberale Kraft an der Macht braucht, die SPD als Koalitionspartner nicht infrage kommt und die grüne Gutmenschenpolitik scheitern würde. // INTERVIEW // **DAVID HARNASCH**

Herr Brüderle, Sie haben im Wahlkampf nach erfolgreicher Genesung das ganze Land bereist und mit Tausenden Menschen gesprochen. Was hat Sie am meisten überrascht?

Ich freue mich, dass so viele Menschen zu den Veranstaltungen der FDP kommen und unsere Inhalte diskutieren. Ohne die Unterstützung der Mitglieder vor Ort wäre ein Wahlkampf, wie wir ihn derzeit machen, nicht möglich. Allein ich nehme in diesem Wahlkampf mehr als 200 Termine wahr. Ich finde es immer wieder toll, mit welchem Engagement sich die FDP-Mitglieder - die meisten ehrenamtlich - bei Wind und Wetter und trotz medialen Gegenwinds für die Partei einsetzen. Überrascht hat mich das nicht, denn ich kenne es bereits aus vielen vorherigen Wahlkämpfen. Positiv überrascht war ich über die von vielen Seiten an die FDP gerichtete Aufforderung, im Wahlkampf klare Kante zu zeigen und für Reformen in Deutschland einzutreten. Das haben wir uns vorgenommen. Das gibt es nur mit uns.

Die Euroskeptiker der Alternative für Deutschland (AfD) werden trotz ihres dünnen Programms von den Talkshows hofiert wie vor vier Jahren die Piraten. Was raten Sie Bürgern, die erwägen, für die AfD zu stimmen?

Wir nehmen die Sorgen der Menschen um unsere Währung und unseren Wohlstand sehr ernst. Der Euro ist das Zeichen für die europäische Einigung,

und wir haben in den vergangenen vier Jahren sehr viel getan, um ihn zu schützen. Schließlich profitiert kein anderes Land mehr vom Euro als Deutschland. Deshalb ist nicht der Ausstieg aus dem Euro die Lösung der Finanz- und Schuldenkrise in Europa, der Ausweg sind harte Strukturreformen in den Krisenländern, die über einen längeren Zeitraum umgesetzt werden müssen. Die AfD hat keine Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit, sondern ist - wie die Tierschutzpartei - eine Ein-Themen-Partei. Das wissen die Menschen in Deutschland sehr genau.

Deutschland erscheint im krisengeschüttelten Europa wie eine Insel des Wohlstands und der Stabilität. Nur: Wie sehr schreiben die Wähler diesen Erfolg der FDP zu?

Wenn es um die Bewältigung der Eurokrise geht, vertrauen die Menschen der Bundesregierung unter Führung von Angela Merkel. Doch in den entscheidenden Momenten der Eurorettung war es gut, dass die FDP mit in der Koalition war, denn wir haben den strikten Kurs gegen Eurobonds, Altschuldentilgungsfonds und die Übernahme von europäischen Schulden vorgegeben. Angela Merkel konnte sich immer auf die FDP verlassen, wenn es darum ging, Solidarität gegenüber den schwächeren Ländern in Europa zu üben - aber von ihnen im Gegenzug auch die notwendigen Reformen zu verlangen. Man



Foto: Thomas Koehler/photothek.net

kann am Ende einer Legislaturperiode nicht auseinanderdividieren, wer was wann durchgesetzt hat, sondern tritt als Partner vor die Wähler, die auf ihre gemeinsame Arbeit verweisen. Das tun wir, und das tut auch die Union.

Welche Themen kamen über die Eurorettung aus Ihrer Sicht zu kurz?

Es ist müßig, darüber zu spekulieren, was ohne die Eurokrise anders gelaufen wäre. Natürlich hat sie viel Zeit und Aufmerksamkeit in Anspruch genommen. Aber regieren heißt, für aktuelle Probleme gute Lösungen zu finden, und dahingehend bin ich mit dem Ergebnis der Koalition sehr zufrieden. Es waren vier gute Jahre für Deutschland.

Während die Energiepreise weltweit fallen, nicht zuletzt dank billiger Gasförderung mittels Fracking, steigen die Stromrechnungen der Deutschen von Jahr zu Jahr. Wie wird die FDP die Energiewende sozialverträglich umgestalten?

Die Energiewende stellt die Koalition vor eine große Herausforderung. Wir müssen die Energieversorgung sicher, bezahlbar und umweltverträglich organisieren. Wir haben in den vergangenen Jahren die ersten wichtigen Weichen gestellt, denken Sie nur an den Netzausbau. Aber um den Energiepreis zu stabilisieren, müssen wir nach der Bundestagswahl schnell Reformen in Angriff nehmen. Wie der Anstieg der EEG-Umlage zeigt, hat Rot-Grün ein Subventionssystem für die Erneuerbaren Energien hinterlassen, das zur Kostenfalle wurde. FDP und Union haben in den vergangenen Jahren durch die Kürzung der Solarsubventionen viel getan, um den Anstieg zu verlangsamen. Hätten sich SPD und Grüne in den Ländern nicht quergestellt, wäre die Strompreisbremse bereits verabschiedet. Alle müssen jetzt zur Vernunft kommen und die rot-rot-grüne Blockadepolitik beenden, sonst gefährden die hohen Stromkosten am Ende Arbeitsplätze. Die Energiewende braucht einen Neustart, und das EEG muss grundlegend hin zu einem Mengenmodell überarbeitet werden. Bis dahin sollten wir über ein Moratorium nachdenken, denn jeden Tag kommen neue Solaranlagen dazu, die wieder über 20 Jahre Förderung erhalten, die Schieflage verstärken und Strom teurer machen.

Sie sind einer der wenigen FDP-Politiker mit Erfahrungen in Sachen rot-gelber Koalition. Die hat immerhin 15 Jahre gehalten. Ist es wirklich ein so gro- »



„DAS PROGRAMM DER SPD IM BUND BIETET EINFACH KEINERLEI BASIS FÜR EINE ZUSAMMENARBEIT.“

Der Unterschied, ob man mit der SPD im Land oder im Bund koalitiert?

Das Programm der SPD im Bund bietet einfach keinerlei Basis für eine Zusammenarbeit. Vor zehn Jahren hat der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder die Agenda 2010 durchgeboxt. Diese Reformen waren wichtig für Deutschland und müssen ihm hoch angerechnet werden. Von dieser Politik hat sich die heutige SPD aber entschieden abgewendet und verfolgt nun einen Kurs, den wir als Liberale ablehnen. Mit der Union hingegen haben wir vier Jahre erfolgreich zusammengearbeitet. Wir werden dafür kämpfen, vier weitere gute Jahre anzuschließen.

Im Schwerpunkt unseres Magazins befassen wir uns diesmal mit Verboten. Das war eigentlich mal eine Domäne der Union, die Gesellschaft mit Verboten zu überziehen - jetzt sieht man die Grünen in der ersten Reihe. Was hat sich da verändert?

Das Weltbild der Grünen lässt schlichtweg keine anderen Meinungen oder Lebensentwürfe zu. Was nicht ihren Vorstellungen entspricht, würden sie gerne verbieten. Wenn es nach manchen grünen Politikern ginge, wäre unsere Gesellschaft bis ins kleinste Detail durchreguliert - von der Plastiktütensteuer bis zum Verbot von Motorrollern. Eine solche Bevormundung der Bürger finde ich respektlos. Mündige Erwachsene brauchen keine Gutmenschenpolitik, die ihnen auf Schritt und Tritt Vorschriften macht.

Die Unionsparteien versprechen schon eifrig kostspielige Wohltaten für die nächste Legislaturperiode. Wo zieht die FDP rote Linien?

Die FDP setzt ganz klar auf marktwirtschaftliche Vernunft und Haushaltskonsolidierung. Wir haben trotz Finanzkrise erreicht, dass der Staat zum ersten Mal am Ende einer Wahlperiode weniger Geld ausgibt als am Anfang. Für das Jahr 2014 legen wir sogar einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vor, 2015 wollen wir Schulden zurückzahlen - und trotzdem haben wir 13 Milliarden Euro mehr in Bildung investiert und die Menschen um 22 Milliarden Euro entlastet. Das Wahlprogramm der Union macht eines ganz deutlich: Stabile Haushalte und Entlastungen für die breite Mitte gibt es nur mit der FDP. Für Mehrbelastungen, neue Steuern, höhere Abgaben und eine Einschränkung der Bürgerrechte sind wir nicht zu haben.

Welche fünf Prioritäten setzen Sie der Koalition für das erste Jahr nach der Wahl?

Ich werde in *liberal* die Koalitionsverhandlungen nicht vorwegnehmen. Aber ich denke, die neue schwarz-gelbe Bundesregierung wird nach der Wahl Akzente setzen bei den Themen: Reform des EEG, Zukunft des Solidaritätszuschlags, Konsolidierung des Haushalts, Neugewichtung der bildungspolitischen Prioritäten sowie bei der Reform des Datenschutzes - insbesondere auf europäischer und internationaler Ebene. ●



Rainer Brüderle (1983)

ZUR PERSON

Rainer Brüderle war von 1987 bis 1998 Wirtschaftsminister des Landes Rheinland-Pfalz, von 1998 bis 2009 stellvertretender Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion sowie von 1995 bis 2011 stellvertretender Bundesvorsitzender der FDP. Von Oktober 2009 bis zum Mai 2011 war er Bundesminister für Wirtschaft und Technologie. Von 1983 bis 2011 war er zudem FDP-Landesvorsitzender in Rheinland-Pfalz. Am 10. Mai 2011 wurde der heute 68-Jährige zum neuen Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion gewählt.



BELESEN

DIE LIBERAL-REDAKTION EMPFIEHLT

Seit über 20 Jahren macht der Werber Frank Stauss schon Wahlkampf für die Großen der deutschen und amerikanischen Politik. Die gesammelte Erfahrung seiner Kampagnen von Clinton versus Bush über Schröder versus Merkel bis zu Steinmeier gegen Merkel und viele mehr hat er in diesem Buch niedergeschrieben. Stauss beschreibt unterhaltsam, was einen erfolgreichen Wahlkampf ausmacht, wie eine Wahl auch ohne Charisma gewonnen werden kann und warum man Quereinsteiger um jeden Preis aus einem Wahlkampf heraushalten sollte.

Dabei bedient sich Frank Stauss nie der Phrasen seiner Klientel, sondern schreibt wit-

zig, pointiert und gnadenlos über den harten Alltag in deutschen Wahlkampfzentralen. Der Schwerpunkt des Buches liegt auf fast schon stundengenauen Protokollen des Bundestagswahlkampfes 2005. Wer also schon immer mal ganz genau wissen wollte, was eigentlich am Wahlabend in Gerhard Schröder gefahren ist, dem sei dieser intime Einblick in die Berliner Republik empfohlen.

NILS KOTTMANN

FRANK STAUSS
Höllenritt Wahlkampf

Ein Insider-Bericht
Deutscher Taschenbuch Verlag, München 2013,
200 Seiten, 12,90 Euro



Für den Autor hat der wachsende Kult der Naturvergötterung viel mit der Entfremdung der Menschen von der Natur selbst zu tun. In dem Maße, wie die Menschen durch Fortschritt und Entwicklung vor den Härten der Natur geschützt waren, begannen sie einem Zerrbild dessen hinterherzuträumen, was ihnen seit Menschengedenken eigentlich bitter zu schaffen machte.

Von der Ambivalenz gegenüber den grotesken Folgen des Atomausstiegs und der Energiewende über die Renaissance der Häuslichkeit beim Kinderkriegen und die Bewegung der Impfgegner - die sporadische Impfnebenwirkungen inzwischen für gefährlicher als Epidemien halten - bis hin zum Rückzug ins regionalwirtschaftliche Bio-Klein-Klein in einer globalisierten Wirtschaftswelt reicht Andreas Möllers Ausflug in die Geisteswelt der neuen grünen Meinungshegemonie.

Dabei versteht es der Autor mit seinem reportagehaften Stil sehr überzeugend, Wis-

senschaft und Realität mit dem Lebensgefühl eines wachsenden Anteils der Bevölkerung zu kontrastieren. Ob das sich daraus ergebende Bild je zu einem der Ökoapokalyptiker durchdringt, ist allerdings zu bezweifeln.

Eines muss man dem Autor, einem passionierten Angler, hoch anrechnen: Seine Freude an der Natur wirkt authentisch. Was zu kurz kommt in seinem Buch, ist die Auseinandersetzung mit der politischen Dimension des grünen Gewissens: der Vergesellschaftung der Folgen eines Lebensgefühls, das jedem Einzelnen moralische Erbauung beschert - uns allen aber bleischwer den Weg in eine bessere und vor allem freiere Zukunft versperrt.

STEFFEN HENTRICH

ANDREAS MÖLLER
Das grüne Gewissen

Wenn die Natur zur Ersatzreligion wird
Carl Hanser Verlag, München 2013,
264 Seiten, 17,90 Euro



ÖKOLOPOLY

Bei Ravensburger erschien 1984 eine Brettspielvariante des von Frederic Vester (1925–2003) ursprünglich für die Zeitschrift „Natur“ entworfenen „Papiercomputer“-Spiels. Der Spieler verteilt seine „Aktionspunkte“ auf einander beeinflussende Kategorien wie „Sanierung“, „Produktion“, „Umweltbelastung“, „Aufklärung“, „Vermehrungsrate“ und „Bevölkerung“ mit dem Ziel, ein Gleichgewicht mit einem möglichst hohen Faktor „Lebensqualität“ zu erreichen. So simuliert das Spiel Wechselwirkungen und soll Verständnis für ökologische, wirtschaftliche und soziale Zusammenhänge schaffen.

KOMM, WIR SPIELEN ÖKOLOPOLY!

Als Frederic Vester, damals Professor an der Hochschule der Bundeswehr, Bestsellerautor und mit diversen Umweltschutzpreisen dekoriert, 1980 die erste Version seines „kybernetischen Umweltspiels“ veröffentlichte, galt die Warnung des „Club of Rome“ vor den „Grenzen des Wach-

tums“ noch als realistisches und erschreckendes Zukunftsszenario. Ravensburger zitiert auf der Verpackung dessen Autor Dennis Meadows: „Ich bin begeistert von den Möglichkeiten des Spiels, grundlegende Prinzipien über das Verhalten von Systemen zu vermitteln, und halte es auch

im Hinblick auf eine wirksame Umwelterziehung für hervorragend geeignet.“

Anders als der Name nahelegt, ist dies keine Antwort auf Monopoly: Ökopolopoly spielt man gänzlich unkompetitiv alleine oder im Konsens mit seinen Mitspielern. Da niemand Wettbewerbe mehr liebt als





Kinder, darf man neben seinen anderen Prognosen auch Meadows Ansicht zur Tauglichkeit des Spiels zur wirksamen Um(welt)erziehung bezweifeln. Hier lockt kein virtueller Reichtum. Als höchste Auszeichnung gilt die Aufnahme in den „Club der vernetzten Denker“, wer besonders gut

Foto: mpixxel/A. Meissner

abschneidet, wird gar „zum Chefplaner von Cybernetien ernannt“ - und nicht etwa zum „Premier gewählt“. So klang und klingt der ökoautoritäre Zeitgeist. Vermeiden soll der Spieler neben realen Übeln wie Umweltzerstörung und Armut auch „Überproduktion und Konsumterror“ - worunter im echten

Leben noch kein Mensch je litt. Die Idee, Wechselwirkungen innerhalb eines komplexen Systems in einem Brettspiel erlebbar zu machen, war in ihrer Zeit zweifelsfrei revolutionär. Spaß macht die Simulation im Gegensatz zu ihren computerbasierten Nachfolgern à la „SimEarth“ aber leider kaum. ●

Amtlich gegrillt



Wie ein Würstchenverkäufer beim bürokratischen Hürdenlauf gegen den Berliner Amtsschimmel an den Rand des Wahnsinns gelangte.

Eigentlich macht Bertram Rohloff nichts anderes als dafür zu sorgen, dass die Berliner und ihre Gäste am Alexanderplatz und anderen belebten Orten mit Bratwürsten versorgt werden.

Ein unspektakuläres Gewerbe. Dennoch verbringt Rohloff einen guten Teil seiner Zeit damit, Interviews zu geben. Das hat mit der besonderen Art des Bratwurstverkaufs zu tun, denn seine „Grillwalker“ tragen alles freischwebend mit sich: Bratwürste, Gasgrill, Kasse, Vorrat. Ein origineller Anblick, die Gäste sind begeistert. Abseits der meistgestellten Fragen (Wie schwer ist so ein Ding? Wie lange kann man so stehen?) weiß Rohloff eine lange Geschichte bürokratischen Wahnsinns zu erzählen. Die Geschichte einer Bürokratie, die mit freiem Unternehmertum wenig anfangen kann – und will.

Als der Neubrandenburger vor über fünfzehn Jahren seinen Job in der Hotellerie verlor, wollte er sich in Berlin mit einer Würstchenbude selbstständig machen – nur: eine Genehmigung bekam er nicht. Würstchenbuden gibt es in Berlin genug, hatte die Hauptstadtverwaltung entschieden. Doch dieser negative Bescheid markierte nicht das Ende, sondern den Anfang einer Geschichte. Denn kurz darauf entdeckte Rohloff ein rechtliches Privileg, das in der Nachkriegszeit vor allem Kriegsversehrte nutzten, um sich mit dem Verkauf von Schnürsenkeln und Knöpfen die magere Rente aufzubessern: den Bauchladen, rechtlich basierend auf einer sogenannten Reisegewerbekarte.

Erst diese Lex Bauchladen brachte Rohloff auf die Idee, einen mobilen, tragbaren Grill zu entwickeln, denn für dessen Betrieb benötigt man nur die besagte Reisegewerbekarte. Dachte jedenfalls Rohloff und ging ans Werk. Der Start war einfach, die lebensmittelhygienische Genehmigung schnell erteilt. Zu schnell, fanden einige Beamte und forderten die Einhaltung weiterer Auflagen. Der erste Rechtsstreit folgte. Zu einer Begutachtung wurden Vertreter aller Berliner Bezirke eingeladen und wieder neue Anforderungen gestellt: Drei-Seiten-Spuckschutz, Überdachung gegen Vogelkot – Rohloff erweiterte den Grill um eine durchsichtige Plastikwand und montierte einen Schirm an das Gerät, das immer schwerer wurde.

Zudem fand Rohloff heraus, dass er eine sogenannte CE-Baumusterprüfung für seinen Grill benötigt. Der größte zuständige europäische Branchen-Zertifizierer, der „Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V.“, machte es sich einfach: „Nö, prüfen wir

nicht“, lautete die platte Auskunft, erinnert sich Rohloff. Ohne das Gerät in Augenschein zu nehmen, stellte der Verein fest, der Grill sei eine Gefahr für Leib und Leben des Verkäufers und der Kunden. „Da ist mir dann Europa zuhelfe gekommen“, sagt Rohloff. Denn EU-weit gibt es fünf Zertifizierungsstellen. Der Erfinder setzte sich also mitsamt mobilem Grill in den Zug und fuhr in die Niederlande. Dort führte er sein Gerät einer Prüfstelle vor, samt der eigens angefertigten Sicherheitseinrichtungen wie Gas-Not-Stopp-Schalter, Thermofühler und Neigungssensor, der ein Auslaufen des Gases verhindert. Zwei Wochen später kam die Zertifizierung mit der Post.

Dieser holländische Umweg passte den deutschen Behörden jedoch gar nicht: Das Landesamt für Gerätesicherheit erkannte die Zertifizierung nicht an und beschlagnahmte die mobilen Grills. Erneut ging Rohloff vor Gericht und klagte seine Geräte erfolgreich frei. Endlich. „Von da an herrschten paradiesische Zustände, wir konnten überall verkaufen“, erinnert sich der Grillwalker. Allerdings nur, bis die Politik begann, sich an osteuropäischen Souvenirverkäufern zu stören, die sich mit 40 Kilo Ware an den Hotspots der Stadt breitmachten. „Die hätte man durch Anwendung des geltenden Rechts unkompliziert loswerden können“, sagt Rohloff. Denn im Reisegewerbe ist es verboten, seine Waren abzustellen, und die Souvenirverkäufer hatten mehr dabei, als sie auf Dauer tragen konnten. Stattdessen



Bürokratie als Auswahlverfahren im Wettbewerb: Bertram Rohloff hat zu spüren bekommen, was das heißt.

IM REISEGEWERBE IST
ES **VERBOTEN**, SEINE
SACHEN ABZUSTELLEN.



TRAGBARER GRILL

Gewicht:	über 15 Kilogramm
Kosten:	knapp 5.000 Euro
Tragedauer:	ein bis zwei Stunden
Wurstpreis	in Berlin: circa 1,50 Euro, je nach Lage
Gewinn vor Steuern:	circa 40 Cent pro Würstchen

erklärte sich Berlin flächendeckend zur Sondernutzungszone.

„Damit standen wir über Nacht illegal auf der Straße.“ Nun war Rohloff plötzlich - wie auch die inzwischen zahlreichen Nachahmer seiner Geschäftsidee - auf Ausnahme genehmigungen angewiesen. Mal gab's die, mal gab es sie nicht - und wenn, dann immer nur gegen saftige Gebühren. „Immer, wenn man irgendwo einen Antrag stellen muss, ist man Bittsteller“, beschreibt Rohloff seine undankbare Position. 100 Euro pro Monat für eine personengebundene Genehmigung - das ist im Bratwurstgeschäft ein Kostenfaktor.

„Mal sind sie wankelmütig, mal wechselt das Personal, aber aus welchem Grund auch immer fahren sie häufig plötzlich eine andere Linie“, ärgert sich der Selfmademan über die Behörden. Alles sei ihm schon begegnet: Beamte, die tendenziell lieber nichts genehmigen, weil dann auch die Kontrollarbeit entfällt. Andere, die ihm zu erkennen gaben, dass die Stadt durch hohe Gebühren einer Inflation von Bratwurstverkäufern entgegenwirken will. Aber er traf auf niemanden, der es einfach nur gut fand, dass jemand mit einer Geschäftsidee kommt, Arbeitsplätze schafft und Steuereinnahmen mehrt.

Das Bildungssystem hat Bertram Rohloff auf diesen Kampf des freien Unternehmers mit der Bürokratie - der institutionalisierten staatlichen Gerechtigkeit - nicht vorbereitet. In der Schule lernt man nichts über Anträge, Genehmigungen und die Verwaltungsgerichtsordnung. Doch das stört ihn nicht. Wer fix genug sei, der fände seinen Weg schon durch den Dschungel. Das, so Rohloff, unterscheide den Unternehmer eben von jenen, die sich einen solchen Kampf nicht zumuten wollten: Bürokratie als wettbewerbliches Ausleseverfahren. ●



Der Autor **BORIS EICHLER** kauft seine Bratwürste nur noch beim Original-Grillwalker, seitdem er die mühevolle Geschichte der Firmengründung kennt.
eichler@libmag.de

“

Die deutsche Regierung sollte ihre lang geübte Praxis beenden, Putin demokratische Glaubwürdigkeit zu verleihen.



„Jeder hat Angst“

Garri Kasparow gehört zur schwindenden Zahl russischer Bürgerrechtler, die nicht bereits mit anderthalb oder beiden Beinen im Gefängnis stehen. Mit Sicherheit ist er derjenige, den man im Westen am besten kennt – seine Prominenz verdankt er einer beispiellosen Karriere als Schachspieler, die ihm viele Titel und den Status eines Superstars einbrachte.

// INTERVIEW // CLEMENS SCHNEIDER

Herr Kasparow, der deutsche SPD-Kanzlerkandidat Steinbrück sagte kürzlich, dass westliche Maßstäbe pluraler Demokratie auf Russland nicht unmittelbar übertragbar seien. Hat er recht?

KASPAROW: Ich bin sicher, dass einige vor achtzig Jahren dieselbe Einschätzung Deutschland gegenüber hatten. Solche Aussagen missfallen mir sehr. Meist äußern sich Politiker so zu ihrem eigenen politischen Vorteil: um ihre Bereitschaft zu Geschäften mit undemokratischen Ländern zu verschleiern. Und um zu entschuldigen, dass sie die Prinzipien der freien Gesellschaft und die Menschenrechte nicht konsequent verteidigen. Die Geschichte hat solche Aussagen stets widerlegt, nicht nur in Deutschland. Blicken wir nach Korea, wo wir Nord- und Südkorea haben. Die schiere Existenz Südkoreas ist ein offensichtlicher Beweis, dass Koreaner offen sein können für die Ideen der Marktwirtschaft und Demokratie. Ein weniger bekanntes, aber nicht weniger wichtiges Beispiel: China und Taiwan. Alle reden davon, wie erfolgreich China ohne demokratische Institutionen ist. Dabei muss man nur über die Straße gucken: Eine kleine, steinige Insel, die von exakt denselben Chinesen bevölkert wird, ist zehnmal so erfolgreich. Und dafür sehe ich nur eine Erklärung: Demokratie. Wir kennen die Aussagen nicht nur deutscher Politiker über Russland, leider meist von Sozialdemokraten. Wir erinnern uns, wie Herr Schröder Putin einen „lupenreinen Demokraten“ nannte, um direkt darauf für Gazprom zu arbeiten und auf Putins Gehaltsliste zu stehen. Ähnliche Aussagen kennen wir von einigen amerikanischen Politikern. Aber auch hier gilt: Hinter jedem solchen Zitat steht eine einfache, zynische Rechnung. Im Grunde ist es eine Entschuldigung: Unterbewusst wissen diese Leute, dass sie der Demokratie einen großen Bärendienst erweisen, und sie wollen irgendwie dafür entschuldigt werden.

Können Sie drei wichtige Maßnahmen nennen, mittels derer die deutsche Regierung den Russen helfen könnte, die grade für ihre Freiheit kämpfen?

Um Missverständnissen vorzubeugen: Niemand will, dass die deutsche oder irgendeine andere europäische oder die amerikanische Regierung alle wirtschaftlichen Beziehungen abbricht. Es geht nicht darum, ein dramatisches Zeichen zu setzen, das möglicherweise drastische Konsequenzen hätte. Deutschland macht Geschäfte mit China. Ich vermute, mehr mit China als mit Russland. Aber ich habe noch keinen deutschen Funktionär über die „chinesische Demokratie“ sprechen oder die chinesi-

schen Kommunisten als Demokraten loben gehört. Es gehört zum normalen Umgang miteinander anzuerkennen, dass China nicht zur selben Familie der demokratischen Nationen gehört.

Was Russland betrifft, sollte die deutsche Regierung als Erstes ihre lang geübte Praxis beenden, Putin demokratische Glaubwürdigkeit zu verleihen. Sie muss aufhören so zu tun, als gehöre Russland in dieselbe Gruppe Länder. Russland gehört nicht in die G8, denn die G7 standen für die großen industriellen Demokratien. Man kann darüber streiten, ob Russlands industrielle Entwicklung dafür ausreicht. Aber wir müssen anerkennen, dass Russland keine Demokratie ist. Dass Putin dort auftreten darf, verschafft ihm eine Bühne, um seine vorgebliche demokratische Glaubwürdigkeit zu demonstrieren und die Möglichkeit, seinen Einfluss auszuweiten.

Zweitens: Die deutsche hat wie jede andere Regierung wirtschaftliche Interessen und folgt oft den Wünschen großer Firmen. Sie sollte aber die strategischen Interessen des Landes getrennt von kurzfristigen Unternehmensgewinnen betrachten. Europäische Finanz- und Industriemärkte für Firmen wie Gazprom zu öffnen, wird langfristig Folgen haben, denn diese Konzerne halten sich nicht an die Regeln. Ich sage immer, dass Putin im Gegensatz zu Hitler keine Panzer [engl. „tanks“, d. Red.], sondern Banken [engl. „banks“, d. Red.] verwendet. Darauf sollten sich die westlichen Staaten einstellen. Und Deutschland spielt natürlich eine Schlüsselrolle in Europa.

Und drittens: Das Magnitsky-Gesetz. Es geht nicht darum, Russland zu bestrafen. Es geht um die Einhaltung von Regeln. Es ist über jeden Zweifel hinaus bewiesen, dass bestimmte Leute Magnitsky umgebracht, dem russischen Staat Geld gestohlen und es im Ausland untergebracht haben. Sie wissen alle, dass sie strafbarer Verbrechen schuldig sind, aber sie gehören zu dieser großen Mafia, die Geld aus Russland stiehlt und es außerhalb anlegt, hauptsächlich in Europa. So zu tun, als wäre das normales Geschäftsgebarren, verursacht langfristig größere Probleme. Denn das westliche Finanzsystem sollte nicht von solchen Anlegern erpressbar sein oder zur Geisel genommen werden können, die auf die eine oder andere Weise seine Glaubwürdigkeit und Funktion untergraben. Wir wissen natürlich, dass das Magnitsky-Gesetz die größte Gefahr für Putins Machterhalt ist. Denn wie in jeder mafiösen Organisation muss er hundertprozentigen Schutz für hundertprozentige Loyalität bieten können. Sobald die korrupten Bürokraten verstehen, dass Putin nicht mehr länger in der Lage ist, ihnen in

»

Russland totale Immunität und absoluten Schutz ihrer ausländischen Vermögen zu garantieren, wird er einen Großteil seiner Macht einbüßen. Deshalb wird er so irrsinnig wütend, wenn das Gesetz zur Sprache kommt.

Laut westlicher Medien scheint eines der Hauptprobleme der russischen Opposition zu sein, dass sie ihre Unterstützer größtenteils aus dem städtischen Bürgertum rekrutiert, während eher traditionell eingestellte Russen nicht überzeugt werden können, sich anzuschließen.

Teilen Sie diese Einschätzung und sehen Sie eine Lösung für dieses Problem?

Der Begriff „rekrutieren“ zeigt, dass Sie annehmen, man könne in Russland so offen wie in Deutschland agieren: Man registriert seine Organisation, sie hat Büros und Bankkonten und kann offen um Mitglieder werben. So läuft das in Russland nicht. Man kann Russland heute mit Simbabwe vergleichen oder meinetwegen mit Weißrussland. Politische Aktivität, die den Staat bedroht, ist in Russland nicht erlaubt. Es ist nicht so schlimm wie in einigen anderen Ländern. Aber wenn der Staat eine potenzielle Gefahr von irgendeiner politischen Gruppe ausgehen sieht, greift er sofort ein. Russland ist ein riesiges Land, deshalb konzentrieren sich die politischen Aktivitäten auf die Großstädte. Jetzt konzentriert sich das politische Leben auf Moskau. Selbst St. Petersburg ist heutzutage eine Art politische Provinz. Das ist das Ergebnis von Putins „Superzentralisation“.

So ähnlich dürfte es 1789 in Paris bei der Revolution gewesen sein – ich vermute, die französischen Provinzen haben davon mal gehört. Leider hat Russland dasselbe Problem. Wenn dieser Tage irgendetwas außerhalb Moskaus passiert, hat das kaum Einfluss auf die politische Zukunft des Landes. Moskau ist auch reicher als die anderen Städte. Deshalb ziehen die Demonstrationen dort zwangsläufig politische und soziale Elemente an, die man als typisch für das urbane Bürgertum betrachten kann.

Aber ich bin sicher, die Proteste werden weitergehen und auch andere Menschen werden daran teilnehmen. Es ist offensichtlich, dass die Mittelklasse in den Großstädten das politische System ablehnt und nicht akzeptiert. In dem Moment, in dem die anderen Russen wirtschaftliche Schwierigkeiten zu spüren bekommen – das wird bald sein, besonders wenn der Ölpreis fällt – wird der politische Widerstand mit dem Protest gegen die wirtschaftlichen Bedingungen verschmelzen. Dann wird sich die Zusammensetzung der Teilnehmer verändern, aber vor allem wird ihre schiere Zahl massiv wachsen. Aus meiner Perspektive hat das Regime dem Land keine

Möglichkeit für gewaltlosen Widerstand und einen friedlichen Übergang gelassen. Seit acht Jahren werbe ich für gewaltfreien Widerstand und eine friedliche Transformation. Aber leider ist das Putin-Regime zu hart vorgegangen, und es scheint, als gäbe es nunmehr keine gesetzlichen Möglichkeiten oder auch nur Gesetzeslücken, durch die der Protest seinen gewaltfreien Weg finden könnte. Bisher sind noch zu wenige Menschen auf den Straßen, um der Regierung ernste Probleme zu bereiten. Aber wir wissen aus der Geschichte, dass das nicht lange so bleiben wird, wenn die Protestbewegung ihre Kräfte sammelt und erstarkt. Und da wir kein richtiges System haben, um die Kommunikation zwischen der Regierung und der Gesellschaft zu ermöglichen, kann und wird der Protest plötzlich ausbrechen oder explodieren.

Im vergangenen Sommer wurden Sie verhaftet und zusammengeschlagen. Haben Sie Angst, verhaftet, verurteilt und eingesperrt zu werden, wie das Alexej Nawalny (vgl. *liberal*-Porträt auf www.libmag.de) und anderen passiert ist?

Jeder hat Angst. In Russland existiert keine Rechtsstaatlichkeit mehr. Wer politisch aktiv ist, ist stets gefährdet. Der Fall Nawalny erklärt eigentlich alles, leider ist er im Westen nicht wirklich bekannt. Da ist einer der beliebtesten Blogger, ein junger Mann [lacht] – also, aus meiner Sicht, Alexej ist siebenunddreißig – dessen Popularität immer größer wurde und es laufen bereits vier Strafprozesse gegen ihn. Ein fünfter wurde gerade eröffnet, und jeder versteht: Das ist die politische Rache des Kreml. Und wenn man die rigide Struktur des politischen Systems berücksichtigt, ist klar, dass solche Anweisungen nur von ganz oben kommen können.



GARRI KASPAROW

Im November 1985 wird Garri Kasparow im Alter von 22 Jahren jüngster Schachweltmeister aller Zeiten. Bis 1993 bleibt er durch erfolgreiche Verteidigungen offizieller Weltmeister des Weltschachbundes „Fide“. Nachdem er sich 1993 von dieser Organisation im Streit getrennt hat, erkennt ihn ein Großteil der Schachwelt noch bis 2000 als Weltmeister an. Seit dem Rückzug vom Schach ist Kasparow als russischer Oppositionsaktivist tätig. Er gründete unter anderem das oppositionelle Bündnis „Das andere Russland“. Zu den russischen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2007/2008 wurde er nicht zugelassen. Die *Times* zählte Kasparow 2007 zu den weltweit 100 einflussreichsten Persönlichkeiten, *Foreign Policy* 2008 zu den „World's Top 20 Public Intellectuals“.

Sehen wir uns die Zivilgesellschaft an. Dient Fremdenfeindlichkeit dem System, um von offensichtlichen Problemen abzulenken und gleichzeitig die Gesellschaft zu spalten?

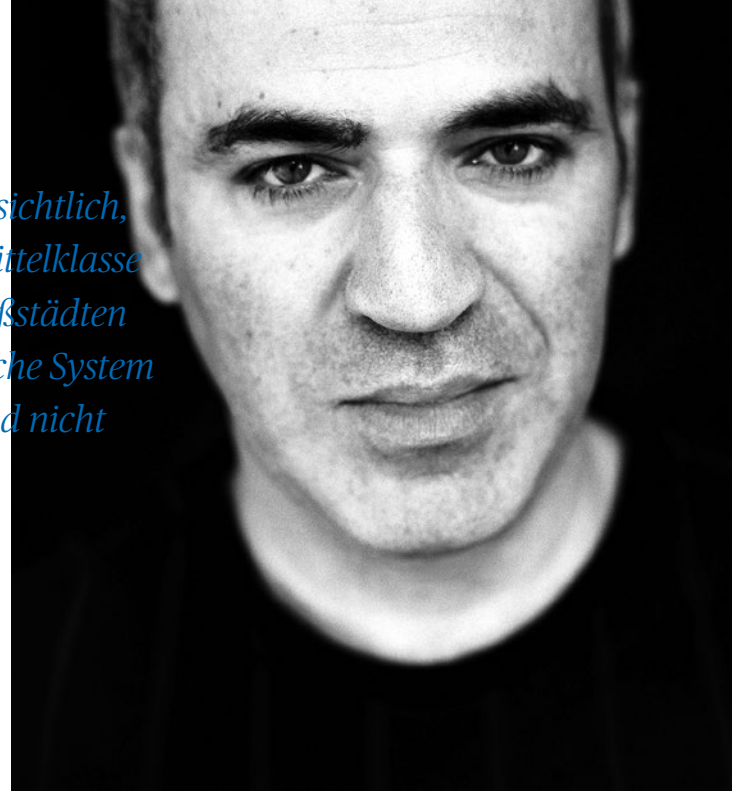
Xenophobie ist kein Problem, das auf bestimmte Teile der Gesellschaft beschränkt ist. Selbstverständlich hängen viele Probleme mit der Einwanderung zusammen, das gilt auch für die demokratischsten Länder. Solche Probleme existieren in den Niederlanden, in Deutschland, Österreich, Frankreich, überall. Aber in Russland ist Fremdenfeindlichkeit doppelt problematisch, denn die Regierung versucht, sie für ihre eigenen Zwecke zu instrumentalisieren. Einerseits benötigt die Regierung Zuwanderung, denn die großen, von den Oligarchen kontrollierten Firmen benötigen diese billigen Arbeitskräfte – tatsächlich Sklaven – für die Arbeit auf den Baustellen. Außerdem verschärft die Zuwanderung gesellschaftliche Spannungen, was der Regierung nützt. Andererseits stehen wir in diesem grausamen Konflikt mit den Ländern des Nordkaukasus, hauptsächlich Tschetschenien und Dagestan, die meisten ihrer kriminellen Tätigkeiten finden mitten in Russland statt. Deshalb befürworten so viele russische Nationalisten die Abspaltung und wollen sie nicht länger zurückerobern. Sie sagen: „Lasst sie doch gehen, wir wollen nichts mehr mit ihnen zu tun haben. Wir orientieren Russland an Europa.“ Tatsächlich ist das aktuelle Ergebnis der Fremdenfeindlichkeit und des Nationalismus unter den jungen Leuten, dass sie eine Mauer zwischen Russland und Zentralasien und den Nordkaukasus hochziehen und ein Teil Europas werden wollen.

Viele junge Russen sind süchtig danach, ihre Grenzen auszuloten, indem sie beispielsweise Hochhäuser erklettern. Warum riskieren sie ihr Leben? Aus Mangel an Perspektiven oder persönlicher Freiheit?

Sie haben die Frage praktisch beantwortet. Viele junge Russen verlassen das Land. Der Exodus ist gewaltig, wahrscheinlich sogar größer als 1917. Demografie, Geburtenrate und Wanderungsbewegungen zeigen: In den 90er-Jahren erlebten wir einen Tiefpunkt, dann verbesserten sich die Zahlen. Ich glaube gegen 2010, 2011 drehte sich die Kurve wieder. Dabei ist gar nichts Dramatisches geschehen. Die einzige Erklärung ist, dass die jungen Leute es leid sind, in diesem Land zu leben. Von außen betrachtet sieht die Situation für viele Russen akzeptabel aus. Aber der soziale Aufstieg ist in Putins Russland völlig versperrt, denn es ist ja nicht einfach eine Diktatur, sondern eine Oligarchie. Deshalb entscheiden nur Beziehungen und Nepotismus über Beförderungen. Entweder verlässt man das Land oder man tut

Es ist offensichtlich, dass die Mittelklasse in den Großstädten das politische System ablehnt und nicht akzeptiert.

“



irgendwas total Verrücktes, um sich wenigstens kurzzeitig frei fühlen zu können.

Sie sind seit einem Jahr Vorstandsvorsitzender der Human Rights Foundation. Hilft Ihnen das bei Ihrem andauernden Kampf für Freiheit und Gerechtigkeit in Russland?

Ich denke, es ist wichtig, meinen Namen und meine Popularität zu einzusetzen, um die Idee der Menschenrechte weltweit zu verbreiten. Ich bin außerhalb Russlands bekannt. Im Moment muss ich anerkennen, dass meine Möglichkeiten, in Russland Einfluss zu nehmen, sehr beschränkt sind. Wir können zwar weiterreden, aber wir müssen einfach abwarten, bis sich eine Welle wie 2011 bildet – und dieses Mal wird sie viel höher sein. Deshalb dachte ich, es sei sinnvoll, mich auch außerhalb Russlands zu engagieren, da mein Name dabei hilfreich ist. Ich nehme schon seit dem zweiten Jahr am Oslo Freedom Forum teil, dies war also mein viertes Mal. Als ich erstmals eingeladen wurde, fand ich die Idee großartig. Und natürlich kann man kaum ablehnen, wenn einem nach Václav Havel der Vorsitz angeboten wird. ●



CLEMENS SCHNEIDER ist Promotionsstipendiat der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Er hat Garri Kasparow am Rande des Oslo Freedom Forum getroffen, dessen Vorsitzender Kasparow ist.
redaktion@libmag.de





Sommer 1973

In der DDR waren sie das Ereignis des Jahres:

die Weltjugendfestspiele vor genau 40 Jahren (Losung: „Für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft“). Der Weltbund der Demokratischen Jugend hatte sie 1947 ins Leben gerufen, ein Dachverband kommunistischer Jugendorganisationen, in Deutschland getragen von SDAJ und FDJ (ja, beide Organisationen gibt es noch). Für die DDR waren die Festspiele seinerzeit Gelegenheit, sich als moderner, der Jugend und Zukunft zugewandter Staat zu präsentieren. In der Tat war die Stimmung im Land zwei Jahre nach der Ablösung Walter Ulbrichts durch Erich Honecker an der SED-Spitze durchaus optimistisch. 25.000 offizielle ausländische Gäste, 330.000 aus dem Inland und geschätzte acht Millionen inoffizielle Besucher diskutierten, freundeten sich an und feierten – daher der Spitzname „Woodstock des Ostens“ – in Ost-Berlin. Ihre eigenen Teilnehmer hatte die DDR lange zuvor sorgfältig ausgewählt und geschult; knapp 5.000 „negative Elemente“ durften die Hauptstadt der DDR nicht betreten oder wurden verhaftet. Auch Studentenführer Rudi Dutschke war die Einreise zunächst verwehrt worden. Er durfte schließlich doch ins Arbeiter- und Bauernparadies, und sein abschließendes Urteil war vernichtend: „Wolf Biermann zu denunzieren, die CSSR-Okkupation zu legitimieren und die Probleme der Revolution in der Revolution, wie sie in China widersprüchliche Formen nach vorwärts annimmt, großmachtchauvinistisch abzutun, scheint mir ein besonderes Merkmal des doch niedrigen anti-imperialistischen Niveaus der Träger der Weltjugendfestspiele gewesen zu sein.“



Die Umwelt dankt

Zur Rettung der Erde bringen wir gerne Opfer und fühlen uns dabei besonders verantwortungsbewusst - das zumindest glauben Unternehmen, die am Kundendienst sparen und ihren Geiz semantisch veredeln wollen. Dabei würde dem Autor guter Service völlig reichen.

Beim Busfahrer bezahle ich das Ticket zum Flughafen, und je tiefer ich in den Passagierraum steige, umso heißer und stickiger wird die Luft. Ob man wohl bitte die Klimaanlage anschalten könne? „Ja ja, gleich!“ Nach weiteren fünf Minuten ohne Lüftung klebt die Kleidung an meinem Körper.

Da ich außer Schwitzen nichts zu tun habe, frage ich das Busunternehmen per E-Mail nach dem Hintergrund dieser Hitzeattacke auf die Fahrgäste. Die Antwort kommt noch vor der Frischluft: „Wir bedauern selbstverständlich, dass Sie bei der Wartezeit bis zur Abfahrt unseres Busses schwitzen mussten. Allerdings ist uns das Laufenlassen des Motors an Haltestellen bei der Abfertigung der Fahrgäste aus Umweltgründen nicht gestattet. Da aber die Klimaanlage eines Busses vom Fahrzeugmotor angetrieben wird, kann diese erst funktionieren, wenn auch der Motor läuft. Wir bitten Sie hier im Namen unserer Umwelt für Verständnis.“

Später am selben Tag bedankt sich das Hotel auf einer im Badezimmer angebrachten Karte „im Namen der Umwelt“ präventiv dafür, dass ich meine Handtücher mehrfach verwende und damit helfe, „wertvolles Trinkwasser zu sparen“. Was ironisch ist, weil die Gegend vor wenigen Wochen knapp einer Überflutung entgangen ist. Ich weiß nicht, wie das gesparte Trinkwasser



nach Spanien oder Israel kommt, wo es gebraucht wird. Vielleicht per Bus, ohne Klimaanlage.

Wieder zu Hause, öffne ich Post von der Bahn: Meine neue, grüne Bahncard zeigt an, dass ich künftig mit 100 Prozent Ökostrom reise, worüber „die Umwelt“ ebenfalls total glücklich ist, wie sie mir durch die Bahn ausrichten lässt. Den Aufpreis für den Luxusstrom „schenkt“ mir die Bahn. Ob sie dieses „Geschenk“ aus den Preisen meiner Tickets finanziert oder als Staatsunternehmen aus meinen Steuern, sagt sie mir nicht.

Eigentlich mag ich „die Umwelt“, ich war sogar Fördermitglied bei Greenpeace. Aber seit sie alle Geizhalse in den Serviceindustrien mandatiert hat, mich in ihrem Namen zu schikanieren, ist meine Liebe merklich abgekühlt.

Meine Sympathien gehören nun den Billigairlines. Denen ist der Umweltschutz egal, aber sie tun aus Kostengründen absolut alles, um Kerosin zu sparen und somit billige Tickets anbieten zu können. Die Umwelt profitiert davon nebenbei auch. Aber diesmal hält sie immerhin die Klappe. ●



DAVID HARNASCH ist Mitglied bei drei Carsharinganbietern. Ausschließlich, weil das komfortabler und billiger als ein eigenes Auto ist.
harnasch@libmag.de

Politisch korrekt – oder die Kultivierung des Misstrauens

„Die Geringschätzung des Menschen stellt den Kern der PC-Kultur dar“, meint **Matthias Heitmann** und gewann mit diesem Beitrag die Wahl zum „Autor der Freiheit“ im April 2013 auf *autoren.freiheit.org*.



ZUR PERSON

MATTHIAS HEITMANN

ist freier Publizist. Seine Website findet sich unter heitmann-klartext.de. Die deutlich längere Originalfassung dieses Artikels erschien zuerst im März bei Cicero Online.



Beinahe jeder von uns hat ein Lieblingsbeispiel für die schrillste „PC“-Blüte, sei es die „BürgerInnenmeisterInnenkandidatIn“ oder der „Schaumkopf“, den man früher als „Negerkuss“ aß. Einer meiner Favoriten: Im Oktober 2001 hatte ein US-Soldat vor einem Angriff auf Talibanstellungen eine Bombe mit der Aufschrift „Hijack this, you faggots“ versehen („faggot“ heißt so viel wie „Schwuchtel“). Als die Navy-Obersten davon erfuhren, wiesen sie die Soldaten an, künftig ehrverletzende Beschimpfungen zu unterlassen.

Dieses Beispiel zeigt, wie sehr Sprachbessensheit den Blick auf die Wirklichkeit zu verstellen vermag. Zudem wird deutlich, dass „politische Korrektheit“ eben nicht nur die Lebensaufgabe linksintellektueller Kreise ist, sondern auch im konservativen Milieu en vogue.

Dennoch gilt Kritik an PC heute zumeist als „rechts“ und rückwärtsgewandt. Dies liegt auch daran, dass viele Äußerungen sich darauf beschränken, die Dominanz der linken Kultur-elite anzuprangern und ihr vorzuwerfen, abweichenden Ansichten den Mund verbieten zu wollen. Diese Sichtweise verschleiert die tatsächlichen Inhalte der politischen Korrektheit wie auch die Ursachen ihrer Entstehung. Es ist nicht die Stärke ihrer Argumente, die den seit den 80er-Jahren andauernden Sieges-

zug der PC-Lobby begründet. Vielmehr ist das durch den Zerfall traditioneller und konservativer Werte entstandene Vakuum ausschlaggebend dafür, dass wir heute in immer mehr Bereichen des Lebens PC zu sein haben.

Meine Kritik am Diktum der politischen Korrektheit basiert nicht darauf, dass ich Traditionen nachtrauere. Die alten Moral- und Politikvorstellungen waren von rückschrittlichen Menschen- und Weltbildern, von der Angst vor den praktischen Konsequenzen individueller Autonomie und Freiheit geprägt. Mein Problem ist nicht der Zerfall des Alten, mein Problem ist der Inhalt des Neuen! Denn die PC-Kultur basiert keinesfalls auf einer freieren gesellschaftlichen Moral. Sie bedient sich teilweise sogar noch autoritärer Methoden als die zuvor praktizierte. Menschen gelten ihr zufolge als verletzlich, daher aber auch als verführbar und deshalb als umfassend kontrollbedürftig. Dieses Menschenbild macht den eigentlichen, aber leider oft verkannten Kern der PC-Kultur aus.

Das einzige Gegengift besteht darin, eigene Standpunkte zu entwickeln, diese offensiv zu vertreten und sich nicht den Mund oder das Denken verbieten zu lassen. Es gibt keine effektivere Waffe gegen die politisch korrekte Misstrauenskultur als das Pflegen einer eigenen, ausstrahlenden und ansteckenden Vertrauenskultur. ●

Fotos: Privat, Hersteller



Mises radikale Erben

Ihre Dreifaltigkeit ist der Markt, das Privateigentum und die Herrschaft des Rechts. Den Staat wollen sie ebenso entmachten wie die Fed. Im tiefsten Alabama residieren die radikal-liberalen Geister des Mises Instituts. Sie sehen sich als die geistigen Erben des österreichischen Nationalökonom.

// TEXT // **CHRISTINE MATTAUCH**

Der Metropolitan Club ist nicht unbedingt der Ort, an dem man Rebellen vermutet: eine der vornehmsten Adressen in Manhattan, an der Upper East Side, einst von John Pierpont Morgan direkt gegenüber dem Central Park erbaut. Weinrote Vorhänge tauchen den Saal in gedämpftes Halbdunkel, die neobarocke Decke schmückt ein Fresko mit Engelchen. Die Herren tragen Anzug, und David Stockman sieht mit seinen weißen Haaren und der silbernen Krawatte auch nicht gerade aus wie ein Unruhestifter.

Doch was der distinguierte Herr, in den 1980er-Jahren Budgetdirektor von Ronald Reagan, zum Thema Finanzkrise zu sagen hat, ist starker Tobak. Für Stockman ist sie eine Folge unverantwortlicher Geldpolitik, einer Diktatur der Zentralbanken, die schon lange außer Kontrolle geraten sei. „Unser ganzes System ist zur Spielhalle der Fed verkommen!“, schimpft er. Dann knöpft er sich die Rettung von Banken und Konzernen wie AIG und General Motors vor: Unnötig war das und falsch, eine panische Reaktion von Politikern, die nichts von Wirtschaft verstehen. „Ein enormer Fehler wurde begangen, die Regeln des freien Marktes beiseitegeschoben.“

Die Botschaft ist ganz im Sinne der Organisation, die zu dem Frühstücksgespräch eingeladen hat: das Ludwig von Mises Institute (LvMI), benannt nach dem 1973 verstorbenen österreichischen Nationalökonom. Dessen 1940 erschienenes Hauptwerk „Nationalökonomie“ ist eines der Fundamente, auf dem die radikal libertäre Bewegung in den USA baut. Markt, Privateigentum und die Herrschaft des Gesetzes („Rule of Law“) werden alles richten, Staatswirtschaft funktioniert nicht: Das ist die Botschaft, die das LvMI seit seiner Gründung 1982 verkündet und die in den letzten Jahren zunehmend Anhänger gewinnt, auch in Europa. Die Freiheitsextremisten wollen den Staat rigoros entmachten; jede Einmischung des Kollektivs in die persönliche Freiheit wird als Bevormundung betrachtet.

Wenn heute in Amerika die Rufe nach Abschaffung der Notenbank Fed („End the Fed“) wieder lauter werden, dann hat das Mises-Institut daran ebenso Anteil wie an der Diskussion um die Legalisierung von Marihuana. Die in einer Villa in Auburn (Alabama) residierende Organisation ist eine einflussreiche Stimme im libertären Spektrum. „Sie mischt sich nicht in die Tagespolitik ein, aber verbreitet die Ideen, die »



„Unser ganzes System ist zur Spielhalle der Fed verkommen.“

David Stockman,
Budgetdirektor im
Kabinett Reagan

hinter diesen Forderungen stehen“, sagt Fred Smith, Vorsitzender des Competitive Enterprise Institute (CEI) in Washington, das ebenfalls zur libertären Bewegung zählt.

Nahezu jeder verfügbare Kommunikationskanal wird genutzt, und das hochprofessionell. Die Website www.mises.org bietet täglich neues Material, darunter wissenschaftliche Aufsätze und den Blog *Circle Bastiat*, benannt nach dem französischen Liberalen Claude Frédéric Bastiat. Es gibt einen elektronischen Newsletter, *Mises Daily*, das Monatsmagazin *The Free Market* und einen Facebook-Auftritt mit mehr als 83.000 Fans. Ganz zu schweigen von Büchern, Videos, Podcasts und Veranstaltungen wie der jährlichen Austrian Economics Research Conference, bei der sich Anhänger der österreichischen Schule aus aller Welt treffen.

Das alles ist nicht unumstritten. Kritiker sehen in den Thesen der libertären Bewegung eine Gefahr für Sicherheit und Demokratie. Tatsächlich sind viele Positionen des LvMI extrem, zumal nach europäischen Maßstäben: Drogen sollen ebenso erlaubt sein wie Waffen. Die Außenpolitik der USA gilt den Libertären als imperialistisch, weil nach ihrer Doktrin kein Staat das Recht hat, sich in die Angelegenheiten anderer einzumischen. Eine Überwachung von Bürgern durch Geheimdienste finden sie kriminell, weshalb Enthüller Edward Snowden nichts Unrechtes getan habe. Für einige steht die gesamte Regierungsbürokratie zur Disposition, und Steuern soll es auch nicht mehr geben.

Es sind Außenseiterpositionen, so konsequent aus der Weltanschauung abgeleitet, dass auch Andersdenkende Tribut zollen. „Selbst Linke respektieren uns wegen unserer Radikalität“, sagt Joseph Salerno, akademischer Vizepräsident des Mises Institu und

Wirtschaftsprofessor an der Pace University in New York. Und noch eine Parallele gibt es: Die Diskussionen im eigenen Lager sind manchmal bizarr und werden mit großer Schärfe ausgetragen. „Innerhalb der Kirche gibt es viele Richtungen“, sagt CEI-Chef Smith lakonisch. Erst kürzlich bescheinigte ein Senior Fellow des libertären Cato Institute dem libertären Magazin *Reason* „paranoiden Wahn“, weil er mit einem Text über selbststeuernde Autos nicht einverstanden war.

Gegründet wurde das Mises Institut von Llewellyn Rockwell, einem Lektor und Protagonisten der libertären Bewegung, und Margit von Mises, der Witwe des Ökonomen. Den Sitz im abgelegenen Auburn, einer Stadt mit rund 60.000 Einwohnern, wählten sie bewusst. „Wir sind nicht gerade einfach zu erreichen“, räumt Salerno ein. „Doch wenn wir in Washington sitzen würden, wäre die Gefahr viel größer, dass im politischen Tagesbetrieb unsere Botschaft verwässert.“ Das aber wäre Verrat, eine Abkehr vom Selbstverständnis als Provokateure.

Das LvMI wirbt mit Sätzen wie „Der Staat ist organisierter Raub“ und „Tu ne cede malis“ (Lass dich nicht von dem Bösen unterkriegen). „Die Ideen des Sozialismus dominieren die öffentliche Debatte“, schreibt Lew Rockwell seinen Anhängern. „Medien und Politiker sind sich einig, dass selbst eine minimale Verkleinerung der Regierung und die Zulassung freier Märkte ein Desaster wären.“ Für das LvMI ist das ein Ansporn, die eigenen Positionen mit noch mehr Verve zu vertreten.

Zu ihnen gehört der Kampf gegen jedwede Staatsschulden und die Institution der Zentralbank als solche. Geld hat für die Libertären nur dann einen Wert, wenn es durch eine Ware – etwa Gold oder Silber – gedeckt ist. Papiergeld führt für die Mises-Anhänger zwangsläufig zu Hyperinflation und Wäh-



„Das Mises-Institut mischt sich nicht in die Tagespolitik ein, aber verbreitet die Ideen, die hinter diesen Forderungen stehen.“

Fred Smith, Vorsitzender
des Competitive Enterprise
Institute

rungsreform. Die gegenwärtigen Geldmengenausweitungen in den USA, Europa und Japan sehen sie als Vorboten der Katastrophe.

Die Schulden-Dauerkrise nährt auch bei Normalbürgern Zweifel am System, wovon die Libertären zu profitieren hoffen. „Unterstützung für dynamische Marktkräfte, soziale Toleranz und eine gesunde Skepsis gegenüber militärischem Abenteuerum sind Sichtweisen, die eine Mehrheit der Amerikaner teilt“, schrieb Edward Crane, Präsident des Cato Institute in einem Beitrag für das *Wall Street Journal*. „Das 21. Jahrhundert wird deshalb ein libertäres werden.“ Auch wenn das eine kühne Prognose ist – „die Zahl der Menschen, die sich für unsere Arbeit interessieren, wächst“, sagt Salerno. Für die „Mises University“ beispielsweise, ein Sommerseminar für Studenten, gab es in den vergangenen Jahren fast doppelt so viele Bewerbungen wie Plätze. Auch aus Deutschland kamen Interessenten.

Nicht zuletzt hat der Texaner Ron Paul, ein 78-jähriger Veteran der libertären Bewegung und Präsidentschaftskandidat 2008 und 2012, dem Institut neue Fans beschert. Obwohl das LvMI stets die Absicht betont, sich aus der Tagespolitik herauszuhalten, ist der Republikaner in das Institut eingebunden: Er firmiert als sein „Distinguished Counselor“. Während Rockwell dem Beratergremium von Pauls Institute for Peace and Prosperity in Springfield (Virginia) angehört. Die beiden Männer sind durch jahrzehntelange politische Arbeit eng verbunden.

Als Zielgruppe besonders wichtig für das Mises-Institut sind junge Leute. „Sie sind die Führer von morgen, und sie sind offen“, sagt Salerno. „Wir versuchen nicht, irgendjemanden zu manipulieren, aber wir bringen sie mit unseren Ideen in Kontakt.“ Neben der „Mises University“ gibt es Online-Kurse und Veranstaltungen für Schüler. Die Vision einer radikal freien Gesellschaft, in der jeder seines Glückes Schmied ist und sein eigenes Risiko trägt, ist für Jugendliche, die altersgemäß generell autoritätskritisch sind, besonders attraktiv.

Ebenso lockt die Aussicht, einer verschworenen Gemeinschaft anzugehören. In dieser Hinsicht trägt die Abgeschiedenheit des Instituts zu seinem Nimbus bei. Taylor Conant, ein junger Unternehmer aus Dallas, war von seinem ersten Besuch im August 2011 so begeistert, dass er einen mehr als 15.000 Zeichen langen Blogeintrag schrieb. „Es wirkt wie eine Heimat, ein großes Zuhause [...]. Das Institut strahlt Charakter und Wärme aus. Es ist nicht wie ein stickiger Think-

tank, wo ganze Bereiche abgeschottet sind, du kannst überall herumlaufen, und die Tür zum Präsidentenzimmer steht offen.“

Enthusiastische Anhänger wie er sind für das Mises Institut überlebenswichtig. Im Einklang mit seiner Ideologie lehnt es öffentliche Zuschüsse ab und ist daher auf private Zuwendungen angewiesen. Die Organisation Charity Navigator beziffert die Einnahmen 2011 auf rund fünf Millionen Dollar, davon etwa die Hälfte aus Spenden. Neuere Zahlen gibt es nicht. Vor allem Mittelständler gehören laut Salerno zu den Mäzenen. Darüber hinaus stammen die Erlöse unter anderem aus dem Verkauf von Büchern und aus Veranstaltungsgebühren: Das knapp zweistündige Frühstück mit David Stockman kostete 100 Dollar.



„Das 21. Jahrhundert wird ein libertäres werden.“

Edward Crane,
ehemaliger Präsident
des Cato Institute

Der malt im Metropolitan Club ein düsteres Bild der Zukunft. Es gebe für die gegenwärtige Geldmengenausweitung kein historisches Vorbild, „aber nachhaltig ist die Entwicklung nicht. Irgendeine Form von monetärem Kollaps wird es geben“. Das freilich sei auch eine Chance zum Neuanfang – mit Goldstandard und entmachteten Zentralbanken, die ausschließlich Geld gegen Sicherheiten verleihen und den Zins dem Markt überlassen. Vollbeschäftigung wäre kein Ziel mehr, die staatliche Einlagensicherung würde abgeschafft. Doch wären die Wähler wirklich bereit, so ein Programm zu akzeptieren? ●



CHRISTINE MATTAUCH war wieder einmal beeindruckt von der Meinungsvielfalt in der amerikanischen Gesellschaft. Sie findet Utopien nützlich, auch wenn es vielleicht manchmal besser ist, dass sie nicht gelebt werden.
redaktion@libmag.de

Looking for a new England



Frohe Kunde von der Insel: Die Jugend Großbritanniens schätzt und lebt den Liberalismus. Das Land bringt eine junge Generation hervor, die nicht nur liberaler ist als die eigene Elterngeneration. Die jungen Briten finden liberale Werte attraktiver als jede bisher soziologisch und statistisch vermessene Generation zuvor.

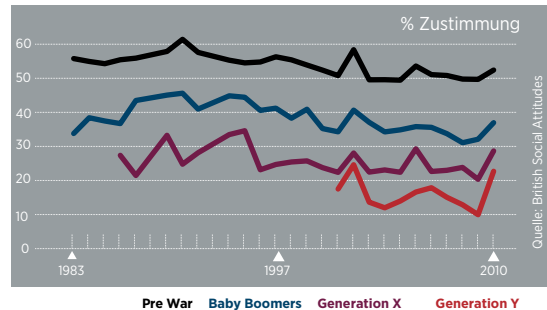
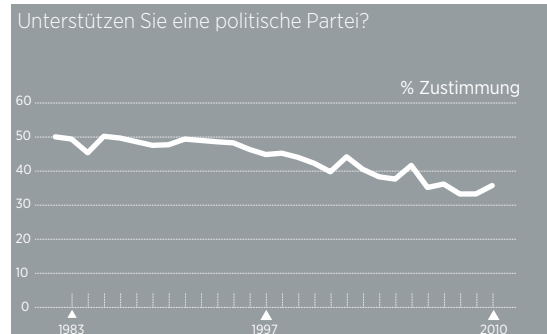
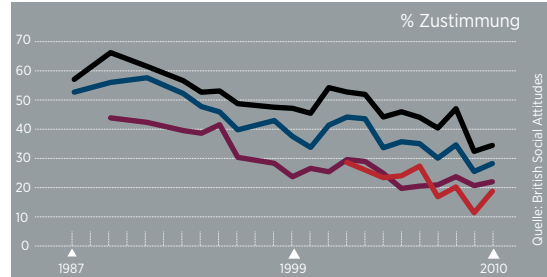
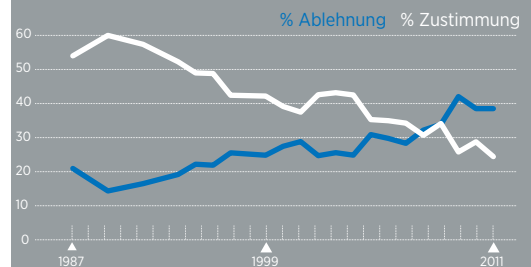
Die Ergebnisse der jüngsten Auswertung der Langzeitstudie „British Social Attitudes Survey“ (BSA) sind hinsichtlich der die Jugend betreffenden Erkenntnisse durchaus spektakulär. Mehr als 3.000 Briten sind von den Forschern des National Center for Social Research (NatCen) befragt worden: Was sagen Sie zur Einwanderung? Wie stehen Sie zur Armee? Welche Einstellung haben Sie zum Wohlfahrtsstaat? Wie finden Sie das Gesundheitssystem?

Leben und leben lassen, das ist offenbar eine Maxime der jungen Insulaner. Ob Drogen und Alkohol, sexuelle Vorlieben, Sterbehilfe oder das Bild einer Idealfamilie – möge doch bitte ein jeder tun, was er für richtig hält. Die Forscher fanden heraus, dass der Blick auf diese und andere gesellschaftlichen Reizthemen, die in Deutschland schnell in Verbotsdebatten münden, tiefenentspannt ist. Der *Economist* stellte in einer Besprechung der Studie gar fest: „Die Jungen sind wesentlich toleranter, was etwa Homosexualität angeht, als es vorangegangene Generationen in ihrem Alter je waren.“

Doch die liberale Haltung der Jugend endet nicht bei Fragen der Toleranz. Auch in ökonomischen Angelegenheiten tickt der junge Teil des Empires freiheitlich. Offensichtlich erwarten die jungen Briten, vom Staat in Ruhe gelassen zu werden. Die Eigenverantwortlichkeit des Einzelnen wird dagegen betont. So ermittelten die Forscher die Zustimmungsraten zu folgendem Satz: „Die Regierung sollte selbst dann mehr Geld für soziale Wohltaten an Arme ausgeben, wenn das zu höheren Steuern führt.“ Der Wandel der Einstellungen dazu ist aufschlussreich und offenbart eine liberale Evolution von Generation zu Generation. So stimmten jetzt knapp 40 Prozent der vor dem Krieg geborenen Briten der genannten Aussage zu. Die Babyboomer-Generation, zwischen 1945 und 1965 geboren, kann dem vorgegebenen Umverteilungsszenario nur noch zu kaum mehr als 30 Prozent etwas abgewinnen. In den später geborenen Generationen stößt der schrankenlose Sozialstaat mit seinen Umverteilungsapparaten sogar auf Widerstand: Nur gut 20 Prozent der Befragten, die zwischen 1966 und 1979 geboren wurden, stimmen zu. Die nach 1979 Geborenen sogar noch einen Tick seltener.

Ben Page, einer der Autoren der Studie, sagte gegenüber dem *Economist*: „Alle Altersgruppen werden sozial und ökonomisch liberaler.“ Doch die Jungen führten diesen Trend an. „Sie blicken mit Skepsis auf staatliche Transferleistungen.“ Man könne von einer „grundsätzlichen Haltungsänderung“ sprechen. Zum Vergleich: Die jungen Briten stimmten beispielsweise mehrheitlich der Aussage zu, dass „Tesco“, die größte einheimische Supermarktkette, „nur deshalb so groß geworden ist, weil sie den Kunden anbietet, was die verlangen“. Diese banale Aussage würde hierzulande wohl als naiv gebrandmarkt werden. Unternehmen, die hierzulande Erfolg haben, werden eher von einer NGO um den Block gejagt, die sich dafür jugendlicher Zuneigung sicher sein kann. Die Shell-Forscher fanden heraus, dass Umweltschutzgruppen besonderes Vertrauen bei den Jugendlichen in Deutschland genießen. ●

Die Regierung soll mehr Geld in Sozialleistung stecken, auch wenn dies zu Steuererhöhungen führt



JAN-PHILIPP HEIN wäre freudig irritiert, wenn sich in eine seiner Bremer Stammbars ein Liberaler – egal wie alt – verirren würde. Der Besucher dürfte, als sei Bremen nicht in rot-grüner Hand, in besagten Kneipen (noch) rauchen und den Autor beim Verfassen seiner Kolumnen für verschiedene Tageszeitungen und seiner Texte für den *Focus* beobachten.

redaktion@libmag.de

ERDERWÄRMUNG

Es wird wärmer und die Wetterextreme nehmen zu, warnen Statistiker: Überschwemmungen, Hitzewellen, verheerende Stürme, Millionenschäden. Das muss der **Klimawandel** sein und alle Welt blickt sorgenvoll auf seine Folgen. Doch abgesehen davon, dass die Ursachen noch immer wissenschaftlich umstritten sind, sind die Auswirkungen einer globalen Erderwärmung und eines Anstiegs der CO₂-Konzentration in der Atmosphäre bei Weitem nicht überall so katastrophal. Viele Regionen könnten von der Entwicklung sogar profitieren, rechnet die Roland Berger School of Strategy and Economics in einem bewusst optimistischen Thesenpapier vor.

Klimatische Gewinner'//////

nördliche und gemäßigte Breiten

Über einen moderaten Temperatur- und CO₂-Anstieg würden sich vor allem Landwirte in den gemäßigten und nördlichen Breiten freuen. Zum einen setzen Nutzpflanzen wie Getreide zusätzliches Kohlendioxid in höhere Ernteerträge um. Zum anderen könnten etwa im nördlichen Skandinavien oder in Kanada, wo Landwirtschaft bis dato nicht möglich war, neue Anbauflächen entstehen. Wladimir Putin äußerte gar die Hoffnung, dass sich Sibirien zur künftigen Kornkammer Europas entwickelt, wenn die Permafrostböden auftauen. Ein weiterer Vorteil milder Winter: Es muss weniger geheizt werden. Das spare Energie und je nach Energieträger auch fossile Brennstoffe, rechnen die Experten des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) in ihrem vierten Sachstandsbericht vor.

Klimatische Verlierer'////////

Peru, Brasilien, Japan, pazifische Inselstaaten, Kambodscha, Vietnam, Karibik, Nordindien, Zentralasien, Afrika, Australien

Wo es Gewinner gibt, sind Verlierer nicht weit. Während in kälteren Klimazonen die Chancen überwiegen, werden sich Länder in subtropischen und tropischen Gebieten auf Wetterextreme und deren Folgen einstellen müssen: Wirbelstürme in der Karibik, lang anhaltende Trockenheit in Nordafrika, die Degradation von Süßwasserressourcen in Zentralasien sowie Überschwemmungen und Sturmfluten in Küstengebieten. Diese oft dicht besiedelten Länder werden versuchen, Risiken und Schäden so gut es geht zu begrenzen. Entwickelte Industriestaaten haben es dabei leichter als mittellose Entwicklungsländer.

Verursacher'//////////

USA, Kanada, Europa, Russland, China, Japan

In den westlichen Industrienationen sowie Russland, China und Japan, die für einen Großteil der durch den Menschen verursachten CO₂-Emissionen verantwortlich sind, entwickelt sich der Klimawandel zu einem politischen Megatrend. Zwar ist ungewiss, wie weit die Erwärmung menschengemacht ist oder das Resultat verstärkter Sonnenaktivität und wie schnell sie stattfindet. Unstrittig ist, dass die Debatte das Umweltbewusstsein verändert. Der aufgebaute Handlungsdruck, vermeintlich klimaschädliches Verhalten zu reduzieren, steigert die Nachfrage nach grünen Technologien – zum Beispiel regenerativer Energieerzeugung – und stärkt entsprechende Industrien.



Quellen: Thoughts Megatrends, Roland Berger School of Strategy and Economics, 2012 / Vierter Sachstandsbericht zur Klimaänderung, Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), 2007

Vorreiter

Skandinavien, Island, Deutschland, Neuseeland, Mauritius, Chile, Costa Rica

In Deutschland sollen 80 % der Energieversorgung im Jahr 2050 aus erneuerbaren Quellen gespeist werden. Dänemark möchte bis dahin 100 % erreichen. Länder wie Neuseeland, Island oder Norwegen nutzen ihre geografischen Vorteile durch Wasserkraft und Erdwärme. Dort herrscht ein hohes Umweltbewusstsein, das sowohl das Konsumverhalten beeinflusst als auch das Know-how über künftig gefragte Technologien steigert. Zudem sinkt die Abhängigkeit von Rohstoffimporten.

Wirtschaftliche Gewinner

Europa, China, Japan, Korea

Bei mehr als sieben Milliarden Menschen auf der Welt wird es schwierig, große Migrationsströme von Klimaflüchtlingen zu bewältigen. Die Experten von Roland Berger vertreten deshalb die These, dass letztlich nur Wachstum und Innovationen weiterhelfen, beispielsweise neue Technologien für Schutz- und Warnsysteme, eine effektivere Nahrungsmittelproduktion oder zur Trinkwassergewinnung. Hier sind Volkswirtschaften wie Deutschland, Frankreich, Skandinavien, aber auch Japan, Korea und China gefragt, mit ihren führenden Unternehmen im Maschinen- und Anlagenbau, in der Elektrotechnik und für hochwertige technische Dienstleistungen. Neben den Regionen, denen die Erderwärmung klimatisch in die Karten spielt, wird es auch solche geben, denen sie neue Märkte und Kunden verschafft.

Kein Liberalismus, nirgends

In Österreich konnte sich der liberale Gedanke bis heute nicht etablieren. Eine politische Überfigur und rechte Populisten haben mitgeholfen, den Liberalismus ins gesellschaftliche Abseits der Alpenrepublik zu drängen.

Ein abgegriffener Kalauer über die deutsch-österreichischen Beziehungen besagt, dass beide Länder nichts so sehr trenne wie die gemeinsame Sprache. Das ist natürlich genauso falsch, wie es richtig ist. Denn die Differenzen dies- und jenseits der Alpen beschränken sich nicht nur auf Idiome, sondern auch auf andere Dinge, wie etwa die Kulinarik. Der Wiener liebt sein Schnitzel trocken wie einen „Bröselteppich“, der Deutsche ertränkt das seine gerne in Champignontunke oder in sonst einer aus österreichischer Sicht merkwürdigen Sauce. Daher heißt der Schnitzel-deutsche in Österreich auch „Marmeladinger“.

Neben sprachlichen und kulinarischen Unterschieden gibt es aber auch - und jetzt wird es mit einem Schlag ernst - politische Unterschiede zwischen Österreich und Deutschland. Und die könnten größer nicht sein. Was verwundert, da Österreich und Deutschland doch auf einem ähnlichen, wenn auch nicht gleichen geistigen Grundgerüst stehen: Beide Länder hatten keinen einfachen Übergang von der Monarchie zur Republik. Beide haben mit dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg zwei der größten Katastrophen der Menschheitsgeschichte ausgelöst. Beide gelten spätestens seit den frühen 80er-Jahren als wirtschaftlich äußerst stabil und erfolgreich. Letzteres hat aus österreichischer Sicht auch damit zu tun,

dass Österreich sich währungspolitisch mit dem Schilling an die harte D-Mark band.

Neben diesen Gemeinsamkeiten gibt es Differenzen. Anders als Deutschland ist Österreich politisch neutral. Es ist nicht Mitglied der NATO und beteiligt sich an Auslandseinsätzen mit humanitärer, nicht aber militärischer Hilfe. Diese isolationistische Haltung, die der in der Verfassung verankerten Neutralität geschuldet ist, unterscheidet Österreich drastisch von Deutschland. Und in noch einem Punkt sind die beiden Länder völlig verschieden: Innerhalb des politischen Systems Österreichs hat sich nie eine echte liberale Strömung herausgebildet, geschweige denn etabliert.

Neben den großen Volksparteien, SPÖ und ÖVP, gab es nach 1945 das sogenannte „dritte Lager“. Anfangs handelte es sich dabei um den „Verband der Unabhängigen“ (VdU). Der VdU war ein Sammelbecken für ehemalige NSDAP-Funktionäre. 1955 ging der VdU in der FPÖ auf. Die Freiheitlichen dümpelten jahrzehntelang im einstelligen Prozentbereich herum, bis sich 1986 Jörg Haider an die Macht putschte. Haider setzte dem Richtungsstreit innerhalb der Partei ein Ende, mit ihm triumphierte der nationale über den liberalen Flügel. Fortan positionierte sich die FPÖ als EU- und zuwanderungsskeptische Partei. Damit errang sie ein Alleinstellungsmerkmal im bisherigen Zweiparteienland

Österreich. Haiders Kampf galt auch dem „Proporz“ der beiden etablierten Parteien, die sich seit Ende des Krieges die Macht untereinander aufteilten. Damit zog er immer mehr verärgerte Wähler an. Haider formte die FPÖ zu einer Volkspartei um und machte zunehmend Stimmung gegen Masseneinwanderung und einen EU-Beitritt.

Freie Märkte grundverdächtig

Daraufhin spalteten sich im Jahr 1993 fünf Abgeordnete der FPÖ rund um Heide Schmidt von der Partei ab und gründeten das „Liberale Forum“ (LiF) - die Haider-Partei hatte für sie mit Liberalität nichts mehr zu tun. Das LiF überstand zwei Wahlen und war bis 1999 im Parlament vertreten. Danach reichte es nicht mehr für die 4-Prozent-Hürde, die vor dem Einzug in den Nationalrat zu überwinden ist. Heide Schmidt steht bis heute als singuläres Phänomen in der österreichischen Politlandschaft, ihr Name wird mit Liberalismus gleichgesetzt.

Warum sich der Liberalismus in Österreich nie wirklich halten konnte, ist schwierig zu beantworten. Es hat aber sicher einiges mit der Überfigur der österreichischen Politik zu tun: Bruno Kreisky.

Kreisky regierte als sozialistischer Bundeskanzler 13 Jahre lang das Land, 12 Jahre davon mit absoluter Mehrheit. So etwas prägt. Kreisky hat den Österreichern eine Art Kos-



Bruno Kreisky regierte als sozialistischer Bundeskanzler 13 Jahre lang das Land. Mit seinem Austro-Keynesianismus erzog er den Österreichern eine Art Kostenlos-Mentalität an.

tenlos-Mentalität anezogen. Er führte die Schülerfreifahrt in den öffentlichen Verkehrsmitteln ein sowie unentgeltliche Schulbücher und einen freien Hochschulzugang. Sein vom Austro-Keynesianismus geprägtes Wirtschaftsdenken fasste er einmal in diesem legendären Satz zusammen: „Und wenn mich einer fragt, wie denn das mit den Schulden ist, dann sage ich ihm das, was ich immer wieder sage: dass mir ein paar Milliarden Schulden weniger schlaflose Nächte bereiten, als mir ein paar Hunderttausend Arbeitslose mehr bereiten würden.“ Ein Schachtelsatz, den die meisten Österreicher heute im Schlaf herunterbeten können. Spätestens seitdem ist die liberale Idee von freien Märkten in Österreich grundverdächtig.

Noch aus einem weiteren Grund hat es der Liberalismus in Österreich schwer: Die FPÖ ist im Gegensatz zur heutigen FDP keine liberale Partei. Bei der FPÖ handelt es sich um eine Arbeiterpartei, und das in Zeiten, in denen Arbeiterparteien obsolet geworden sind. Nannte sich die FPÖ unter Haider auf Wahlplakaten noch schlicht „Die Freiheitlichen“, heißt sie jetzt unter seinem Nachfolger Heinz-Christian Strache „Die soziale Heimatpartei“. Sie propagiert den Sozialstaat - solange er nicht den „Schmarotzern“ dient.

2007 warb die FPÖ unter anderem mit dem Slogan „Sozialstaat statt Zuwanderung“. Darin drückt sich konzentriert ihr ganzes politisches Konzept, ja ihr Menschenbild aus. Die FPÖ rekrutiert ihre Wählerschaft vor-

nehmlich aus bildungs- und einkommensschwachen Schichten. Bei der FDP ist es genau umgekehrt.

Ein weiterer Unterschied zwischen Österreich und Deutschland in dieser Hinsicht: Der Protestwähler in Deutschland wählt tendenziell links, der Protestwähler in Österreich rechts. Die FPÖ wirbt mit Wahlkampfprüchen wie „Mehr Mut für unser Wiener Blut“ - was fatal an die Blut-und-Boden-Parolen der Nazis erinnert - und „Daham statt Islam“ („Daheim statt Islam“). Es läge in etwa auf demselben Niveau, wenn die FDP plötzlich Sprüche wie „Heimatluft statt Zwiebelduft“ gegen Zuwanderung plakattieren würde. Man könnte es für Satire halten.

In Österreich hat der Populismus über den Liberalismus triumphiert. Das Liberale Forum konnte 2002 nur noch 0,98 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinen, bei der Wahl 2008 waren es 2,1 Prozent. Inzwischen existiert mit „Neos - Das neue Österreich“ für die Nationalratswahl im September 2013 eine Nachfolgeplattform, die sich dem liberalen Gedanken verpflichtet fühlt. Laut Umfragewerten lagen Neos im Juni 2013 hinter allen anderen Parteien und wurden den „Sonstigen“ zugerechnet. Unter dieser Kategorie werden jene Parteien zusammengefasst werden, die in den Umfragen unter einem Prozent liegen. Sogar die Kommunisten erreichten in den Umfragen zumindest einen Ehren-Prozentpunkt.

Der Liberalismus hat im Land der Berge keine Überlebenschance. Heide Schmidt warnte vor der Wahl 1999 in dem Buch „Die letzte Chance“, dass es das politische Klima in Österreich auf längere Zeit negativ beeinflussen würde, wenn es das Liberale Forum nicht ins Parlament schaffe. Sie sollte recht behalten. ●



OLIVER JEGES ist Journalist und Autor. Weil die freiheitliche Idee in Österreich von ein paar Burschenschaften und Neonazis missbraucht wird, floh er nach Berlin. Er würde sich jedoch nicht als politischen Flüchtling bezeichnen. oliver.jeges@gmail.com

WELTAUSSTEL

Deutschland ist der international führende Standort für Leitmessen. Viele Kommunen profitieren davon. Und auch auf regionaler Ebene ist die Branche einzigartig erfolgreich aufgestellt. Doch die Öffentlichkeit nimmt das deutsche Ausstellungsphänomen kaum wahr.

// TEXT // **RALF KALSCHUR**

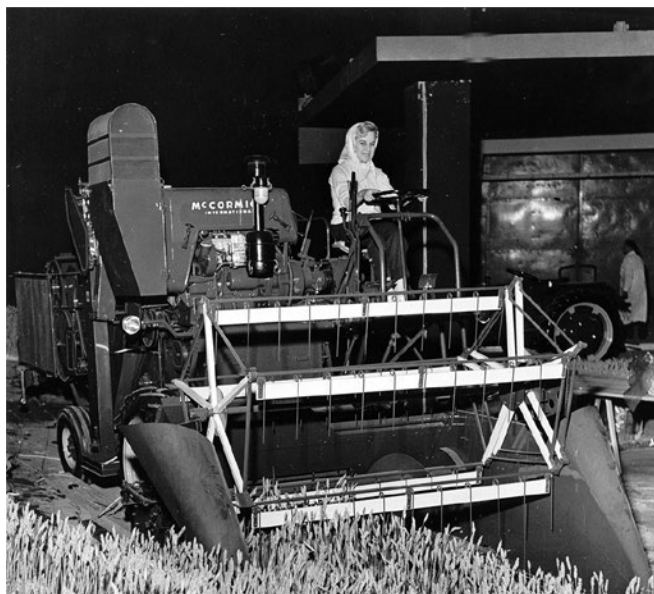
Der Begriff „Hidden Champions“, 1990 vom Wirtschaftsprofessor Hermann Simon als Erklärung für den deutschen Exporterfolg geprägt, ist eine prima Notlösung: Mit ihm lassen sich all die kleineren und mittleren Unternehmen unter einen Hut bringen, die in ihrem Bereich Marktführerschaft beanspruchen, obgleich kaum jemand genau weiß, was sie eigentlich im Einzelnen fabrizieren. Der Anglizismus definierte eine zuvor ungreifbare Entität und ging darum schnell in den Sprachgebrauch und damit ins öffentliche Bewusstsein ein. Die deutsche Messewirtschaft ist ebenfalls so ein unbekannter Gewinner, jedoch überdies ein spezieller Fall: Die Branche an sich wird weithin nicht als solche, als Einheit wahrgenommen. Jeder kennt die Cebit, die Photokina oder die Buchmesse, aber weit scheint der Gedankensprung, dass diese Leitmessen eine Gemeinsamkeit haben: Sie finden in Deutschland statt - ebenso wie rund zwei Drittel aller Weltleitmessen. »

Foto: Marc Jacquemin/Frankfurter Buchmesse

Globale Bücherschau: Die Frankfurter Buchmesse bleibt ein Erfolgsgeschäft. Keine Messe weltweit versammelt mehr Aussteller.

LUNG





Hostess auf Mähdrescher:

Die Vereinigten Staaten haben als Attraktion für die Grüne Woche 1959 die Weizenfelder des Mittleren Westens mit in die Messehallen unter dem Funkturm gebracht. Eigens dazu wurden mehr als 350.000 Ähren verpflanzt.

TOP 10 Deutsche Publikumsmessen nach Besucherzahl sortiert

Rang	Kurztitel	Stadt	Besucher
1	Internationale Grüne Woche	Berlin	426.428
2	Essen Motor Show	Essen	341.600
3	Ami	Leipzig	286.000
4	Gamescom	Köln	265.736
5	Boot	Düsseldorf	246.700
6	Ifa	Berlin	235.289
7	Intermot	Köln	202.106
8	Caravan Salon	Düsseldorf	165.424
9	Equitana	Essen	163.962
10	Leipziger Buchmesse	Leipzig	161.538

Quelle: Auma, Zahlen aus 2012

es 2012, besucht von 6,4 Millionen Menschen – fast 6 Prozent mehr als im Vergleich zu den Vorveranstaltungen. „Natürlich besteht die Gefahr, dass einzelne internationale Ableger deutscher Leitmessen irgendwann größer werden als ihre Mutterveranstaltungen“, erklärt Dr. Peter Neven. Gleichwohl betont der Geschäftsführer der Auma: „Uns ist es lieber, mit uns selbst in Konkurrenz zu treten, als dass es jemand anderes tut.“

Die Messe Frankfurt etwa hat ihre „Automechanika“ zur globalen Marke entwickelt. 1971 wurde die „Internationale Ausstellung für Auto-, Werkstatt-, Tankstellen- und Garagenausstattung“ eigentlich nur als „Ersatz-IAA“ für die ausgefallene 45. Internationale Automobilausstellung geplant. Doch die Messe füllte eine Bedarfslücke, blieb und wuchs. Unter dem griffigeren Namen „Automechanika“ werden mittlerweile weltweit 13 Messen veranstaltet, die von Moskau über Dubai bis Istanbul insgesamt 13.000 Aussteller und 500.000 Fachbesucher bedienen. Allein die „Automechanika Shanghai“ zählt 4.109 Aussteller und ist damit der erfolgreichste deutsche Messeableger im Ausland überhaupt. Der chinesische Klon ist damit schon nah dran am Frankfurter Original, das 4.597 Aussteller aus 74 Ländern begrüßt. Die Nummer eins der deutschen Auslandsmessen nach Besucherzahlen ist übrigens die „Auto China“ mit nicht weniger als 780.000 Besuchern, veranstaltet von der Messe München.

Strategie der Rudelbildung

Die ersten Messen entstanden in Deutschland bereits ab dem 12. Jahrhundert. Verschiedene Branchen verkauften ihre Waren direkt am Stand. Im Laufe der Industrialisierung entwickelte sich die effektivere Form der Mustermesse: Zwar immer noch im wilden Branchenmix, präsentierten die Aussteller aber nunmehr Produktbeispiele und nahmen Bestellungen auf. Leipzig stieg nach der Reichsgründung 1871 zum Dreh- und Angelpunkt der deutschen Messewirt-

780.000
Besucher machen die „Auto China“ zur Nummer eins der deutschen Auslandsmessen.

Die Eurokrise hatte nahezu keinen Einfluss aufs stabile Geschäft. 2012 registrierten die 160 überregionalen deutschen Messen 2 Prozent mehr Aussteller, 2011 lag das Wachstum bei 3,1 Prozent, ergaben Erhebungen des Dachverbands Ausstellungs- und Messe-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e. V. (Auma). Wachstumstreiber waren ausländische Aussteller, vor allem aus ostasiatischen Ländern, während die Beteiligung aus südeuropäischen Staaten trotz schwieriger Bedingungen stabil blieb. Im vergangenen Jahr buchten 180.823 Aussteller eine der 160 großen Messen, die erneut von mehr als 10 Millionen Besuchern frequentiert wurden. Auch die Zahl der Auslandsmessen deutscher Veranstalter wächst stetig. 266 waren

schaft auf. Nach der Teilung diente Leipzig fortan als zentraler Messestandort der DDR, während sich das Messewesen in West-Deutschland neu organisieren musste. Die Themen, die bislang auf der Leipziger Messe gebündelt waren, wurden darum in den 50er-Jahren branchenabhängig abgegrenzt und dezentral präsentiert. So entstanden neue Gelände und zahlreiche Fachmessen, die in der Wirtschaftswunderzeit auch sehr bald international beschickt wurden. Die Dynamik des Wiederaufbaus und die geografische Lage sprachen für den deutschen Standort.

„Die föderale Struktur und eine liberale Wirtschaftspolitik, die nur wenige staatliche Reglementierungen für Messerveranstaltungen vorsieht, haben den Wettbewerb befördert“, sagt Peter Neven. „Es gibt keine

Deutsche Messe-Holding. Die großen Messgesellschaften sind zwar Eigentum der Städte und Länder, stehen als privatrechtlich geführte Unternehmen aber alle in Konkurrenz miteinander.“ Die kommunale Organisation der Gesellschaften ist im internationalen Vergleich dennoch unüblich und stößt auf Kritik: Es gibt kein privates Messegelände in Deutschland, private Investoren sind im Messegewerbe rar. Das Messemodell der öffentlichen Hand funktioniert so gut, weil die ohne Gewinnabsicht operierenden deutschen Gesellschaften die subventionierte Infrastruktur besonders günstig vermieten können. Niedrige Standmieten bedeuten mehr Aussteller und in der Folge mehr Besucher, die Geld in der Region ausgeben.

Entscheidend für die Verteilung und profitable Entwicklung der heute bundes-

226.000



*Vollzeitarbeitsplätze
werden durch Messen in
Deutschland gesichert.*

weit 23 Messegelände war die Rolle der Branchenverbände. Neven: „Die Verbände haben ab den 50er-Jahren die Fachmessen geprägt und über die Ausstellungsorte verhandelt. Sie waren damit einverstanden, dass sich die deutschen Veranstalter, früher als andere, international ausgerichtet haben.“ Die Verbände sind bei nahezu allen Messen Mitorganisierer. Sie erheben vor Neuveranstaltungen das tatsächliche Interesse und sorgen mit dafür, dass die Messelandschaft nicht zersplittert. Denn zu viele kleine Spezialmessen mit ähnlichen Themen schaden dem Geschäft.

„Man muss die großen Marken einer Branche als Aussteller gewinnen“, betont Peter Neven, „das sind die Rudelführer, ihnen folgen die anderen.“ Diese Konzentration der wichtigsten Marktteilnehmer und Verbände auf zentrale Präsentationshöhenpunkte ist eine Stärke der deutschen Messewirtschaft und hat zur Folge, dass mittlerweile deutlich mehr als die Hälfte aller Aussteller aus dem Ausland anreisen, um sich hier dem Weltmarkt zu stellen. Und weil die Erklärungsbedürftigkeit vieler Produkte zunimmt, laden immer mehr Veranstalter auch gleich zum messebegleitenden Kongress. Nur in den USA werden derzeit noch mehr internationale Kongresse veranstaltet als hierzulande.

Branchenprofil schärfen

Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Messewesens in Deutschland zeigt sich in der schwierig zu beziffernden Umwegrendite. Es ist der Kaufkraftzufluss durch Messebeteiligte, an dem die Kommunen interessiert sind. Das Münchner ifo-Institut für »



Könner am Keyboard:
Spielstand auf der Gamescom in Köln.

30.000
 Konsumenten und
 Schaulustige besuchen
 jährlich die „Venus“.

Wirtschaftsforschung hat im Auftrag des Auma die regionalwirtschaftliche Bedeutung einzelner Messestädte untersucht und anhand der erhobenen Daten hochgerechnet, dass Aussteller und Besucher jährlich insgesamt rund 12 Milliarden Euro in Deutschland ausgeben: etwa für Hotels und Taxis, für Standbau- und -miete, für Personal und Transport. Diese direkten Ausgaben aller Beteiligten sorgen in der volkswirtschaftlichen Folgewirkung für jährliche Produktionseffekte, die fast doppelt so hoch liegen: 23,5 Milliarden Euro. Messen sichern 226.000 Vollzeit Arbeitsplätze und generieren 3,8 Milliarden Euro an Steuereinnahmen. Wer hätte es gewusst?

In Zukunft vielleicht ein paar mehr Studenten. Bei der jüngsten Bundesdekanekonferenz der Wirtschaftsfakultäten saß das Institut der Deutschen Messewirtschaft mit am Tisch. Ziel ist es, das Thema Messe in verschiedenen Studiengängen zu etablieren und eine Forschungsdisziplin „Messewissenschaft“ zu entwickeln. Messepraktiker sollen in Hochschulen Vorträge halten, Studenten auf Messen basisnahe Erfahrungen sammeln.

Sie könnten zum Beispiel zur „Venus“ reisen und dort tiefere Einblicke gewinnen. Freilich: Die spezielle Ausstellung auf dem

Gelände unter dem Berliner Funkturm bewegt sich auf einem schlüpfrigen Erfolgsweg. Doch gerade deshalb ist die „Venus“ ein besonders anschauliches Beispiel für eine Veranstaltung, die sich nur an einem liberalen Standort wie Deutschland zur Weltleitmesse der Erotikbranche entwickeln konnte. Cleveres Marketing und eine ausgeprägte Wandlungsbereitschaft sorgen dafür, dass das Podium auf einem schwierigen Markt im Gespräch und im Geschäft bleibt. Neben 260 Ausstellern und etwa 2500 Fachbesuchern aus 60 Ländern kommen Jahr für Jahr über 30.000 Konsumenten und Schaulustige sowie rund 800 Journalisten. Von Beginn an, seit der ersten Venus 1997, nährten und nutzten die Veranstalter die mediale Aufmerksamkeit.

Medien sind scharf auf die „Venus“

„Damals war es gerade en vogue, offen über Sexualität zu sprechen“, erinnert sich „Venus“-Pressesprecher Walter Hasenclever: „Fernsehsendungen wie ‚Wa(h)re Liebe‘, ‚Liebe Sünde‘ und ‚Peep!‘ hatten das Thema Erotik etwas vom Schmuttelimage befreit.“ Porno-Produzenten wollten ebenfalls heraus aus der schummrigen Ecke, hinein ins Rampenlicht einer breiteren Akzeptanz von neuen Kundenschichten. „Die ‚Venus‘ hat die großen Hersteller auf einer Handelsplattform zusammengebracht“, erklärt Hasenclever, „und als Publikumsmesse ließ sie sich erfolgreich vermarkten. Das Medienecho war gigantisch.“ Durch den „Venus Award“, so etwas wie der Oscar der Pornofilmindustrie, wurde der Messename für Connaissance der Fleischschau weltweit zu einem Markennamen.

Als ab etwa 2005 das Internet in der Branche stark an Bedeutung gewann, die DVD-Verkäufe einbrachen und immer mehr Aussteller fernblieben, stellte sich die „Venus“ breiter auf. „Es wurde eine ‚Ladies Area‘ geschaffen, um die weibliche Zielgruppe besser bedienen zu können. Homosexuelle Kunden werden ebenfalls verstärkt ange-

TOP 10 Größte Messen weltweit nach Ausstellerzahl sortiert

Jahr	Messe	Stadt	Land	Aussteller	Besucher
2012	Frankfurter Buchmesse	Frankfurt/Main	Deutschland	7.307	281.753
2012	ITB Berlin	Berlin	Deutschland	7.276	132.348
2011	Anuga	Köln	Deutschland	6.409	154.516
2012	Sial	Paris	Frankreich	5.580	150.192
2012	Mediac	Düsseldorf	Deutschland	5.236	126.485
2012	Hannover Messe	Hannover	Deutschland	4.872	183.110
2013	Ambiente	Frankfurt/Main	Deutschland	4.714	139.367
2012	Automechanika	Frankfurt/Main	Deutschland	4.597	147.715
2012	Automechanika Shanghai	Shanghai	China	4.109	72.190
2012	Vinitaly/Sol/Enolitech	Verona	Italien	4.107	135.227

Verhüllte Weltneuheit:
Stand von Audi auf der
Automechanika in Shanghai.

Die drei erfolgreichsten deutschen Auslandsmessen sind:

Nach Zahl der Aussteller

Automechanika Shanghai	4.109
Intertextile Shanghai Apparel Fabrics	3.358
Chinaplas	2.729

Nach Zahl der Besucher

Auto China	780.000
Chengdu Motor Show	581.000
Abu Dhabi International Book Fair	220.000

sprochen und die Qualität der Shows stetig gesteigert“, zählt Hasenclever auf. „Das gesamte Messeportfolio hat sich gewandelt, hin zu Lifestyle-Themen, Wäsche, Accessoires, Tattoos.“ Sogar Schönheitschirurgen würden ihre Leistungen mittlerweile auf der „Venus“ präsentieren.

Um die Boulevardmedien bei der Stange zu halten, wird seit 2009 jährlich das Gesicht der „Venus“ gewählt: Naddel, Micaela Schäfer, Gina-Lisa Lohfink. Alle Stammgäste in der *Bild*-Zeitung. Guerilla-Marketing-Aktionen wie der Autowasch-Überfall leicht bekleideter Damen auf einer Kreuzung in Messe-Nähe im vergangenen Jahr adressieren zielsicher die gewünschten Kommunikationskanäle. Der entspannte Umgang mit Nacktheit in Deutschland und speziell in Berlin ist ein großer Standortvorteil der „Venus“. Versuche, internationale Messeableger in Paris und Shanghai zu etablieren, schlugen fehl.

Hauptgeschäft mit Endkunden

Die „Venus“ ist schon ein Indikator, aber dass Deutschland wahrlich messeverrückt ist, zeigt eindrucksvoll ein Blick auf die Regional- und Spezialmessen. 162 davon gibt es, besucht von etwa sechs Millionen Menschen jährlich. Hinzu kommen örtliche Gewerbe-

schauen sonder Zahl, denn es zählt sie niemand. Nur so viel ist sicher: Es sind eine ganze Menge. „Eine Regionalmessen-Struktur wie hier gibt es so sonst nirgendwo“, sagt Carola Schwennsen: „Das würde ich als ein deutsches Phänomen bezeichnen.“

Die 52-Jährige ist die Vorstandsvorsitzende des Fachverbands Messen und Ausstellungen e. V. (FAMA), der Bundesorganisation privater und kommunaler Veranstalter. Deren Mitglieder stoßen in ihren Einzugsgebieten auf keine Konkurrenz, bis auf die eine: „Das Aufkommen großer Shoppingcenter hat uns Besucher gekostet. Davor gab es sogar noch mehr regionale Ausstellungen. Aber die rückläufige Zahl hat sich mittlerweile konsolidiert“, so Schwennsen. Ihr Hauptgeschäft machen die kleinen Messen, wie die Malls, mit Endkunden.

Von der „Interkoi“-Messe für japanische Zuchtkarpfen im ehemaligen schnellen Brüter in Kalkar bis zur „Hobby Kreativ + Kunstmarkt & Garten-Festival“ in den Messehallen 1-3 Idar-Oberstein – insbesondere in der Provinz goutieren die Gäste das spärliche Event, ebenso die Beratung durch den Fachhändler. Schwennsen: „Viele der regionalen Ausstellungen haben ihren Ursprung in den 50er-Jahren. Die sind als Info-Messen gestartet, zu einer Zeit, als Verbraucherzent-

ralen und vergleichende Warentests noch unbekannt und die einzelnen Sortimente in den Geschäften eher übersichtlich waren.“

Dass die Regionalmessen das Wachstumsmantra der international ausgerichteten deutschen Standorte nicht mitsprechen können, schadet dem Branchensegment nicht – im Gegenteil: Der Besucher schätzt offenbar den Wohlfühlfaktor eines bei begrenztem Zeitaufwand überschaubaren Angebots, wie die stabile Statistik zeigt. Eine lieb gewonnene, mit dem Messebesuch verbundene Gewohnheit eint die Branche jedoch seit den Fünfzigern. Die Menschen möchten ausprobieren und kosten und möglichst viele Werbegeschenke mit nach Hause schleppen. „Was gratis ist, reißen einem die Leute immer aus den Händen“, berichtet Schwennsen, die selbst ein mittelständisches Unternehmen für Fachausstellungen in Hannover führt: „Darum geht man doch so gerne auf die Messe!“ ●



RALF KALSCHOUR ist freier Autor in Berlin. Als junger Student hat er mal für eine Regionalzeitung die Anuga besucht und anschließend tagelang von den heimgebrachten Lebensmittelproben zehren können. Geburtsstunde seines Messefaibles.
redaktion@ktgb.de

Fluchtgeld

Die Zahl der Steueroasen wächst. Neue Low-Tax-Paradiese entstehen jedoch nicht in Europa, sondern in entfernteren Teilen der Welt: Karibik, Pazifik, vor allem aber in Asien und im Nahen Osten. Weltweit gibt es mehr als 60 an der Zahl, von denen nicht alle allgemein bekannt sind.

// TEXT // ERNST EGGERS

Der individuelle Reichtum wächst immer weniger in Europa und immer mehr in den sogenannten BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China) oder ganz generell in Staaten, in denen die Industrialisierung voranschreitet oder in denen Rohstoffvorkommen systematisch wirtschaftlich genutzt werden.

Europa ist die einzige Region in der Welt, die Steueroasen bekämpft. Dafür ist das deutsch-schweizerische Steuerabkommen ein Beispiel. Auch die EU-Kommission plant laut Steueranwaltsmagazin einen „umfassenden Angriff gegen Steuerhinterziehung und Steueroasen“ und will den EU-Mitgliedsstaaten „eine grenzübergreifende Steuer-Identifikationsnummer“ sowie „Mindeststrafen für Steuervergehen“ vorschreiben.

Im Zuge der Globalisierung ist es ein nahezu natürlicher Trend, dass auf längere Sicht auch die Steuerhinterziehung noch stärker aus Europa auswandert und sich Steueroasen zuwendet, die attraktiver sind. Attraktivität ist dann gegeben, wenn nicht nur niedrige Steuersätze gelten, sondern wenn in dem betreffenden Gebiet oder Staat das Bankgeheimnis gewahrt wird sowie eine funktionierende Verwaltung, Rechtsstaatlichkeit und politische Stabilität existieren.

Die große Mehrheit der kleinen und großen Steuerzahler hat das Bestreben, dem

Staat weniger Steuern zu geben, als dieser beansprucht. Steuerhinterziehung findet nahezu in allen Einkommensgruppen statt. Nicht nur in Deutschland ist „Schwarzarbeit“ dafür ein Beispiel. Dies setzt sich fort, wenn es um staatliche Sozialleistungen geht. Nicht alle Hartz-IV-Empfänger nehmen es mit ihren sonstigen Einnahmen so genau. Ebenso der Angestellte, der seine Reisekostenabrechnungen „frisirt“. Das Gleiche gilt für die Gastwirtin aus der Eifel, die ihre Schwarzgeldeinnahmen, also ihre nicht deklarierten Umsätze, nach Luxemburg bringt, weil sie die Inflation in Deutschland fürchtet.

Steuerhinterziehung oder Steuerflucht sind in einer globalisierten Wirtschaft insbesondere in solchen Staaten zu verzeichnen, die hohe Steuern und Abgaben verlangen oder in denen der Steuerzahler Staatsversagen in mehr oder weniger ausgeprägter Form erlebt. Gérard Dépardieu schrieb in seinem offenen Brief an den französischen Ministerpräsidenten Ayrault: „Wir



haben nicht mehr dasselbe Vaterland: Ich bin ein wahrer Europäer, ein Bürger der Welt, so hat mein Vater mich geprägt.“ Wenn die Loyalität zum eigenen Staat endet, gedeihen die Steueroasen.

Konzerninterne Verrechnungspreise

Nach Angaben der Nichtregierungsorganisation „Tax Justice Network“ gingen den Heimatstaaten 2012 bis zu 280 Milliarden Dollar durch Steuerflucht verloren. Verluste in noch größerem Umfang kamen durch Gewinnverlagerungen von transnationalen Unternehmen hinzu. Durch konzerninterne Verrechnungspreise und andere Gestaltungsmöglichkeiten verlagern die Firmen ihre erzielten Gewinne in Staaten, die verhältnismäßig geringe Unternehmenssteuern geltend machen.

Beispielsweise haben Microsoft, Google und andere Unternehmen wesentliche Unternehmenstätigkeiten in Dublin angesiedelt (Unternehmensteuer: 12,5 Prozent), um den höheren Steuern in den USA (New York: 29,63 Prozent) zu entgehen. Der Pharmakonzern Pfizer tat dies bereits 1969, indem er vor allem für sein Europageschäft den Standort Cork ausgesucht hat. Seither hat Pfizer in Irland sechs Herstellungsbetriebe errichtet.

Nicht anders verhalten sich deutsche Reedereien, die circa 3500 Handelsschiffe besitzen, von denen nur etwa 450 unter deutscher Flagge unterwegs sind. Über 950 deutsche Schiffe fahren unter der Flagge von Antigua und Barbuda. Das Schiffsregister wird allerdings nicht in St. John's auf der karibischen Hauptinsel Antigua geführt, sondern in der „Steueroase“ Oldenburg in Deutschland. Weitere über 800 deutsche Handelsschiffe führen die Flagge Liberias (Schiffsregister: Reston, Virginia/USA).

Das ebenfalls unter großem Wettbewerbsdruck stehende deutsche Speditionsgewerbe ist dazu übergegangen, die Fahrzeuge des Straßengüterverkehrs im Ausland zuzulassen, zum Beispiel in Zypern. Deutsche Privatbahnen lassen ihre Güterwaggons zunehmend in Bulgarien,

Rumänien und der Slowakei zu. Der Firmenjet der Volkswagen AG ist auf den Cayman Islands registriert, während andere nicht gewerblich genutzte Flugzeuge gern in den USA zugelassen werden, weil dort die Vorschriften für die Wartung wesentlich unbürokratischer sind.

Baufirmen, ob Hoch- oder Tiefbau, wenden sich von kommunalen und staatlichen Auftraggebern ab, weil diese jenen Firmen Aufträge erteilen, die seit Jahren „Stammkunden“ sind, während andere Anbieter sich dem Verdacht ausgesetzt sehen, die „Tariffreue-Gesetze“ der Länder nicht einzuhalten. Missachtung der Grundregeln des Wettbewerbs und ein Übermaß an Bürokratie sind Symptome des Staatsversagens. Sie wirken sich auf die Bereitschaft der Bürger aus, ihre Steuern zu zahlen.

Schwarzgeldtransfers

Die Motive für die Steuerhinterziehung sind vielfältig. Wenn ein Russe nur ein geringes Vertrauen in die Berechenbarkeit und Stabilität seines Landes hat, dann legt er trotz niedriger Steuern in Russland einen Teil seines Geldes in Zypern an, um seinem eigenen Staat wirtschaftlich nicht ausgeliefert zu sein. Nicht anders verhält sich der Chinese, der dafür sorgt, dass ein Teil seiner Einkünfte nach Hongkong transferiert wird. Hongkong ist bis 2047 steuerpolitisch autonom. Außerdem besteuert die frühere Kronkolonie nur Lieferungen und Leistungen, die in Hongkong erbracht worden sind – und zwar mit 16 Prozent. Damit ist die Stadt eine gute Adresse für Schwarzgeldtransfers.

Davon machen vor allem Chinesen aus der Volksrepublik Gebrauch. Erhebliche Beträge kommen aber auch aus anderen asiatischen Ländern (Malaysia, Philippinen, Indien und Indonesien), aus Schwellen- und Entwicklungsländern sowie aus westlichen Industrieländern. Neben Hongkong ist auch Singapur eine beliebte Steueroase. Die Stadt verfügt über eine gute Verwaltung, das Bankgeheimnis ist gewährleistet. Bei Geldanlagen gilt für Beträge ab 200.000 Euro ein Höchststeuersatz von 20 Prozent.

Es sind aber nicht allein private Steuerzahler, die durch Steuerhinterziehung ihre Steuerlast senken wollen. Ebenso versuchen international tätige Unternehmen, durch Gewinnverschiebungen Steuerzahlungen zu verringern oder zu vermeiden. Dies korrespondiert mit den Interessen von Steueroasen und bestimmten Regionen, durch attraktive steuerliche Bedingungen internationales Kapital an sich zu binden und dadurch die eigene wirtschaftliche Lage zu verbessern und den erreichten Wohlstand zu verteidigen.

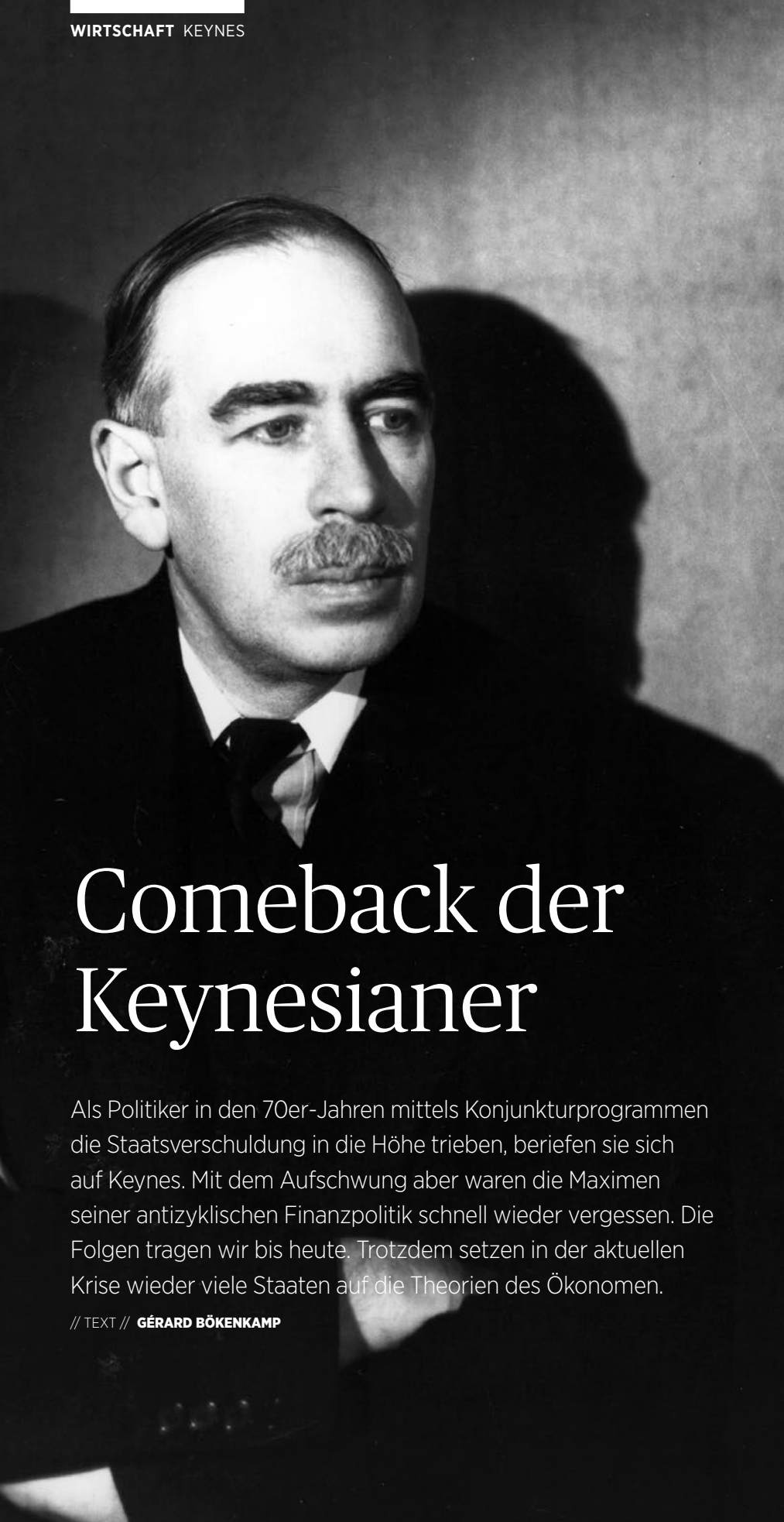
Es ist gut vorstellbar, dass die Schließung von Steuerschlupflöchern in den US-Bundesstaaten Delaware und New Jersey für die jeweiligen Regionen verkräftbar ist. Ob dies auch für Belgien, Luxemburg, die Niederlande und Österreich gilt, bleibt fraglich. Ganz sicher ist aber, dass Andorra (85.000 Einwohner), Bermuda (65.000 Einwohner) und die Cayman Islands (fast 50.000 Einwohner) bei Beseitigung aller Steuerprivilegien einen wirtschaftlichen Niedergang erleben würden, der sich durch verstärkte Tourismusförderung und andere gewerbliche Anstrengungen auch längerfristig nicht ausgleichen ließe.

Die Folge wird sein, dass Steueroasen und staatliche Steuervergünstigungen, auf die EU und OECD nur in geringerem Maße Einfluss haben, von dieser Entwicklung profitieren und neue Steuerschlupflöcher entstehen – vor allem in Asien, im Pazifik und im Nahen Osten.

Alles spricht dafür, dass die Absicht der G8- und G20-Staaten, Steuerschlupflöcher zu schließen, hart umkämpft sein wird. Die Regierungen, die dafür plädieren, müssen mit großer Beharrlichkeit, wahrscheinlich über Jahrzehnte, ihr Ziel verfolgen, wenn sie Fortschritte erzielen wollen. Es geht nur schrittweise. ●



ERNST EGGERS, Diplom-Kaufmann, Staatssekretär a.D. im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz, heute Unternehmensberater in Bonn
ef.eggerts@web.de



Comeback der Keynesianer

Als Politiker in den 70er-Jahren mittels Konjunkturprogrammen die Staatsverschuldung in die Höhe trieben, beriefen sie sich auf Keynes. Mit dem Aufschwung aber waren die Maximen seiner antizyklischen Finanzpolitik schnell wieder vergessen. Die Folgen tragen wir bis heute. Trotzdem setzen in der aktuellen Krise wieder viele Staaten auf die Theorien des Ökonomen.

// TEXT // GÉRARD BÖKENKAMP

Nach der Finanzkrise 2007 haben die Thesen des britischen Ökonomen John Maynard Keynes ein erstaunliches Comeback erfahren. Konjunkturprogramme und Niedrigzinspolitik, Konsumgutscheine und Neuverschuldung werden als Königsweg zur Überwindung der aktuellen Wirtschaftsprobleme betrachtet. Es heißt auch heute wieder in keynesianischer Manier, der Staat dürfe in der Krise nicht sparen, sondern müsse mit neuen Krediten die Wirtschaft ankurbeln. Erstaunlich ist das insoweit, als dass diese Rezepte Ende der 70er-Jahre, nachdem von ihnen ein Jahrzehnt lang reichlich Gebrauch gemacht wurde, als gescheitert galten. Konjunkturprogramme trieben die Staatsverschuldung in die Höhe, die Politik des leichten Geldes beflügelte die Inflation und in Deutschland lag die Arbeitslosigkeit Anfang der 80er-Jahre nach einem Jahrzehnt keynesianischen Wirtschaftens so hoch wie nie zuvor. Keynes' im Folgenden beschriebene Thesen waren originell, aber heute wie damals stellt sich die Frage: Sind sie auch richtig?

1. Der Kapitalismus stagniert, weil die Märkte gesättigt sind

So einfach ist das nicht.

Keynes glaubte an ein psychologisches Gesetz, wonach Menschen mit höheren Einkommen einen geringeren Anteil des Einkommens konsumieren und einen höheren Anteil sparen. Dadurch entstehe ein Dilemma. Es gebe mit steigendem Einkommen immer mehr Ersparnisse und immer weniger Gelegenheit, sie zu investieren, weil die private Nachfrage zu langsam steige.

Foto: Getty Images

Deshalb müsse der Staat als Investor auftreten oder zugunsten der unteren Einkommensschichten umverteilen, die einen höheren Anteil ihres Einkommens konsumieren.

Keynes hat sich keine Mühe gegeben, seine Grundthese, dass die Konsumneigung mit steigendem Einkommen abnehme, zu beweisen. Die Empirie hat seine These jedoch nicht bestätigt. Vielmehr hat sich gezeigt, dass Menschen ihren Konsum ihren finanziellen Möglichkeiten anpassen. Anders als von Keynes erwartet ist die Konsumneigung in den letzten Jahrzehnten nicht gefallen, sondern sogar noch gestiegen. So gaben die Deutschen im Jahr 1970 85 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für den Konsum aus, dieser Wert stieg bis zur Jahrtausendwende auf über 90 Prozent. In den USA wurde in den 90er-Jahren in einigen Jahren sogar mehr konsumiert, als an Einkommen zur Verfügung stand - die US-Amerikaner verschuldeten sich für ihren Konsum. Die Krise kann also wohl kaum darauf zurückgeführt werden, dass die Märkte gesättigt waren.

2. Wenn der Konsum steigt, sinkt die Arbeitslosigkeit

Schön wär's.

Arbeitslosigkeit betrifft nicht alle Branchen und Sektoren auf die gleiche Weise. In der Regel sind bestimmte Branchen von Arbeitslosigkeit besonders stark betroffen. Zusätzliche Konsumausgaben könnten das Beschäftigungsproblem nur dann mindern, wenn die Verbraucher ihr zusätzliches Einkommen nutzen, um Güter und Dienstleistungen aus den Krisenbranchen nachzufragen. Da diese Sektoren in der Regel deshalb in der Krise

stecken, weil ihr Angebot für den Konsumenten nicht attraktiv genug ist, ist das eher unwahrscheinlich. So lange das in den Krisensektoren geschaffene Angebot nicht attraktiver wird, also besser und kostengünstiger, so lange hilft es ihnen auch nicht, wenn der Verbraucher mehr Geld in der Tasche hat. Beispielsweise nutzt es der krisengeschüttelten Immobilienwirtschaft wenig, wenn der Verbraucher mehr Geld für Notebooks und japanische Autos ausgibt oder der griechischen Tourismusindustrie, wenn verstärkt Türkeiurlaube gebucht werden.

3. Um den Wirtschaftsabschwung zu verhindern, kann der Staat mit Konjunkturprogrammen gegensteuern

Nicht in allen Fällen.

Damit ein Konjunkturprogramm wirken kann, muss die Politik wissen, an welcher Stelle des Konjunkturzyklus sich die Wirtschaft befindet. Wenn die Regierung zu früh zu viel Geld einsetzt, kann es sein, dass ihr finanziell die Luft ausgeht, bevor das Konjunkturtief erreicht ist. Womöglich muss sie dann mitten im Konjunkturtief drastisch sparen, um die Zinslast zu bedienen. Wenn sie die Mittel zu spät einsetzt, dann wirken die Konjunkturprogramme erst im Aufschwung und tragen zur Überhitzung der Konjunktur bei. Gerade in einem föderalen System wie der Bundesrepublik ist die Regierung auf die Kooperation der Gebietskörperschaften, besonders der Gemeinden, angewiesen. Investitionen und Bauprojekte müssen einen Genehmigungsprozess durchlaufen und stoßen oft auf Widerstände vor

Ort. Sinnvolle Investitionsprojekte laufen über Jahre und die Ausgaben verteilen sich über einen langen Zeitraum. Bis die öffentlichen Investitionen endlich umgesetzt werden, kann sich die konjunkturelle Lage schon wieder völlig geändert haben. Schnelle Beschlüsse führen oft zu Fehlinvestitionen.

4. Staatliche Investitionsprogramme kurbeln die Wirtschaft an

Die Wirtschaft ist kein Automat.

Keynes glaubte an einen Multiplikatoreffekt: Demnach führen zusätzliche staatliche Ausgaben in einer Rezession dazu, dass die Wirtschaft angekurbelt wird und durch das zusätzliche Wachstum zusätzliche Steuereinnahmen generiert werden. Jede staatliche Ausgabe würde zu einem zwei- bis dreimal so großen Wachstum der Wertschöpfung beitragen. Milton Friedman kam nach ausgedehnten empirischen Studien in verschiedenen Ländern zu dem Schluss, dass sich ein solcher Effekt nicht nachweisen lässt. Andere Kritiker gehen davon aus, dass sich staatliche Investitionen eher negativ auswirken, weil Kapital lediglich aus der privaten Verwendung in die staatliche Verwendung umgeschichtet wird. Es werde deshalb nicht mehr Geld ausgegeben, es werde nur weniger produktiv eingesetzt.

5. Die Schulden im Aufschwung zurückzahlen

Das ist ein Märchen.

Die Keynesianer streben grundsätzlich einen ausgeglichenen Haushalt an, aber dies lediglich langfristig. Im Abschwung soll der »

Es ist also eine offene Frage, ob Keynes selbst tatsächlich Keynesianer war.

Staat Schulden aufnehmen und seine Ausgaben erhöhen, im Aufschwung soll er die Einnahmen zum Schuldenabbau verwenden. In der Realität sieht das anders aus: Im Abschwung nimmt der Staat Kredite auf, die auf Dauer den Haushalt durch höhere Zinszahlungen belasten. Wenn die Krise vorbei ist und die Staatseinnahmen wieder steigen, wachsen auch die Begehrlichkeiten. Der Finanzminister hat es schwer, seinen Haushalt zu verteidigen und Schulden abzubauen, weil seine Kollegen lieber Geld ausgeben wollen.

So steigen die Schulden während des Aufschwunges weiter, nur nicht mehr so schnell wie während der Rezession. Politisch sind Einsparungen am besten in der Krise durchsetzbar, wenn Steuereinnahmen wegfallen. Eine antizyklische Finanzpolitik, wie Keynes sie favorisierte, wäre also nicht dumm, ist aber praktisch nicht umsetzbar.

6. Die Reallöhne müssen steigen, damit auch die Kaufkraft steigt

Keynes sieht das anders.

Diese von Gewerkschaftsseite oft vorgetragene These wird nicht selten Keynes zugeschrieben, aber er selbst hat sie so nicht vertreten. Vielmehr vertrat Keynes in seinem Hauptwerk die Position, dass „im Allgemeinen die Beschäftigung nur zunehmen kann, wenn die Reallöhne gleichzeitig fallen“. Und er fügte hinzu: „Ich bestreite daher diese wesentliche Tatsache nicht, welche die klassischen Ökonomen (ganz richtig) als unantastbar bezeichnet haben.“ Wenn Reallöhne angehoben werden, dann erhöht das

zwar die Einkommen, aber gleichzeitig auch die Kosten für den Unternehmer. Wenn Arbeitnehmer deshalb entlassen werden, gibt es noch weniger Kaufkraft.

7. Durch die Inkaufnahme von Inflation kann die Arbeitslosigkeit gesenkt werden

Nur kurzfristig, langfristig verschlimmert sich die Lage.

Keynes unterschied sich von den klassischen Ökonomen in der Frage, wie diese Senkung der Reallöhne zu erreichen sei. Keynes schlug vor, die Reallöhne zu senken und gleichzeitig die Nominallöhne stabil zu lassen. Er begründete dies damit, dass die Gewerkschaften nicht jedes Mal streiken würden, wenn die Preise steigen, sich aber Nominallohnsenkungen widersetzen. Wenn die Inflation stärker steigt als die Nominallöhne, sinkt die Kaufkraft der Arbeitnehmer-einkommen und somit der Reallohn. So entwickelten keynesianische Ökonomen die These, dass die Regierung sich zwischen den beiden Übeln Inflation und Arbeitslosigkeit entscheiden müsse. Darauf basiert auch die Äußerung des ehemaligen SPD-Bundeskanzlers Helmut Schmidt, 5 Prozent Inflation seien besser als 5 Prozent Arbeitslosigkeit.

Liberale Ökonomen stimmen der These zu, dass durch höhere Inflationsraten zwar kurzfristig die Arbeitslosigkeit gesenkt werden kann, die Gewerkschaften dann jedoch anfangen, die erwartete Inflation in ihre Lohnforderungen einzuspeisen. Damit die Arbeitslosigkeit nicht steigt, muss in der Folge die Inflation noch stärker erhöht werden, was erneut zu höheren Lohnforderungen führt. Diese Lohn-

Preis-Spirale führt schließlich zu dem Punkt, an dem die Zentralbank gegensteuern muss, um eine Hyperinflation zu verhindern. Die Inflation bleibt dann hinter den Lohnforderungen zurück, was zu einer plötzlichen Erhöhung der Reallöhne führt und zu einem rasanten Anstieg der Arbeitslosigkeit.

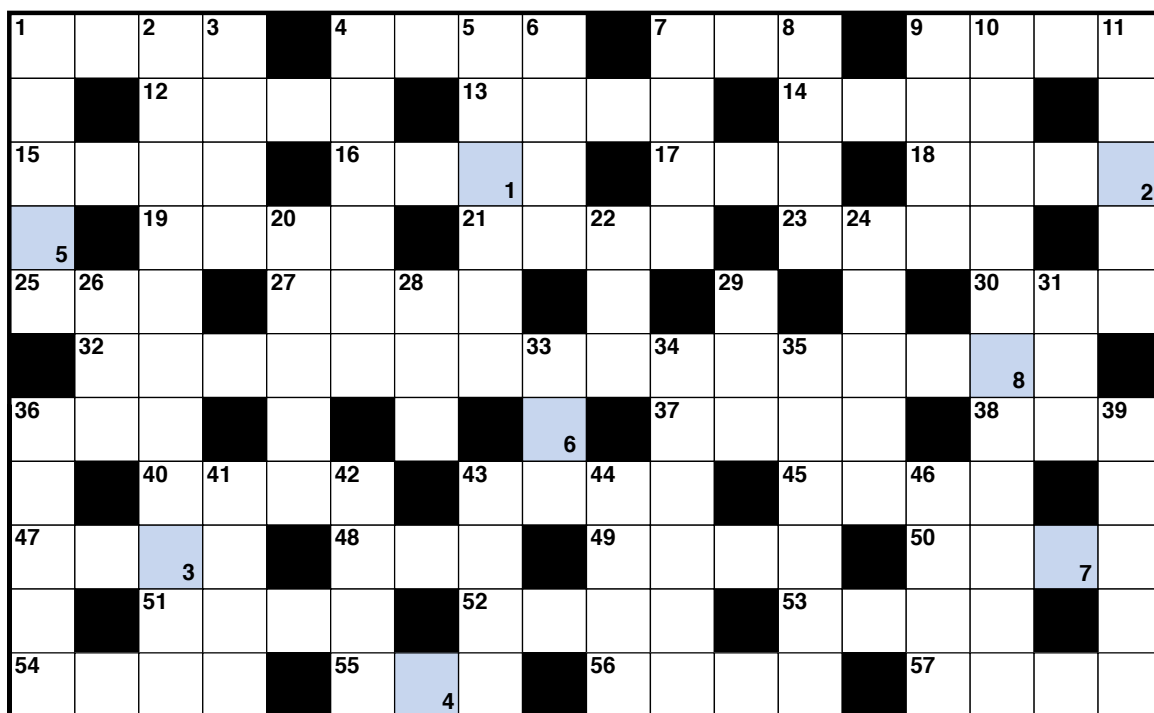
8. War Keynes wirklich Keynesianer?

Zweifel sind angebracht.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden Keynes' Ausführungen aus seinem Hauptwerk „Allgemeine Theorie der Beschäftigung des Zinses und des Geldes“ zu einer volkswirtschaftlichen Großtheorie ausgebaut und viele Nachkriegspolitiker beriefen sich auf ihn. Keynes hatte eigene Positionen immer wieder revidiert. So distanzierte er sich schon kurz nach Erscheinen seines Buches „Vom Gelde“ vom Inhalt. Ob Keynes seinen Thesen treu geblieben wäre, wenn er länger gelebt hätte, wissen wir nicht. Robert Skidelsky, einer der besten Kenner Keynes', merkte an, die Politik der Regierungen der keynesianischen Ära „leitete sich nicht unmittelbar aus seiner Theorie und seinen Empfehlungen ab. Manche Stimmen bezweifeln sogar, ob das Goldene Zeitalter des Keynesianismus überhaupt viel mit Keynes zu tun hatte“. Es ist also eine offene Frage, ob Keynes selbst tatsächlich Keynesianer war. ●



GÉRARD BÖKENKAMP ist Historiker und Referent für Grundsatzfragen, Finanzen und Steuern am Liberalen Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.
gerard.boekenkamp@freiheit.org



1	2	3	4	5	6	7	8
---	---	---	---	---	---	---	---

WAAGERECHT: 1 die nackte Wirklichkeit, 4 Römerkittel, 7 kleiner, ungezogener Schweizer, 9 Fischfutter in Algerien, 12 jedes Beispiel wäre Schleichwerbung, 13 Vorname einer Fratze, 14 englische Leine (mitunter zweckentfremdet), 15 Entwässern des am Sichelzeug, 16 heimatlose Homepage, 17 das Ende einer Ferkelei, 18 amerikanischer Silberling für 10 Cent, 19 Zeuge einer Taufe, 21 verwirrte Maid, 23 Netzgeschwätz, 25 wer was zu sagen hat, hat ihn auf, 27 riesiger Bruder der Anke, 30 passt zwischen Beil und Echse, 32 ein süßes Reittier, 36 lieber dran als ab, 37 linker Rand von Palermo, 38 ein halber Hund, 40 TV für Frankophile, 43 damit ziehen Frauen sich und Männerblicke an, 45 simples Palindrom, 47 Abk. für physikalisch unerklärbarer Neutronenabbau, 48 das Gefühl zorniger Lateiner, 49 Elend – ohne dickes Ende, 50 essbar, wenn aus Käse, 51 beliebter Vorname russischer Fürsten, 52 großer Kübel für Erz, Getreide, Zement..., 53 wird vom Küfer gemacht, 54 mit 4 Blättern ein Glücksfall, 55 letzter Absatz vom Manifest, 56 Ecke – blöd geschrieben, 57 oft kommt es dick.

SENKRECHT: 1 ist beliebt in Stäbchenform, 2 mit der Krankheit muss man auf die Couch, 3 dieses Gewicht kennen nur reiche Inder, 4 T-Shirt, sehr knapp bemessen, 5 Ohrenschmaus für den Tenno, 6 muss rein und raus, 7 macht nicht glücklich, aber beruhigt, 8 französischer Bulle, 9 ein ungarischer Pianist in Andalusien, 10 damit fährt der Chef, 11 wenn es z. B. an 7 senkrecht fehlt, 20 Tinte im Gesicht (verwischt), 22 Drillch ohne militärische Ausbildung, 24 Schiffsparkplatz, 26 gibt es mit und ohne Zeiger, 28 in der Mitte vom Traktat, 29 so fängt Gnade an, 31 Vorname eines griechischen Gebirges, 33 den findet, wer im griechischen Alphabet bis 22 kommt, 34 Epi hat geschwindelt, 35 im Ansatz verzogene Flanke, 36 lässt Säule wackeln, 39 kurz für: Untergrund – Elle, 41 hinterer Teil der Garage, 42 irisches Geseire, 43 Matrosen wünscht man, dass er bricht, 44 Speisefisch, noch nicht gar, 46 abgebrochenes englisches Messer.

AUFLÖSUNG – waagerecht: 1 Fakt, 4 Toga, 7 Göt, 9 Alge, 12 Logo, 13 Atze, 14 Line, 15 Siet, 16 Page, 17 Lei, 18 Dime, 19 Pate, 21 Amid, 23 Chat, 25 Hut, 27 Enak, 30 Eid, 32 Honigkuchenpferd, 36 Arm, 37 Pale, 38 Wau, 40 Arte, 43 Mini, 45 Anna, 47 Puna, 48 Ira, 49 Elen, 50 Igel, 51 Igor, 52 Silo, 53 Küte, 54 Klee, 55 Est, 56 Egge, 57 Ende **senkrecht:** 1 Fisch, 2 Kleptomane, 3 Tola, 4 Topeng, 5 Gagaku, 6 Atem, 7 Geld, 8 Flie, 9 Anda, 10 Leiterwagen, 11 Elend, 20 Teint, 22 Ich, 24 Haren, 26 Uhr, 28 Akt, 29 Gna, 31 Ida, 33 Chi, 34 Epilog, 35 Planke, 36 Aspek, 39 Uelle, 42 Eire, 43 Mast, 44 Nete, 46 Nite **Lösungswort:** GENSCHER

Unsoziale Sozial- unternehmer

Wasser predigen und Wein trinken ist keine Sache des Klerus allein. Auch die SPD, die sich gern als Bollwerk der sozialen Gerechtigkeit geriert, unterläuft ihre eigenen Ansprüche, sobald sie selbst als Arbeitgeber auftritt. Und die deutschen Wohlfahrtsverbände stehen ihr darin in nichts nach.

// TEXT // JAN-PHILIPP HEIN // FOTOS // BORIS EICHLER

Manchmal fällt es schwer, die Erregungsökonomie zu verstehen. Nehmen wir die SPD: Vielen Genossen ist ihr Kanzlerkandidat Peer Steinbrück etwas unangenehm. Der Mann trinkt lieber Wein als Bier, wirkt in jedem Unterbezirk ähnlich deplatziert wie eine Nonne im Nachtclub, und dann sind da auch noch diese dauernden Patzer: Mal geht es um vergleichsweise üppige Honorare für Reden bei städtischen Gesellschaften, dann muss er eine öffentliche Absage für ein Abendessen mit dem italienischen Staatspräsidenten Giorgio Napolitano kassieren.

Denn zuvor hatte der SPD-Kandidat zum Ausgang der Wahlen in Italien vernehmen lassen: „Bis zu einem gewissen Grad bin ich entsetzt, dass zwei Clowns gewonnen ha-

ben.“ Auch die an sich nicht unzutreffende Idee, das Kanzlergehalt könnte höher sein, verstand Steinbrück zu einem denkbar schlechten Zeitpunkt zu äußern. Irgendwie ist es also auch kein Wunder, dass „Pannen-

350 Mitarbeitern der *Frankfurter Rundschau* winkt die Arbeitslosigkeit.

Peer“ oder „Problem-Peer“ zu festen Wendungen im Politikbetrieb geworden sind.

Nur: Jedem anständigen Sozi müsste viel peinlicher sein, dass er sich vom NDR erzählen lassen muss, seine eigene Partei bezahle ihren Reinigungskräften weniger als den

Mindestlohn, den man sonst permanent fordert. Es ist unerklärlich, warum folgende NDR-Recherche in Mecklenburg-Vorpommern, die mit dem Kern des Selbstverständnisses der SPD zu tun hat, vor wenigen Wochen einfach unterging: „Die SPD umgeht ihre eigene Forderung nach einem Mindestlohn von 8,50 Euro“, meldete der Sender schnörkellos – und kaum etwas geschah. Wir stellen uns mal kurz vor, den Grünen könnte nachgewiesen werden, sie bezögen den günstigsten Atomstrom und ihre Mitarbeiter bekämen Essensgutscheine für McDonald's. Worin bestünde der Unterschied?

Dass es kein Zuckerschlecken ist, für die Partei des kleinen Mannes zu arbeiten, erfuhren jüngst auch die Mitarbeiter der *Frankfurter Rundschau* (FR), die bis vor kurzem M. DuMont Schauberg (unter anderem *Kölner Stadt-Anzeiger*) und der Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft (DDVG) gehörte. Die DDVG ist Medienbeteiligungsunternehmen der SPD und zu 100 Prozent im Besitz der Partei.

Die Gesetze des Marktes konnten die Sozialdemokraten jedoch nicht aushebeln. Vergangenes Jahr ließen die FR-Gesellschafter das defizitäre Blatt in die Insolvenz gehen. 28 FR-Mitarbeiter übernahm die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ). Doch etwa 350 Mitarbeitern der FR winkt die Arbeitslosigkeit. Da kann der ehemalige Betriebsratsvorsitzende des linken Blattes, Viktor Kalla,

noch so sehr von einer „moralischen Verpflichtung“ der SPD sprechen und anprangern, es sei „die größte Sauerei“, das Thema mittels einer Insolvenz zu regeln. Jahrelang hätten die Beschäftigten auf Teile ihrer Gehälter verzichtet und damit ihren Beitrag



ARBEITGEBER GEWERKSCHAFTEN: Auch wenn sie sonst oft mehr Lohn fordern, gönnen sie ihren Angestellten durchaus mal Nullrunden.

zu einer Sanierung des Unternehmens geleistet. Das Geld müsse man den Menschen eigentlich zurückgeben, forderte Kalla.

Wie passt es zusammen, dass ein SPD-Kanzlerkandidat, der lieber Wein als Bier trinkt, zum Gipfel der Peinlichkeit erklärt wird, während sich die Empörung in engen Grenzen hält, wenn die SPD als Arbeitgeber den Turbokapitalisten gibt? So viel Bigotterie ist selten.

Dabei ist es gar nicht selten, dass die vermeintlich Guten, Gerechten und Sozialen ihre Mitarbeiter knechten, dass es einem gestandenen Manchester-Kapitalisten unangenehm wäre. Beispiel Kirche: Die *WirtschaftsWoche* (WiWo) enthüllte Anfang April, dass Arbeitgeber wie Caritas und die Diakonie Lücken im Sozialrecht nutzen, um für ihre Mitarbeiter keine Sozialabgaben zahlen zu müssen. Der Trick: Minijob und die sogenannte Übungsleiterpauschale würden kombiniert. Die Pauschale ermöglicht es den Trägern, ihren Mitarbeitern 2400 Euro steuer- und abgabenfrei zu bezahlen. Die Unions-Bundestagsfraktion warnt deshalb: „Die Übungsleiterpauschale wird offenbar vermehrt als regulärer Lohnbestandteil missbraucht.“ Das sagte bereits im März der sozialpolitische Sprecher Karl Schiewerling. Diese Abrechnungstricks müssten unterbunden werden, notfalls sogar mit einem schärferen Regelwerk

Denn eigentlich habe die Koalition „mit der Erhöhung von Freibeträgen die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und Ehrenamts zum Ziel gehabt und nicht die Senkung des Personalkostenschlüssels von professionellen Anbietern von Dienstleistungen - auch wenn diese als gemeinnützig anerkannt sind“. Die WiWo-Rechercheure fanden heraus, dass so im ambulanten Pflegebereich fast flächendeckend getrickst wird: Über spezielle Handreichungen würden die Kirchenunternehmen ihre lokalen Dienste über die Möglichkeiten zur Umgehung der Sozialabgaben informieren. »

Als große Trickserin fiel Anfang 2011 auch die Arbeiterwohlfahrt München (AWo) auf. Mehr als 100 Mitarbeiter wurden kurzerhand aus der Gesellschaft ausgegliedert. Warum? Um nicht noch mehr Betriebsräte freistellen zu müssen. Der *Süddeutschen Zeitung* (SZ) gelang das Kunststück, dem AWo-Chef Jürgen Salzhuber ein banales und doch überraschendes Geständnis zu entlocken: „50.000 bis 60.000 Euro kostet uns das pro Jahr, das ist in zehn Jahren eine halbe Million Euro“, sagte der Wohltaten-Manager dem Blatt.

Sogar ein Gewerkschafter fand damals klare Worte von Arbeiterführer zu AWo-Führer: Verdi-Sekretär Heribert Weyrich: „Kaum ein kapitalistischer Arbeitgeber würde sich diese Blöße geben.“ Aber was ist mit den Gewerkschaften, die ja auch Arbeitgeber sind?

Vor der Zentrale des Deutschen Gewerkschaftsbundes demonstrierten im Februar rund 150 Menschen mit allem, was dazugehört: Schildern, Trillerpfeifen und Streikwesten. Adressat des Streiks: Die Führung der „DGB Rechtsschutz“. Das ist die Gewerkschaftsfirma, in der die Anwälte beschäftigt sind, die Gewerkschaftsmitglieder bei ar-



wachs - schlappe 6,5 Prozent. Dass die Chefs der Arbeitnehmervertretungen ihren Mitarbeitern auch mal Nullrunden verordnen wollten und ihren internen Gesamtbetriebs-

Wahlkreis- und Abgeordnetenbüros der Volksvertreter beschäftigt. Jeder Bundestagsabgeordnete (MdB) bezahlt seine „Leibeigenen“ - jedenfalls will Verdi erfahren haben, dass diese so genannt würden - aus seiner monatlichen Pauschale. Die Arbeitsverträge werden zwar von der Bundestagsverwaltung gemanagt, aber das Arbeitsverhältnis besteht zwischen dem Abgeordneten und seinen Mitarbeitern. So unterhält jeder MdB auch ein kleines Unternehmen mit einer Handvoll Mitarbeitern. Nur in den seltensten Fällen gründen diese einen Betriebsrat.

Das könnte Peer Steinbrück dann ja mal auf die Agenda des Parlamentes setzen - im Herbst, als Fraktionsvorsitzender. ●

Mehr als **100** Mitarbeiter wurden kurzerhand aus der Gesellschaft ausgegliedert.

beitsrechtlichen Auseinandersetzungen gegen die bösen Kapitalisten vertreten. Zuvor war bekannt geworden, dass die Beschäftigten der DGB-Firma noch nicht einmal einen Prozent mehr Lohn bekommen sollten.

In der Tarifauseinandersetzung mit den Bundesländern forderten die Gewerkschaftsbosse freilich etwas mehr Lohnzu-

rat gegen sich hatten, wird nach der bisherigen Lektüre niemanden mehr verwundern.

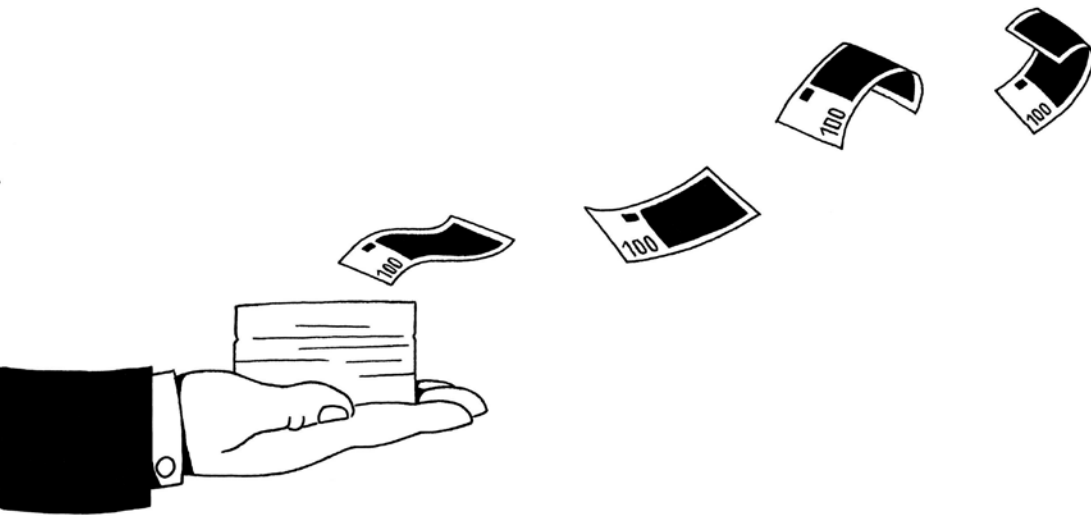
Richtig aufregen konnte sich Verdi aber im Jahr 2009 über den „Arbeitsplatz Bundestag“. „Die Beschäftigten des Volkes“, so klagte die Gewerkschaft in einer Hauszeitschrift, „arbeiten noch immer in einem demokratiefreien Raum.“ Und das ist gar nicht mal falsch. Tausende Beschäftigte sind in den



JAN-PHILIPP HEIN handelt seine Arbeitsbedingungen am Betriebsrat vorbei mit sich selbst aus. Er lebt und schreibt in der zauberhaften Gastronomie Bremens. redaktion@libmag.de

IN JEDER AUSGABE VON LIBERAL BELEUCHTEN WIR GEMEINSAM MIT DEM BUND DER STEUERZAHLER
DEN UMGANG MIT UNSEREN STEUERGELDERN. THEMA DIESMAL:

POLYCHROMIE IN PANKOW



Seit April 2012 kann man im Berliner Bezirk Pankow Bürger dabei beobachten, wie sie etwas ratlos neu aufgestellte Kunstinstallationen betrachten. Es handelt sich um vier Stelen. Sie tragen den Titel „Polychromie architekturelle“ und sind das Ergebnis eines Kunstwettbewerbs aus dem Jahr 2010.

Die Leuchtstelen sollen, so die Künstlerin Veronika Kellndorfer, Signetflächen sein, „destilliert aus den jeweiligen Flurplänen der Plätze und Straßen Pankows“. Die Lichtobjekte changieren zwischen konstruktivistischer Formensprache und Straßenschildern, die ihrer Bedeutung enthoben sind, heißt es auf der Internetseite des Bezirksamts. Zudem seien sie damit deutlich sichtbar und als eigenständige plastische Arbeiten irritierende Momente im alltäglichen pulsierenden städtischen Leben, wird die Künstlerin zitiert. Die Kosten: Der Wettbewerb war mit 130.000 Euro

dotiert, wovon 25.000 Euro auf das Künstlerhonorar entfielen. Die Zinsen für die zusätzlichen Schulden schlagen mit über 5.000 Euro und die Folgekosten für Strom und Wartung mit rund 950 Euro jährlich zu Buche.

Nach einer Verwaltungsvorschrift sind in Berlin abhängig von der Größenordnung eines Hochbauvorhabens grundsätzlich innerhalb gewisser Grenzen rund ein bis zwei Prozent für Kunst im Stadtraum beziehungsweise Kunst am Bau im Haushaltsansatz einzuplanen. In diesem Fall waren es Straßenbauprojekte in Pankow.

Der Bund der Steuerzahler kritisiert diese Verwaltungsvorschrift, schließlich müssten solche Kunstmaßnahmen zu 100 Prozent durch neue Schulden finanziert werden, wenn man davon ausgeht, dass anderes Priorität hat, zum Beispiel sichere Gehwege.

Denn fast gleichzeitig, im Juli 2012, verurteilte der Bundesgerichtshof das Land

Berlin wegen schuldhafter Amtspflichtverletzung zu Schadenersatz und Schmerzensgeld an eine Rentnerin - wegen eines Vorfalles eben dort in Pankow. Die Dame war auf einem der maroden Gehwege des Stadtbezirks gestürzt und hatte sich schwere Verletzungen zugezogen.

Das Land Berlin hatte sich in dem Rechtsstreit in einem argumentativen Klimmzug darauf berufen, seine jahrelange Untätigkeit stelle deswegen keine Pflichtverletzung dar, weil die Gefahrenlage so gravierend sei, dass diese von einem durchschnittlich sorgfältigen Fußgänger bereits bei flüchtigem Hinsehen ohne Weiteres bemerkt werden könne.

Das Gericht beeindruckte das nicht. Auch das Argument der fehlenden finanziellen Leistungsfähigkeit Berlins über Jahre hatte der BGH nicht gelten lassen. ●

Kontakt: info@steuerzahler.de

RAUMGESTALTER



Pfahl in Strick: Yarn Bombing heißt das außerhäusliche Platzieren von Handarbeiten, wie es Kunstlehrerin Patricia Montag (r.) praktiziert.



Fotos: Frank Röhre

Sprayer, wilde Stricker oder Guerillagärtner verändern das Stadtbild. Zwischen kreativer Selbstverwirklichung und Sachbeschädigung verläuft zuweilen ein schmaler Grat. Die Street Art stellt die Frage in den öffentlichen Raum, inwieweit Bürger die Freiheit haben, an seiner Gestaltung mitzuwirken.

// TEXT // **RALF KALSCHUR** ►





Nicht-Orte sind Räume, die keine Identität stiften und kein Verhältnis schaffen, sondern Ähnlichkeit und Einsamkeit. Der französische Anthropologe Marc Augé, auf dessen Theorien der Begriff zurückgeht, bezeichnet damit einen Zustand kommunikativer Verwahrlosung, der in Shoppingcentern, Hochhaussiedlungen oder Funktionsorten im urbanen Raum wahrnehmbar ist. Ein besonders unwirtliches Beispiel für die Ortlosigkeit eines Transitraums ist der Berliner Alexanderplatz. Dort haben die Wurstbuden Beine, weil die Menschen immerzu huschen, hin zu Plätzen, die zum Verweilen besser geeignet sind.

In dieser Durchgangsatmosphäre entwickelt Patricia Montags Straßenkunst eine besonders irritierende Wirkung: Plötzlich ist da etwas Buntes, Weiches, Sanftes im brutalistischen Bild, das da eigentlich nicht hingehört. „Festhaltestelle“ nennt Montag ihr Woll-Graffito, das dem Geländer an einer Straßenbahnstation auf wundersame Weise die Kälte des Objekts nimmt. Durch den schrulligen Wollschlauch, an dem gestrickte Handschuhe baumeln, wird das Geländer zu einem Sympathieträger, einem emotionalen Bezugspunkt in der genormten Funktions-

umgebung. Passanten verlangsamen ihren Gang, um genauer hinzugucken oder die gerade an dieser Stelle so altmodisch anmutende Handarbeit zu fotografieren.

Freundliches Yarn Bombing

„Es geht mir darum, Marken zu setzen“, erzählt Patricia Montag, „Menschen mögen stehen bleiben und sich umschauen, sich der Umgebung bewusst werden.“ Die Kunstlehrerin hat ihr Faible fürs Guerilla Knitting vor gut drei Jahren entdeckt, in Deutschland gehörte sie damit zu den Wildstrickerinnen der ersten Stunde. Ursprünglich stammt diese Spielform der Street Art aus Texas: Eine Gruppe Strickerinnen mit dem Namen „Knitta please!“ begann 2005 damit, Woll-Graffiti an Pfosten und Schildern zu befestigen. Im Mutterland des „Yarn Bombing“ wagte auch Montag ihre ersten wollaktionistischen Gehversuche: „Während einer USA-Reise hat es mich erwischt. Ich habe zunächst große Steine umhäkelt, an Stellen, die mir irgendwie aufgefallen waren. Nach und nach habe ich dann den Mut gefunden, auch in der Stadt Woll-Graffiti zu hinterlassen.“

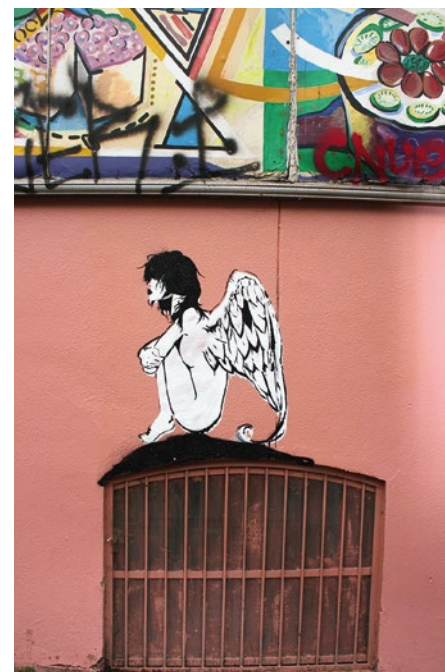
Zurück in Berlin, waren Pfeiler, Skulpturen, Zäune, selbst Bäume nicht mehr sicher vor der Handarbeit der heute 53-jährigen. Montag dokumentiert alle Stücke auf ihrer Woll-Graffiti-Homepage. Sie erhalte in E-Mails und Briefen viel Zuspruch, sagt sie. Ärger mit Behörden hatte die Wildstrickerin bislang nicht: „Ich beschädige ja nichts, denn meine Woll-Graffiti sind leicht abzumachen.“

Die wollweiche Street Art dient nicht nur dekorativen Zwecken, manches Stück transportiert auch politische Botschaften. Feministinnen greifen zur Nadel, um als „Strickistinnen“ ironisch mit der tradierten Geschlechterrolle zu spielen. Als in Wien vor zwei Jahren 20.000 Menschen für Frauenrechte demonstrierten, markierten Knittings der Kunstaktion „Knit her story“ den Weg der Frauenbewegung seit 1911. Künstler wie Strick & Liesel aus Nordrhein-Westfalen setzen aufs Radical Stitching als Masche, um etwa ihrer Abneigung gegen die Atomkraft Ausdruck zu verleihen. Beim G8-Gipfel 2013 in Nordirland erregten Yarn-Bomber, bunt „vermummt“ mit gestrickten

Sturm_masken, große mediale Aufmerksamkeit für ihren Protest.

Das Guerilla Knitting findet immer mehr Freunde, und mittlerweile teilt diese Spielart der Street-Art darum ein Problem mit ihrer Verwandten: Ebenso wie die Sprayer, so finden auch die Stricker zu wenige legale Bereiche für ihre Graffiti. Mit Zustimmung der Behörden darf etwa in Münster ein Straßenabschnitt im Rahmen der Kunstaktion „Hand drauf!“ mit Strickereien verziert werden. Aber nur für eine Weile, danach wird die Wolle wieder entfernt. In Datteln werden der Sprayerszene allen Ernstes sieben Stromverteilerkästen als Graffiti-Freiflächen angepriesen, Entwürfe seien vorher zur Begutachtung bei der Ruhrgebietsstadt einzureichen: „Farben und Ideen bringen die Sprayer mit.“

Die nichtkommerzielle Kunst im öffentlichen Raum nimmt sich ihren Platz, Beifall findet sie im Internet. Wer zufällig auf eine Installation, ein Bild oder Schild trifft, kann seine Beobachtung in viel besuchten Facebook-Gruppen oder Fotogalerien teilen, die es längst für nahezu jede Stadt gibt. Die



Portale sind Dokumentationsorte der vergänglichen Kunst, Netzwerke für Gleichgesinnte, zuweilen auch Keimzellen organisierter Kreativität.

Legendär in der Szene ist die Guerilla-Aktion von 22 Künstlern, die im August 2006 im Laufe einer Nacht überfallartig Wuppertal heimsuchten. Sie hängten riesige Schilder an die Schwebebahn, stellten Skulpturen auf, bemalten Wände. Unter dem Titel „We come at night: A Corporate Streetart Attack“ wurde die Aktion als Buch und Dokumentarfilm verewigt. Dass eine Getränkefirma den Kunstüberfall sponserte, wie später herauskam, tat der urbanen Legende kaum Abbruch. Die mitunter apokalyptischen Motive, teils verbunden mit überlebensgroßen Fotos nichts ahnender Schwebebahnfahrer, provozierten hitzige Debatten in der Stadt. Die Polizei ermittelte wegen Sachbeschädigung.

Drohneinsatz geplant

Jurij Paderin stand während seiner Sprayerkarriere schon mehrfach vor dem Richter. Als der heute 33-Jährige schließlich dabei erwischt wurde, wie er gerade eine denkmalgeschützte Fassade bemalte, wurde es ernst. „Der Richter hat mir gesagt: ‚Beim nächsten Aufgriff müssen wir Sie leider zurück nach Russland schicken‘“, erinnert sich Paderin. Diese Warnung zeigte Wirkung. „Ich bin 1990 als politischer Flüchtling aus St. Petersburg nach Berlin gekommen. In der ehemaligen Sowjetunion war alles grau, und hier war ich nun im Westen angekommen. Ich habe mich beim Malen frei gefühlt“, erklärt Paderin. Die Szene und seine Crew wollte der arbeitslose Mediengestalter trotz Angst vor der Abschiebung nicht verlassen. Er fand einen anderen Weg aus der Illegalität.

„Ich bin aus der Deckung gekommen und habe einfach mal an Türen geklopft und nach legalen Flächen gefragt“, erzählt Paderin. Der Russe fand schnell Gehör und Mitstreiter, die vor eineinhalb Jahren die „Graffiti Lobby“ gründeten, ein Netzwerk verschiedener Jugendinitiativen und Vereine. Paderin ist ihr Sprecher und damit so etwas wie der inoffizielle Graffiti-Beauftragte Berlins. Denn die Hauptstadt hat

Aus der Deckung gekommen:
Jurij Paderin von der Graffiti-Lobby kämpft für legale Wände.



keinen offiziellen, im Gegensatz zu vielen anderen Städten mit weit geringeren Graffiti-Problemen.

„Die Lobby trifft mit den Eigentümern Abmachungen, welche Wände frei sind und dass die Sprayer keinen Müll hinterlassen“, so Paderin. Im Gegenzug können sich die in Ruhe gelassenen Sprayer Zeit nehmen für ihre Kunst, statt in Nacht- und Nebelaktionen oft lausige Writings aus der Dose zu holen. Frust und Aggression weichen der Konzentration auf Spraytechniken, auf den Flow der gleichmäßigen Handbewegung.

Die Entfernung illegaler Graffiti kostet viel Geld, das besser in Jugendprojekte investiert wäre, meint die Lobby. Allein die Berliner Verkehrsbetriebe geben für den



»



Säen und ernten: Der Prinzessinnengarten in Kreuzberg gilt als Keimzelle der Gardening-Bewegung in Berlin.



Kampf gegen die Sprühgemälde jährlich rund sechs Millionen Euro aus. Die Bundespolizei plant gar den Einsatz von Drohnen, um Sprayer auf weitläufigen Bahngeländen aufzuspüren. Der Haus- und Grundeigentümerverband schätzt den bundesweiten Aufwand zur Graffiti-Entfernung auf 500 Millionen Euro jährlich, die Hälfte davon müssten private Eigentümer tragen. „Die Jugendlichen zu kriminalisieren ist aber keine Lösung“, sagt Paderin und verweist auf den Tourismusfaktor der Straßenkunst für Berlin: Es sollten viel mehr legale Wände zur Verfügung gestellt werden. Doch die werden nicht den Kick des Verbotenen ersetzen, den mancher Sprayer sucht. Da ist Pädagogik gefragt.

Lobbyarbeit im Graffiti-Unterricht

Im Dathe-Gymnasium in Friedrichshain gab Jurij Paderin im Herbst 2012 die ersten Graffiti-Stunden Berlins. Im Wahlpflichtunterricht der 10. Klasse zeigte der Sprayer den 14- bis 16-jährigen Schülern in acht Unterrichtseinheiten den richtigen Umgang mit der Dose, lehrte Graffiti-Geschichte - und erzählte aus seiner kriminellen Vergangenheit. „Das war authentische Abschreckung und hat den Schülern deutlich gemacht, was ihnen droht, wenn sie beim illegalen Sprayen erwischt werden“, erklärt Schulleiterin Helmke Schulze. Die Unterrichtsgestaltung hatte Paderin mit zwei Kunstlehrerinnen der Schule erarbeitet, am Kursende stand eine Klassenarbeit an. „Das Projekt ist bei Schülern und im Kollegium sehr gut angekommen“, erzählt Schulze, die das Fach Graffiti samt einschlägig vorbestrafter Lehrpersonal gern in den Regelunterricht integriert sähe. Noch muss die Schule das Zusatzangebot aus eigenen Mitteln finanzieren.

Der Erfolg des Pionierprojekts an der Dathe-Schule sprach sich herum. Zehn

Berliner Brennpunktschulen wollen Graffiti-Kurse zusätzlich zum Regelunterricht anbieten, in Zusammenarbeit mit Sprayern aus der Graffiti-Lobby. Paderin kämpft dafür um Fördermittel und arbeitet an einem Konzept, das bald im Abgeordnetenhaus vorgestellt werden soll. Einen erfreulichen Nebeneffekt zeitigte das neue Unterrichtsmodell in Friedrichshain bereits. „Im Nachgang haben uns Leute aus dem Kiez angesprochen und freie Flächen für unsere Schüler angeboten“, erzählt Helmke Schulze. Vorab entworfene und mit Sorgfalt aufgebrachte Graffiti seien den Nachbarn allemal lieber als hastige Tags oder Unflat.

Mit den Mitteln der Street Art versuchen Aktivisten seit einigen Jahren auch die Städte grüner zu machen. Sie schlagen etwa Einkaufswagen mit Folie aus, befüllen die rollenden Beete mit Erde und ziehen Gemüse. Abgestellt inmitten betonierter Stadtstrukturen erwächst ein Signal: Jeder kann gießen, jeder kann ernten. Kaugummiautomaten geben Saatgutkapseln aus und auf Facebook verabredet sich die Sonnenblumen-Guerilla zum massenhaften Säen. Das Bepflanzen städtischer Grünanlagen ist illegal, doch Grünflächenämter tolerieren die Praxis wohlwollend.

Bewegung der Grünen Daumen

Am sichtbarsten ist das Guerilla Gardening bei der Baumscheibenbegrünung. In der Erde rund um Straßenbäume pflegen Anwohner Blumenbeete. So sind bereits unzählige Kleinstgärten entstanden, in denen ein Verantwortungsgefühl für den Raum vor der

eigenen Haustür blüht. „Manchmal ist aber ein bisschen viel Liebe dabei“, sagt Beate Profé, Referatsleiterin für Stadtgrün in der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt. „Wenn kleine Zäunchen aufgestellt werden, müssen die Bezirke wegen der Stolpergefahr eingreifen. Rollrasen zu verlegen ist auch keine wirklich gute Idee fürs Wildgärtnern.“

Profé beobachtet, dass sich immer mehr Gruppierungen um Gartenflächen in der Stadt bemühen. „Interkulturelle Gärten sind stadtweit in großer Zahl entstanden, ebenso wie Gemeinschaftsgärten, die Nachbarn im Kiez zusammen betreiben. Diese Flächenvereinbarungen in den Bezirken sind moderne Formen des immer noch starken Kleingartenwesens und zeigen, dass die Menschen wieder gärtnern wollen.“

Auf Seiten wie stadttacker.net vernetzen sich Gartenaktivisten und gründen allerorten neue Community Gardens. Eine Keimzelle der Bewegung in Deutschland ist der Prinzessinnengarten in Kreuzberg. Im Sommer 2009 nahmen es einige Gartenaktivisten in die Hand, auf einer Brache Nutzgärten anzulegen. Innerhalb weniger Wochen halfen 150 Freiwillige, die 6000 Quadratmeter große Baulücke urbar zu machen. Als sich Ende 2012 Investoren für das landeseigene Grundstück interessierten, haben mehr als 30.000 Menschen eine Online-Petition für den Erhalt des Gartens unterzeichnet. Mit Erfolg: Der Pachtvertrag wurde verlängert.

Der Nicht-Ort, Folge eines Bombenangriffs im Zweiten Weltkrieg, wurde zurückerobert und hat sich zu einem Biotop entwickelt, in dem naturfern aufwachsende Kinder die Wertschätzung von Erde erfahren: ihren Duft, ihre lebensspendende Kraft. Samenbombenbastler der nächsten Generation. ●



Dieses Stück hat **RALF KALSCHOUR** gestrickt, der als freier Autor in Berlin lebt und arbeitet. In der Zeitungsszene markiert er seine Arbeiten zuweilen mit dem Tag „raka“
redaktion@ktgb.de





Bismarck, Bebel – und wer war da noch?

// TEXT // **MICHAEL MIERSCH** // ILLUSTRATIONEN // **BERND ZELLER**

Ob Kaiser, Führer oder Staatsratsvorsitzender: Alle Repräsentanten deutscher Unfreiheit im 20. Jahrhundert erklärten den Liberalismus zum unerwünschten Ausländer. Einem guten deutschen Untertanen, Volksgenossen oder Genossen sei es wesensfremd, die Freiheit des Einzelnen als höchstes Gut zu ehren. Solches Denken komme von den Engländern und Amerikanern, windigen Seefahrern und Auswanderern ohne Bindung an die Scholle. Und in gewisser Weise hatten sie ja recht: Hume, Smith und Mill waren Angelsachsen. Der weltweit einflussreichste deutsche Denker hieß Karl Marx. „Der Hass gegen den Liberalismus ist das Einzige, in dem die Deutschen einig sind“, schrieb der österreichische Ökonom Ludwig von Mises 1927. Dies gilt bis heute. Der Glaube, dass der Staat alles am besten regelt, ist in der Bevölkerung und besonders in den kulturellen Eliten fest verankert.

Im Jahr 2005 fragte das Institut Infratest die Bundesbürger, was sie von folgender Aussage hielten: „Der Sozialismus ist eine gute Idee, die bislang nur schlecht ausgeführt worden ist.“ 61 Prozent der Befragten stimmten dem zu. Den Satz „Es muss einen dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus geben“, fanden 65 Prozent richtig. Ich befürchte, an dieser Mehrheit hat sich seither nicht viel geändert.

Stehen Liberale in Deutschland demnach auf verlorenem Posten? Vielleicht. Aber das liegt nicht an mangelnder Tradition. Freiheitliche Ideen spielten in der deutschen Geschichte eine

herausragende Rolle, auch wenn kaum etwas davon in den Schulbüchern steht und in politischen Debatten selten Bezug darauf genommen wird.

Noch relativ bekannt sind einige Schriftsteller des Vormärz und Revolutionäre von 1848. Namen wie Blum, Heine und Börne kommen gelegentlich sogar im Schulunterricht vor. Wilhelm von Humboldt wird zwar als Diplomat und Geisteswissenschaftler geehrt, seltener jedoch als liberaler Denker. Von Friedrich August von Hayek und den anderen Ökonomen der österreichischen Schule haben manche Bildungsbürger schon mal gehört, sofern sie sich mit wirtschaftlichen Fragen befassen.

Ein weißer Fleck in der Geschichte der Freiheitsidee ist jedoch die wilhelminische Epoche. Dabei gab es gerade in dieser Zeit herausragende liberale Köpfe. Im öffentlichen Gedächtnis blieben jedoch nur Bismarck und sein Gegenspieler Bebel haften. Beide waren durch und durch staatsgläubig, misstrauten der Marktwirtschaft und dem Freihandel. Doch es gab damals noch einen anderen, der dem eisernen Kanzler im Reichstag das Durchregieren schwer machte. Bismarck verabscheute an ihm den „oppositionellen Duft, welche die ganze Person umgibt“. Dieser andere war Eugen Richter. Eugen wer? Zu Lebzeiten war er mindestens so prominent wie Bebel. Doch heute erinnert sich kaum mehr jemand an ihn. Selbst vielen FDP-Mitgliedern ist sein Name nicht geläufig. Dabei könnte man die von Richter stark geprägte Deutsche Fortschrittspartei als Urahn der FDP betrachten.



Richter trat entschieden für den die Gründerjahre beflügelnden Freihandel ein und war ein scharfer Gegner der Sozialisten, deren Freiheitsrechte er jedoch gegen die Sozialistengesetze Bismarcks verteidigte. Früh warnte er vor Flottenträumen und Kolonialabenteuern und bekämpfte den preußischen Obrigkeitsstaat. Er war weltoffen, jedoch ein Erbsenzähler, wenn es um das Steuergeld der Bürger ging. Von der heute üblichen Unterscheidung zwischen Wirtschaftsliberalen und Bürgerrechtsliberalen hielt Richter nichts. „Die wirtschaftliche Freiheit hat keine Sicherheit ohne politische Freiheit“, schrieb er, „und die politische findet ihre Sicherheit nur in der wirtschaftlichen Freiheit.“ Konservative und Sozialisten bekämpften den Freihandel damals ebenso wie heute. Das Schmähwort „Manchestertum“, das Lassalle erfunden hatte, klebte allen an der Stirn, die für freie Märkte und gegen Zölle eintraten. Sie wurden als Agenten englischer Interessen dargestellt. Frühzeitig erkannte Eugen Richter die Gefahr des stärker werdenden Antisemitismus und stellte sich dagegen: „Die antisemitische Bewegung erscheint bei Weitem verwerflicher als die sozialistische Agitation. Sie richtet sich nicht bloß gegen äußere Besitzverhältnisse, sondern gegen die Menschen an sich und ihre Abstammung.“

Auch die Zukunft des Sozialismus sah der heute fast vergessene Urliberale erstaunlich klar voraus. 1891 verfasste er ein Büchlein, in dem er bis in die Details schilderte, was im folgenden Jahrhundert traurige Wirklichkeit werden sollte: ein repressives System der Mangelwirtschaft, das die Menschen immer stärker unterdrückt.

Die Regierung schließt die Grenzen und lässt auf Flüchtlinge schießen. Richters Kurzroman „Sozialdemokratische Zukunftsbilder“ liest sich wie eine Beschreibung der DDR.

Aber nicht nur die ideologischen Irrtümer der Sozialisten weckten seine Skepsis. Als Bismarck das Fundament des späteren deutschen Sozialstaats baute, ahnte Richter bereits, was passieren wird, wenn der Staat sich für immer mehr Lebensbereiche zuständig erklärt: „Wenn nun schließlich der Staat immer mehr Verantwortlichkeit übernimmt [...] und sich immer weniger als leistungsfähig herausstellt [...], dann kehrt sich zuletzt [...] Unzufriedenheit, die mehr und mehr sich ansammelt, gegen den Staat selbst.“

Nun, da irrte Richter. Die meisten Unzufriedenen in Deutschland wenden sich nicht gegen den Staat, sondern rufen nach noch mehr Staat. Die liberale Minderheit, die das anders sieht, ist jedoch nicht so verloren in der deutschen Geschichte, wie sie oft selbst glaubt. ●

MICHAEL MIERSCH ist Ressortleiter Forschung bei *Focus*, Autor, Dokumentarfilmer und Mitbegründer des Autoren-Blogs *Die Achse des Guten* (www.achgut.de). Website: www.maxeiner-miersch.de
miersch@libmag.de

BERND ZELLER arbeitet als Cartoonist, Autor, Satiriker und Maler vorzugsweise in Jena. Während des Jura-Studiums hat er sich mit der rechtsstaatlichen Verfassung und der Aufklärung angefreundet.
zeller@libmag.de

Der graue Block

Der Rundfunk in Deutschland ist vom Ziel der Staatsferne weiter entfernt denn je. Nach Recherchen von *liberal* sind staatsnahe Rundfunkräte eher die Regel als die Ausnahme. Denn die unabhängigen Vertreter der sogenannten „gesellschaftlich relevanten“ Gruppen werden oft von Institutionen entsandt, die von staatlicher Finanzierung abhängig sind.

// TEXT // **BORIS EICHLER** // ILLUSTRATION // **MARIO WAGNER**

Wenn im kommenden Jahr der neue Rundfunkrat des Südwestrundfunks zusammentritt, dann sind Vertreter der Landesregierungen von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz nicht mehr dabei. Eigentlich eine gute Nachricht, denn der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat staatsfrei zu sein – oder zumindest staatsfern. Das zählt zu den eisernen Prinzipien des Rundfunkrechts und dennoch: Der Streit um die Zusammensetzung dieser wichtigen Kontrollorgane schwelt, seit es den öffentlich-rechtlichen Rundfunk gibt.

Das Bundesverfassungsgericht durfte sich gleich in seiner ersten Rundfunkentscheidung mit dem Thema „Staatsfreiheit des Rundfunks“ abmühen. Das war im Jahre 1961 – und es sollte nicht das letzte Mal gewesen sein. Jüngster Fall: Die „Causa Brender“, der ZDF-Chefredakteur, dessen Amtszeit 2010 auslief, nicht verlängert wurde und jetzt das Bundesverfassungsgericht beschäftigt. Eines jedoch fällt auf: Immer

wenn es um die Staatsferne ging, drehte es sich in Karlsruhe um jene Mitglieder des Rundfunkrats, die direkt von Parlamenten und Regierungen entsandt wurden. Stets ging es um die sogenannte Staatsbank. Beim Gegengewicht, den Vertretern der „gesellschaftlich relevanten Gruppen“, den sogenannten „Grauen“, schaute niemand genauer hin.

Das Pluralismus-Modell im Rundfunk ist bestechend einfach und jahrzehntealt: Damit die Sender nicht zum Instrument des Staates werden, ist die Zahl der Sitze für Staatsvertreter in den Rundfunkräten beschränkt. Das Gros entsenden die „gesellschaftlich relevanten Gruppen“. Allerdings weiß nach gut 50 Jahren gesetzgeberischer Praxis jeder: Die Zusammenstellung dieser Gruppen wird von den Länderparlamenten vollzogen, sie hat viel mit politischer Verbundenheit zu tun. Eine Revision gehört nach einem Machtwechsel in den Ländern traditionell zum parlamentarischen Eröffnungs-

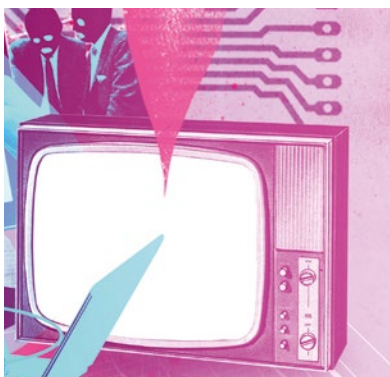
programm. Zu wissen, zu welchen politischen Lagern etwa Arbeitgeber- und Gewerkschaftsvertreter zählen, gehört bei allen Neutralitätsbeteuerungen zum ABC der politischen Bildung. Dennoch: Die gesellschaftlich relevanten Gruppen wurden stets als Gegengewicht zur sogenannten Staatsbank gesehen, eine Sichtweise, die nur bei einer rigoros formalistischen Betrachtung der Realität standhält. Die Vertreter dieser Institutionen sind zwar als Rundfunkräte rechtlich vom Staat und den Institutionen, die sie entsenden, unabhängig. Letztere hängen jedoch oft am Geldtropf des Staates, manche sind sogar völlig abhängig von Zuschüssen. Wie frei ist ein Rundfunkrat, wenn die Institution, die ihn entsendet, zu einhundert Prozent von Staatszuschüssen abhängig ist? Wie frei kann er sein?

Ade Staatsferne

Dieser Frage sind wir nachgegangen und haben die Rundfunkräte des Rundfunks Berlin-Brandenburg (RBB), des Bayerischen Rundfunks (BR) und von Radio Bremen (RB) unter die Lupe genommen. Das Ergebnis ist besorgniserregend: Zählt man die direkten und indirekten Staatsvertreter (von Kommunen oder staatlichen Einrichtungen) sowie jene Rundfunkräte zusammen, die von Institutionen entsandt werden, die von staatlicher Finanzierung abhängig sind (mehr als die Hälfte der Einnahmen), so kommt man in allen drei Gremien auf eine teils satte Mehrheit. Ade Staatsferne.

Beim Rundfunk Berlin-Brandenburg sind von 29 Mitgliedern allein sieben Parla- ➤





mentarier. Weitere fünf Mitglieder wurden von Institutionen nominiert, die wie die Akademie der Künste, die Landesrektorenkonferenz oder die Ausländerbeauftragte staatlich getragen werden. Fünf weitere sind wie der Landesmusikrat Brandenburg überwiegend von staatlichen Fördermitteln abhängig. Unter den weiteren zwölf Kandidaten ließ sich zum Teil nicht endgültig bestimmen, wie hoch der Anteil staatlicher Finanzierung ist.

Ähnlich sieht es bei Radio Bremen aus: Dort gibt es acht direkte und vier indirekte Staatsvertreter; weitere vier kommen von Institutionen, die vom Staat abhängig sind – das genügt im dortigen Rundfunkrat für eine Zweidrittelmehrheit.

Beim Bayerischen Rundfunk haben wir 28 Prozent direkte Staatsvertreter sowie 13 Prozent indirekte Staatsvertreter und 9 Prozent finanziell Abhängige gezählt; was nicht heißt, dass die übrigen 51 Prozent unabhängig sind. Bei einigen Institutionen war schlicht nicht zu ermitteln, woher ihre Einnahmen kommen. „Ich erlaube mir, Ihnen keine Auskunft darüber zu geben“,

war noch eine vergleichsweise freundliche Antwort. Teilweise steht auch mehreren Institutionen ein gemeinsames Vorschlagsrecht zu. Oder es sitzt ein Abgeordneter nicht auf dem Landtagsticket im Rundfunkrat, sondern wie Thomas Goppel (CSU) für die bayerischen Musik-Organisationen.

Über die Probleme des Rundfunks hinaus ergibt sich daraus insgesamt ein bedenkliches Bild der sogenannten Bürgergesellschaft: Wenn die in den Rundfunkräten vertretenen Verbände das sind, was man gesellschaftlich relevante Gruppen nennt, wenn dies die Bürgergesellschaft Deutschlands ist, dann ist diese Bürgergesellschaft weitgehend vom Staat abhängig – ein Widerspruch in sich.

Bei all dem verwundert es kaum, dass es Politiker gibt, die das Gremienmodell des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gerne auf die Printmedien übertragen würden – denn die Presse schreibt bislang ohne Kontrolle jedweder Art. Vor allem die Linkspartei, aber auch die SPD, scheinen in den Mechanismen der Gremienkontrolle eine Perspektive auch für die Zeitungslandschaft in Deutschland zu sehen.

Während sich die Linke in ihrem Programm diesbezüglich mit der Forderung nach „demokratisch kontrollierten Medien“ klar aufgestellt hat, sind die Sozialdemokraten bereits mit der Umsetzung befasst. NRW-Medienstaatssekretär Marc Jan Eumann (SPD) hat eine „Stiftung Vielfalt und Partizipation“ auf den Weg gebracht, die sich ab 2014 um Weiterbildung von Journalisten und Recherchestipendien kümmern soll – mit Geld aus dem Gebührentopf.

Rundfunkgeld für Zeitungsverleger? Stefan Laurin vom renommierten Blog

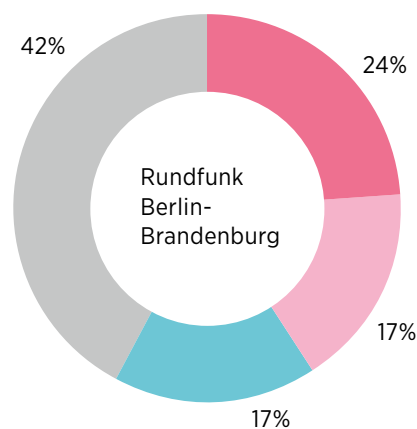
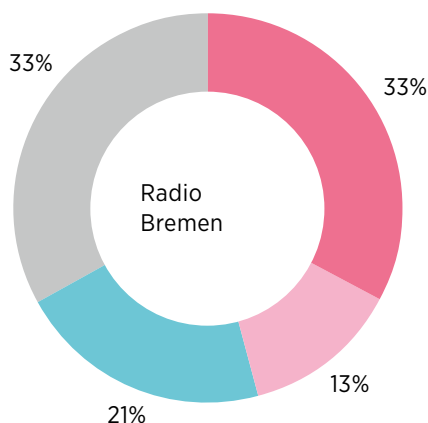
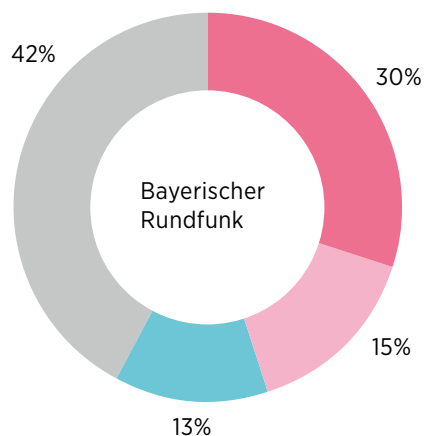
Ruhrbarone nennt das einen „Tabubruch“. Den Versprechungen Eumanns, die Kontrolle der Stiftung werde staatsfern sein, glaubt Laurin nicht. „Immer wenn Politiker von Staatsferne reden, wird es gefährlich. Politikern geht es um Macht“, erklärt Laurin und wirft Eumann vor, auf die „Zähmung der privaten Medien“ abzielen. Komme es zu einer öffentlich-rechtlichen Presse, „von der Eumann träumt, ist das nicht die Rettung der Zeitung und der Verlage, sondern ihr Untergang“.

Versteckte Parteigänger

Die Grünen, in Rundfunkmachtfragen wie die FDP bisher stets als kleine Partei außen vor, gehen da weit subtiler vor: Da diese Partei über ein großes Vorfeld an treuen Bundesgenossen verfügt, konzentriert sie sich perspektivisch mehr auf das Auswechseln einzelner Rundfunkräte. Der grüne Medienpolitiker Thomas Pfeiffer findet es zwar „pikant“, dass im Rundfunkrat des Bayerischen Rundfunks viele „VertreterInnen versteckte Parteigänger“ sind; das könne man jedoch beheben, indem man solche Rundfunkräte, die nichtstaatlich, aber zugleich Parteimitglied sind, durch parteilose ersetzt. Seine konkreten Vorschläge sind allesamt Gewächse aus den Töpfen des grünen Vorgartens: Greenpeace, Attac, die türkische Gemeinde.

Heiko Hilker, für den Verein Jugendhilfswerk im Rundfunkrat des MDR und zuvor 15 Jahre für die Linkspartei im sächsischen Landtag, fordert eine größer angelegte Reform der Rundfunkratsarbeit, die auch die Arbeitsweise der Gremien umfasst. Man könne gar nicht viel mehr erwarten als „stillschweigende Einwilligung und freund-

Zusammensetzung der Rundfunkräte:



- Staatsvertreter
- indirekte Staatsvertreter
- finanziell Abhängige
- staatsfrei/unklar

Quelle: Autor

liche Begleitung dessen, was die Geschäftsführung tut“.

Kann man tatsächlich nicht, da genügt schon ein Blick auf die gewandelte Rundfunklandschaft: Hatte sich vor Aufkommen des Privatfunks ein typischer Rundfunkrat im Schnitt mit drei Radioprogrammen und einem dritten Fernsehprogramm zu beschäftigen, das zudem nur sechs Stunden Bildungsfernsehen über den Äther schickte, so produzieren die Anstalten heute ein Vielfaches an Programmen und Sendeminuten. Beim Bayerischen Rundfunk sind das inzwischen sieben Audio- und zwei Fernsehprogramme, dazu das Onlineangebot und der Videotext. Dazu kommt die Begleitung des überregionalen Engagements der Anstalt - Stichwort Arte oder ARD.

Vierorts kann man sich des Eindrucks nicht erwehren: Die Rundfunkräte werden so intensiv mit Vorträgen eingedeckt, dass für Diskussionen über originäre Programmfragen kaum noch Zeit bleibt. Einige Anstalten lassen die Öffentlichkeit bei ihren Rundfunkratssitzungen zu. Wer diese Gelegenheit wahrnimmt, spürt schnell: Hier ist solides Sitzfleisch gefragt, und wer als Rundfunkrat kritisch nachbohrt, macht sich angesichts proppenvoller Tagesordnungen keine Freunde. Wer will schon bis nach Mitternacht sein Ehrenamt wahrnehmen? Erst recht, wenn sogenannte Freundeskreise, sortiert nach parteipolitischer Couleur, schon im Vorfeld die entscheidenden Weichenstellungen vornehmen.

Die „Grauen“ werden diesen Freundeskreisen, so der frühere ARD-Programmdirektor Dietrich Schwarzkopf, von den beiden großen Parteien „zugeordnet und von ihnen ‚betreut‘“. All diese Schwierigkeiten werden

in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, geschweige denn diskutiert. Wenn es nicht gerade eine „Causa Brender“ gibt, geraten höchstens Neuzusammenstellungen der Gremien kurz in den Fokus der Medien.

Beim eingangs erwähnten Südwestrundfunk etwa haben im Sommer die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) und ihr baden-württembergischer Amtskollege Winfried Kretschmann (Grüne) per Staatsvertrag den SWR-Rundfunkrat umgebaut. Die Regierungsvertreter wurden durch Abgesandte von Muslimen sowie Sinti und Roma ersetzt. Vom Neuzuschnitt des Rundfunkrats profitieren neben Migranten auch Umweltverbände und Gewerkschaften. Die „Pluralität der heutigen Gesellschaft“ spiegelt sich nun auch in den Gremien wider, jubilierte Dreyer bei einer Feierstunde vor 50 geladenen Gästen - sie nannte das eine „angemessen staatsferne Zusammensetzung“.

Der Verzicht auf Regierungsvertreter im Rundfunkrat sieht allemal gut aus, ist aber eher ein Hinweis darauf, dass die Musik offensichtlich woanders gespielt wird. Walter Ulbricht hätte seine Freude an diesem System gehabt. Als der erste starke Mann der DDR 1945 aus Moskau kommend auftragsgemäß die Macht im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands zu organisieren hatte, gab er die Devise aus: „Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.“ ●



Der Autor **BORIS EICHLER** hält es für sinnvoll, dass Verbände, die Rundfunkräte benennen, den Anteil von staatlichen Mitteln an ihrer Finanzierung offenlegen müssen. Mitarbeit: Marvin Oppong und David Heuss.

eichler@libmag.de

Bayrisches Urgefühl

Für Weltoffenheit, Toleranz und Großherzigkeit – kurz für das Gefühl von „Leben und leben lassen“ im Freistaat steht die „Liberalitas Bavariae“. Dabei ist sie ein Phänomen, von dem keiner genau weiß, woher es kommt, und mancher sogar bezweifelt, dass es überhaupt existiert. **Eine Spurensuche.**

Da kommt Leben auf unter den Einheimischen in der Mittenwalder Wirtsstub'n, wenn der Wörnle Manfred zum „Liberalitas Bavariae“ behänd die Saiten seiner Zither zupft. Für zwei Zithern und eine Bassgitarre hat er den Marsch verfasst, den er mit dem berühmten Wort überschrieb, das synonym sein soll zu bayrischer Lebensart.

Leicht ist man versucht, dem Völklein da heroben auf bald 1.000 Metern – an einem der südlichsten Zipfel Bayerns gelegen, eingezwängt zwischen dem gewaltigen Massiv des Karwendel und dem bis über 2.900 Meter aufragenden Wettersteingebirge – eine gewisse alpine Verschlossenheit zu unterstellen. Der Wörnle, der bis ins Tirolerische hinein die alte, unverfälschte Volksmusik unterrichtet, kennt dieses Vorurteil und weiß ihm mit verschmitztem Grien zu begegnen. „Mir san luschtige Leit“, sagt er und setzt einen Satz drauf, der so bildhaft leicht zu verstehen wie tief philosophisch ist: „Und wennst nauf gehst, aufn Berg, dann wirst sehn, ist eh alles ganz weit.“

Die Liberalitas Bavariae: Schon der Name ist ein einziges Rätsel, weil er nur einmal über das 20. Jahrhundert zurück nachweisbar ist. Und da anders geschrieben und wohl auch anders gedacht. Die Augustiner-Chorherren im oberbayrischen Chorherrenstift Polling, Intellektuelle und Kanoniker allesamt, die seit dem 12. Jahrhundert im weiten Umkreis die Kirchengemeinden betreuten, ihre Güter verwalteten und im 18. Jahrhundert dann aus dem Stift ein

bedeutendes Zentrum der Wissenschaft formten, ließen wohl um 1760 jenen Schriftzug über dem Hauptportal ihrer Stiftskirche anbringen, mit dem in goldenen Lettern einer „Liberalitas Bavariae“ gehuldigt wurde. Damals allerdings, wie der Generalkonservator des Bayerischen Landesamtes für Denkmalspflege, Egon Johannes Greipl, betont, nur Ausdruck des Dankes für die edle Stiftergesinnung der bayrischen Herrscher, welchen das Kloster den Großteil seiner wirtschaftlichen Existenz verdankte.

Wer nun reklamiert, dass sich der Bayer ergo im Glanz eines Phantoms sonnt, der hat zwar nicht unrecht, aber auch nichts wirklich verstanden. Denn schon lange bevor der Pollinger Dankspruch im 20. Jahrhundert falsch zitiert und als „Liberalitas Bavariae“ zum Lorbeer eines Freigeists bayrischer Prägung erhoben wurde, waren die Nachkommen der Bajuwaren, also alles was in etwa im heutigen Oberbayern, Niederbayern und in der Oberpfalz siedelte, von unbeugsamem Freiheitsdrang beseelt.

Zwar ertrug der Altbayer die diversen Herrscher und ihre, dem Staat insgesamt durchaus zugutekommenden Marotten mit stoischer Gelassenheit. Aber wenn's ihm zu bunt wurde, blitzte auch mal mittelpträgiger bis krachender Widerstand auf. Das traf viele, vom unbeliebten, so beleidigt wie übereilt das wenig dankbare Volk verlassenden Pfälzer und Kurfürsten Karl Theodor (der dummerweise zurückkam) bis zum eigentlich geliebten König Ludwig I., den im Grunde der Kardinalfehler die Regierung

kostete, 1844 den Bierpreis um einen Pfennig erhöht zu haben. Das nahm er dann nach nicht enden wollenden Tumulten in seiner Residenzstadt München zurück. Aber Liberalitas hin oder her, der Bayer vergisst nicht.

1848 nahm das Volk Ludwigs Affäre mit der Tänzerin Lola Montez zum Anlass, das Münchner Zeughaus zu stürmen und sich mit den dort erbeuteten Waffen zur Residenz zu begeben, um dem kunst- und gunst-

Fotos: SZ-Bilderdienst; privat



sinnigen König auf diesem hochdiplomatischen Weg zu bedeuten, dass man dem Bayern nicht folgenlos die Freiheit, in diesem Falle das Bier, streitig macht. Ludwig wiederum, ebenfalls mit Leib und Seele Bayer („... auch vom Throne herabgestiegen, schlägt glühend mein Herz für Bayern ...“), reagierte mit einem I.m.a.A. - und dankte ab. Freilich, das muss auch gesagt werden, in größerem Zusammenhang als nur dem des Hingezogenseins zu einem frühen Boxenluder. Elf Tage später jedenfalls schrieb er seinem Kunstagenten, dem Bildhauer und Maler Johann Martin von Wagner: „Regieren konnte ich nicht mehr, und einen Unterschreiber abgeben wollte ich nicht. Nicht Sklave zu werden, wurde ich Freiherr.“

Fürst oder Bauer, frei zu sein, das ist es, was den Bayern bewegt. Frei soll ein jeder sein, nach seiner Fassung. Leben und leben lassen. Beinahe jedenfalls, denn mit dem französischen „Laissez faire, laissez passer“ ist der Bayern Lebensgefühl nur in der sprachlichen Übersetzung verwandt. A Recht und Ordnung mag nämlich schon

sein, trotz aller Freiheit. Wobei der Begriff von Recht und Ordnung weit gefasst ist und sich oft gerade dort, wo man's nicht vermutet hätte, urliberale Biotope auf der Grundlage des „Leben-und-leben-lassens“ bilden.

Schwulenparadies im Jägerstüberl

So hat zum Beispiel 1961, in tiefster oberbayrischer Provinz, im damals 39.000-Seelen-Städtchen Rosenheim, der Auer Hans sein „Jägerstüberl“ eröffnet. Ein schillerndes kleines Schwulenparadies, das heute in der Szene weit über Bayerns Grenzen hinaus bekannt ist. Eröffnet aber zu einer Zeit, als in Deutschland - und in Bayern - homosexuelle Handlungen noch mit Gefängnis geahndet wurden. Einem Strafrecht folgend übrigens, das ursprünglich aus Preußen kam. Im liberalen Bayern nämlich war einfache Homosexualität ursprünglich schon im Strafgesetzbuch von 1813 nicht mehr strafbar.

Und ebenfalls ab 1960 tauchten die weltweit ersten Nackten in innerstädtischen Parks auf, ausgerechnet im Zentrum des katholischen München: im Englischen Gar-

ten auf der Schönfeldwiese, unmittelbar am Schwabinger Bach und in Lauscheite zu den Gitarre klampfenden Hippies, die unter Leo von Klenzes Monopteros die Vereinigung von Love, Peace and Happiness, Liberalitas Bavariae und einem Haschischpfeiferl genossen. Natürlich trotz grundsätzlicher Unvereinbarkeit mit Recht und Ordnung.

Zu aller Glück ist das bayrische Lebensgefühl hoch ansteckend und befällt auch Nichtbayern, weshalb es sich in München ziemlich entspannt lebt und niemandem weiter auffällt, dass die Millionenstadt mit einem Ausländeranteil von fast 24,4 Prozent Spitzenreiter ist in der Bundesrepublik und damit sogar Kieze wie Berlin-Neukölln (22 Prozent) übertrumpft.

Das „Leben-und-leben-lassen“ ist den Menschen hier so wichtig, dass eine Umfrage des Bayerischen Rundfunks 2009 auf die Frage „Wie wichtig sind diese Aspekte für Sie und die Region, in der Sie leben?“ ergab, dass das bayrische Lebensgefühl als Spitzenreiter die Bedeutung unter anderem der Landschaft, des Arbeitsplatzes und sowieso die der kommunalen Politik auf die Plätze verwies.

Weil mit der Musik begonnen, schließen wir mit ihr unsere Suche nach den Spuren der Liberalitas Bavariae auch wieder und begeben uns zurück in Richtung des Karwendelgebirges. Begleiten wird uns ein Urmünchner Original, der in ganz Bayern geliebte Willy Michl, mit seiner Weise vom „Isarflimmern“, einer wunderschönen musikalischen Liebeserklärung an den Fluss der Flüsse in Bayern, der im Karwendel entspringt. Was das mit der Maxime „Leben und leben lassen“ zu tun hat? Nun, der 63-jährige Künstler Willy Michl fühlt sich, umgeben von in bayrischer Tracht gewandeter Tradition, unbeirrt seit Jahren als Indianer und tritt auch nur als solcher auf. Mit Federschmuck und Mokassins. Liberalitas Bavariae. ●



PETER ZANGERL arbeitet als freier Fotograf und schreibt, wenn er schreibt, überwiegend für www.suedwatch.de, einen Watchblog, der sich mit der Berichterstattung der Süddeutschen Zeitung beschäftigt.
peter.zangerl@suedwatch.de



Alles. Aber günstig

An die Radfahrer der Hauptstadt und ihren forschenden Fahrstil muss sich Hermann Josef Berglar anfangs gewöhnen. „Sauerlandgruss“ steht auf dem Reisebus aus dem Wahlkreis Olpe, den der Fahrer getreu den Anweisungen von Gruppenbetreuer Peter Hawrzyniak durch den Berliner Verkehrstrubel steuert. Die aus dem Nichts auftauchenden wendigen Radler liegen dem Routinier nicht. „Seima froh, det nich Winter is, dann haste hier noch riesige Eisberge rumliegen“, versucht Hawrzyniak zu besänftigen. „Ja, na sicher, mächtige Höhenzüge habt ihr in Berlin ...“, entgegnet der Mittelgebirgler. Und die Vorstellung von Kahlen Asten en miniature, die dräuend aus dem sumpfigen Metropolenboden ragen, lassen ihn dann doch schmunzeln.

Nun, immerhin fließt der Verkehr wieder. Obama und seine Entourage haben die Stadt verlassen, die Straßensperren sind verschwunden. Dank Berglars DVB-T-Equipment konnte die knapp 50-köpfige Gruppe bei der Anreise die Rede des US-Präsidenten im Fernsehen verfolgen. Und da der mächtigste Mann der Welt bei der Ankunft im Hotel Estrel am südöstlichen Ende der Sonnenallee noch nicht geendet hatte, blieben die Reisenden einfach so lange im Bus sitzen, bis der Beifall am knapp acht Kilometer entfernten Brandenburger Tor abgeebbt war. Der FDP-Bundestagsabgeordnete Johannes Vogel, auf dessen Einladung die Gruppe anreiste, wusste später beim Abendessen zu berichten, wie es war: „Heiß. Und niemand durfte austreten.“

Den deutschen Beschützern des amerikanischen Präsidenten begegnete die Gruppe beim Frühstück im größten Hotel Deutschlands. Blau uniformierte Polizeihundertschaften bevölkerten das riesige Atrium.

Sicherer lässt sich kaum speisen. Die an politischen Themen orientierte Rundfahrt beginnt und somit Berglars Tour de Force samt rollender Hindernisse. Durch Neukölln und Kreuzberg geht es zum „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ und nach dem Mittagessen im Wirtshaus „Alte Stadtmauer“ zum Informationsgespräch im Bundesrat.

Über den Köpfen der Besucher schwingen in den Lichtkuppeln der Wandelhalle die „Drei Grazien“, mattgoldene bewegliche Lanzen der Künstlerin Rebecca Horn. „Damit pendeln die hier die Gesetze aus“, mutmaßt ein Teilnehmer. Tatsächlich sollen sie im Zusammenspiel mit der Architektur eine Brücke zwischen Vergangenheit und Moderne schlagen. „Das preußische Herrenhaus war nach der Verfassung von 1848 die erste Kammer des Parlaments“, erinnert die charmante Führerin Cornelia Höchst an die Historie des Gebäudes, das seit dem Jahr 2000 als Sitz des Bundesrates dient. Reliefs bebildern die damals wichtigen „Ressorts“. Wie ein Fremdkörper wirkt auf dem die Kriegskunst illustrierenden Werk der Panzerkreuzer im Werkhintergrund. „Ein Lieblingsprojekt von Wilhelm II.“, weiß Höchst zu berichten, „wegen Geldmangels durch die Einführung einer Schaumweinsteuer finanziert.“ Noch eine Brücke zwischen Vergangenheit und Moderne also ...

Der Gegenwart begegnen die Besucher im Sitzungssaal. „Was hier zur Abstimmung kommt, ist am Endpunkt eines langen politischen Prozesses angelangt“, erläutert Höchst. Alle drei Wochen stehen 60 bis 80 Punkte auf der Tagesordnung, mit teilweise bis zu 80 Änderungsanträgen, woraus sich Hunderte von Abstimmungen an einem Tag ergeben. „Da wird nicht mehr viel diskutiert“, weiß Höchst. Entsprechend »

Reiseangebote, die zehn Tage Türkei für 129 Euro alles inklusive versprechen, sollte nur wählen, wer gut Nein sagen kann oder ein Faible für Orientteppiche hegt. Drei Tage Berlin zum Nulltarif kann hingegen jeder bedenkenlos mitnehmen, der etwas über Bundespolitik und die deutsche Historie erfahren möchte. Einfach mal Abgeordnetenfahrt buchen – und nix wie weg ...

// TEXT // **MIRKO HACKMANN**



Foto: Deutscher Bundestag/Stephan Erfurt



**VIEL GELERNT:
DIE DAMEN VOM CHOR,
BETTINA LANGHEIM,
CLAUDIA FREYTAG UND
BARBARA KÖCHER (v.l.).**



**BEDRÜCKENDE
VERGANGENHEIT: BÜRO
IM STASI-GEFÄNGNIS
HOHENSCHÖNHAUSEN (l.).
EINE GEDENKTAFEL
ERINNERT AN DAS LEIDEN
UND STERBEN (r.).
DER HISTORIKER GIAN-
LUCA FALANGA ERKLÄRT
DEN GÄSTEN DIE PRAKTI-
KEN DER STASI (unten).**



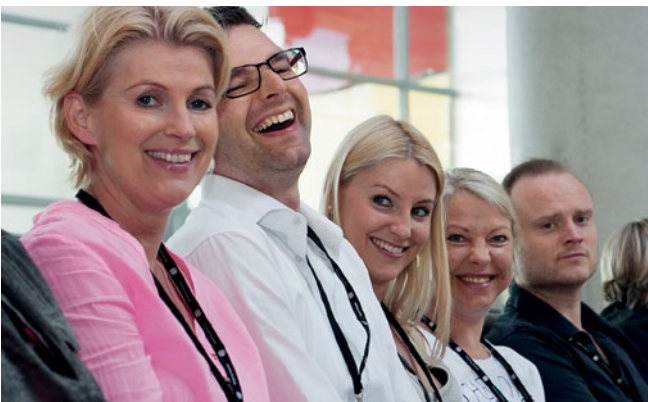
herrscht im Bundesrat die Stimmlage „Kammerton“: Zwischenrufe und Klatschen sind nicht erlaubt. Einzig bei Geburtstagen, Verabschiedungen und Staatsbesuchen gilt dies nicht. Streng geregelt ist auch, wie es weitergeht, wenn der Bundesrat ein Gesetz ablehnt, das der Bundestag bereits beschlossen hat. „Im Vermittlungsausschuss kommt es zum Schwur“, sagt die Führerin, erklärt noch schnell den Unterschied zwischen Zustimmungs- und Einspruchsgesetzen und erläutert zudem, welchen Einfluss die Ergebnisse der jüngsten Volkszählung auf die Stimmenverteilung der Länder haben könnte.

Die beiden anderen Instanzen des Gesetzgebungsverfahrens des Bundes sind im Reichstagsgebäude zu Hause: Bundestag und Bundesregierung. Auch dem stanno die Berlin-Gäste einen Besuch ab. Die Logik des Plenarsaals lernen sie kennen, die Aufteilung der Sitze nach Fraktionen, die Bedeutung des Hammelsprungs, aber auch die bewegte Historie des Gebäudes. Und sie erfahren, wie der Architekt des Umbaus zum Bundestag, Sir Norman Foster, nicht nur alle vorherigen Epochen in der Gestaltung des Hohen Hauses be-

wahrt hat, sondern ihm - gegen seinen eigenen Willen und auf Druck der politischen Entscheidungsträger - mit der gläsernen Kuppel ein Sinnbild für die Transparenz der deutschen Demokratie schenkte. Dort hinauf aufs Dach geht's mit dem Fahrstuhl, wo ein Fotograf des Bundestages die Besucher zur Erinnerung ablichtet und die Gäste den Blick auf die Hauptstadt genießen.

„Das Angebot zu den Fahrten steht natürlich allen offen - nicht nur Parteimitgliedern“, betont der Abgeordnete Johannes Vogel, „wir versuchen immer eine bunte Mischung zusammenzustellen.“ Aus möglichst vielen Teilen der Gesellschaft sollen die Mitreisenden kommen. So finden sich bei dieser Tour neben Einzelpersonen und miteinander bekannten Ehepaaren und Freundescliquen einige Schützen aus seinem Wahlkreis sowie eine Gruppe von Sängern des Chors „Pro Musica Vocale“ (die partout nicht singen mag). „Es gab





GUTE STIMMUNG IM HOHEN HAUS: BIRGIT ZIMMERMANN-STENZEL, CHRISTIAN NIES, CHRISTINA ZIMMERMANN, VERENA NIES UND SEBASTIAN RIEBE (v.l.).

auch schon Fahrten, bei denen zahlreiche Mitreisende einem Migrantenverein oder dem Ausländerbeirat angehörten“, erinnert sich Vogel. Für die eingewanderten Mitbürger sei die Begegnung mit der deutschen Demokratie nicht nur spannend, sondern auch ein Zeichen, dass sie wirklich dazugehören.

Die Stimmung innerhalb der Reisegruppe ist jedenfalls gut, der Umgang ungezwungen. Und am Ende der mit Programm prall gefüllten Tage machen sich viele noch des Abends allein auf den Weg, die Hauptstadt zu erkunden. Als Inspiration dient ihnen, was der bestens informierte Gruppenbetreuer Peter Hawrzyniak während der Busfahrten am Tage an Tipps gibt. Zum Beispiel, dass es sich bei der „Ständigen Vertretung“ nicht um eine Botschaft, sondern um ein dem rheinischen Brauchtum verpflichtetes Restaurant handelt, das sich unter Politikern einer gewissen Beliebtheit erfreut. Manch Mitreisender bleibt sogar noch übers Wochenende und fährt auf eigene Faust heim. Und die zufällige Begegnung beim Mittagessen mit Diskuswerfer Robert Hartung wird zumindest jenen nachhaltig in Erinnerung bleiben, die sich mit dem Olympiasieger haben fotografieren lassen.

„Ich war schon öfter mal in Berlin, habe mich aber bislang immer an die leichte Kost gehalten“, sagt Christian Nies. „Politik und Historie so geballt serviert zu bekommen finde ich aber toll. Würde man sonst einfach nicht machen“, betont der junge Mann aus Olpe, der mit seiner Frau, ihrer Kollegin und deren Tochter mitgereist ist. Was die Clique besonders beeindruckt hat? „Das Holocaustmuseum“, sagt Birgit Zimmermann-Stenzel, „die Abschiedsbriefe zu lesen war schon sehr bedrückend.“ Mit Unterbringung, Reiseführer und Verpflegung sind sie ebenso zufried-

ABGEORDNETENFAHRT IN ZAHLEN

Rund **2.000 Abgeordnetenfahrten** mit etwa **100.000 Teilnehmern** pro Jahr organisiert der Besucherdienst des Bundespresseamtes nach eigenen Angaben. Die meisten Abgeordneten dürfen bis zu **drei Fahrten** mit je **50 Teilnehmern** im Jahr einladen; Abgeordnete, die im Haushalts- oder Finanzausschuss sitzen, stehen **vier** zu. Die Fahrt dient der politischen Information und soll den Teilnehmern die neue deutsche Zeitgeschichte und die politischen Abläufe in der Bundespolitik näherbringen. Je nach Anfahrtsweg darf die Reise bis zu **vier Tage** umfassen. **Elf Personen** sind beim Besucherdienst im wöchentlichen Wechsel für die Organisation der Fahrten zuständig. Die Organisatoren aus den Wahlkreisen dürfen von einer Auswahlliste die präferierten Programmpunkte wählen. Da aber an den Mittwochen und Donnerstagen während der Sitzungswochen häufig bis zu **50 Gruppen** vor Ort sind, lässt sich nicht jeder Wunsch erfüllen. Untergebracht sind die Gruppen grundsätzlich in **Drei- oder Vier-Sterne-Hotels**. Die Begleiter schöpft der Besucherdienst aus einem Pool von **120 Stadtführern**. Von einigen Bundesländern wird die Fahrt als Bildungsurlaub anerkannt. Das zweckgebundene Gesamtbudget für die Abgeordnetenfahrten beträgt **23,6 Millionen Euro** pro Jahr.

den wie Bettina Langheim und ihre Freundinnen Claudia Freytag und Barbara Köcher: „Wir wussten bislang gar nicht, dass es solche Fahrten gibt und dass man so viel dabei lernt.“

Wo Angela Merkel privat wohnt, ist ihnen nun jedenfalls bekannt. Und wie schlimm es im Stasi-Gefängnis Hohenschönhausen zugeht, ebenfalls – auch wenn sich das Leid der Inhaftierten beim Rundgang durch die beklemmenden Gebäude nur erahnen lässt. Nach dem Besuch des Alliiertenmuseums geht es schließlich noch zum Abschiedsmittagessen im Wirtshaus Moorlake am Wannsee. Drei spannende und informative Tage liegen hinter der Gruppe aus dem Sauerland. Indessen hat auch Busfahrer Hermann Josef Berglar seinen Frieden mit den Radlern gemacht. Als er einen Velofahrer vorlässt, weil ein anderer Bus dessen Spur blockiert, erntet er einen gehobenen Daumen. Det is Balin! ●



MIRKO HACKMANN, Redakteur bei corps, bedankt sich bei Wahlkreisreferentin Nicole Kristes für die Unterstützung und bei der Reisegruppe aus dem Wahlkreis Olpe für die freundliche Aufnahme. Es war schön mit euch! Bis bald in Brüssel ...
hackmann@libmag.de

WOLFGANG GERHARDT TRIFFT DIESMAL: GUIDO WESTERWELLE



Zwei viel gereiste Liberale erörtern die Weltlage: Bundesaußenminister **Guido Westerwelle** und **Wolfgang Gerhardt**, Herausgeber von liberal, über die Konsequenzen der europäischen Schuldenkrise, das gemeinsame Streben der USA und Deutschlands nach Offenheit und die Frage, warum sich Frauen in arabischen Ländern zum starken Geschlecht entwickeln.

// FOTOS // REGINA SABLOTNY

GERHARDT: Europa ist aus dem Größten heraus, aber noch nicht da, wo es sein will, Herr Außenminister. Es fehlt an Gestaltungswillen und Gemeinschaftstreue - zwei Komponenten, deren Fehlen die missliche Lage hinsichtlich der Währung verursacht hat und jetzt Lösungen im Weg steht.

WESTERWELLE: Das größte Stück Arbeit für Europa liegt noch vor uns. Die europäische Schuldenkrise zu meistern ist das eine, die systematischen und strukturellen Schlussfolgerungen aus der Krise zu ziehen, das wird eine sehr große Baustelle werden, die uns noch viele Jahre beschäftigen wird.

GERHARDT: Europa ist der Kontinent, der wie kein anderer in seinem Wertbewusstsein Aufklärung, Renaissance, Humanismus und modernes Denken einschließt. Dennoch erleben wir immer wieder Rückschläge, weil sich in zu wenigen Ländern kritische europäische Loyalität entwickelt hat, immer wieder ein Rückfall in alte Schablonen stattfindet, wenn es um neue Herausforderungen geht.

WESTERWELLE: Leider hat sich die Diskussion um die Zukunft Europas in den letzten zwei Jahren im Wesentlichen auf das Thema Finanzen und die Reformen, die damit zusammenhängen, reduziert. Wie wir uns als Wertegemeinschaft vertiefen, als Kinder der Aufklärung, mit der Herrschaft des Rechts, der Unabhängigkeit der Justiz, auch mit bestimmten Anstandsregeln in Europa, das ist eine Aufgabe für die kommenden Jahre.

GERHARDT: Man kann nur überrascht sein seit dem Auftauchen der Problemlagen in der Eurozone wie Griechenland, wie wenig die gesellschaftlichen Eliten Gestaltungsräume für Europa entwickeln. Ich habe den Rückfall in nationalistische Mechanismen erwähnt, weil diese alte Sündenbock-Suche sofort wieder begann und Deutschland als Reflexionsfläche benutzt worden ist, um von eigenem völligen Versagen abzulenken ...

»DIE ALLERMEISTEN
BÜRGER EUROPAS
SCHAUEN MIT RESPEKT
AUF DAS DEUTSCHE
MODELL.«

GUIDO WESTERWELLE

WESTERWELLE: ... wobei man sehr genau unterscheiden muss zwischen den germanophoben Spitzen, die wir hier und da lesen konnten, und der normalen, überwiegend sehr gesunden Einstellung der breiten Bevölkerung - und übrigens auch der jeweiligen gesellschaftlichen und politischen Eliten in diesen Ländern. Wenn man in Deutschland Fotos aus Griechenland zeigt, auf denen Angela Merkel mit Hitler-Bärtchen zu sehen ist, darf man nicht glauben, dass das der Mehrheit der Griechen gefällt. Die allermeisten Bürger in Europa schauen mit Respekt auf das deutsche Modell der sozialen Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie - sie stellen sich sehr entschieden gegen die zum Teil sehr beleidigenden Zuspitzungen.

GERHARDT: Wir sollten uns in der Tat nicht auf diese Ebene des politischen Disputs einlassen.

WESTERWELLE: Dass aufgeregte Demonstrationen in Athen, Lissabon oder Rom stattfinden, kann man menschlich verstehen, selbst wenn man die Inhalte politisch nicht teilt. Aber sind wir nicht auch in Deutschland in der Gefahr, mit solchen Anti-Reflexen zu reagieren? Für mich gibt es drei Ereignisse in diesem Kontext, die mich schockiert bis aufgewühlt haben: Da hat ein bayerischer Landesminister davon gesprochen, man müsse an Griechenland ein Exempel statuieren. Man kann sich vorstellen, wie diese Sprache nicht nur in Griechenland, sondern



in ganz Europa wirkt. Da hat der Mann, der für die Opposition Kanzler werden will, der Schweiz die deutsche Kavallerie angekündigt - das wird bei uns als Satire, in der Schweiz als Kränkung wahrgenommen. Und dann musste er noch einen draufsetzen, indem er die Führer der Parteien in Italien, die immerhin weit mehr als die Hälfte der Stimmen auf sich vereinigt haben, als Clowns bezeichnete. Das kannte man von den politischen Eliten in Deutschland jedenfalls in den letzten Jahrzehnten nicht mehr. Und wenn doch, gab es eine gesunde Reaktion unseres gesellschaftlichen Immunsystems.

GERHARDT: Sie erleben durch Ihre Reisen in der arabischen Welt so etwas wie die ersten Minuten der Veränderung. Manchen geht das viel zu langsam. Ich habe keine Illusionen, dass das einige Zeit dauern wird. Das ist ein solcher Umbruch, der auch

»

immer wieder Rückschläge hinnehmen muss, dass wir eine unendliche Geduld aufbringen müssen. Mein Optimismus ist ungebrochen, dass wir positive Signale erhalten werden aus diesen Ländern, unseren außereuropäischen Nachbarn.

WESTERWELLE: Ich sehe das ebenso. Das Wort von der strategischen Geduld verwende ich im Zusammenhang mit den arabischen Jahreszeiten. Vom arabischen Frühling spreche ich nicht so gerne, weil die Lage in den Ländern höchst unterschiedlich ist. Und noch etwas erkennen wir: Demokratie bedeutet nicht nur politische Teilhabe, sondern auch soziale und ökonomische. Die Menschen, die ich unmittelbar nach der Revolution getroffen habe, auf dem Tahrir-Platz, haben auch das schlichte menschliche Verlangen ausgedrückt, dass es ihnen besser gehen soll, dass sie auch wirtschaftlich nach vorne kommen können. Durch die neuen Kommunikationstechnologien haben die jungen Menschen dort sehen können, wie man leben kann, wenn man gute politische Rahmenbedingungen hat, das hat sie natürlich auch angespornt, die Zukunft in die eigenen Hände zu nehmen.

GERHARDT: Die Europäische Union muss Wert darauf legen, dass wir Russland als großen Nachbarn wertschätzen, dass wir bei der Modernisierung helfen wollen, dass wir aber auch eine lebendige Zivilgesellschaft haben wollen. Das ist kein ungebührliches Verhalten, denn die russische Führung hat internationale Vereinbarungen dazu wie wir unterschrieben. Wie würden Sie den gegenwärtigen Stand beschreiben, angesichts einer zunehmend autoritären Politik?

WESTERWELLE: Die Entwicklung Russlands vorherzusagen zählt zu den schwierigsten Prognosen, die man machen kann. Ich denke, es gibt zwei auf den ersten Blick widersprüchliche Entwicklungen in Russland, die jedoch enger miteinander zusammenhängen, als man glaubt. Auf der einen Seite ist da der Hang der offiziellen Politik in Russland, autoritärer und im Hinblick auf die Zivilgesellschaft schärfer vorzugehen. Andererseits sehen wir eine wachsende und mutigere Zivilgesellschaft, die sich - obgleich die



»ASIEN HAT UNGLAUBLICHE WACHSTUMSKRÄFTE, DOCH NOCH MANGELT ES AN GESELLSCHAFTLICHER STABILITÄT.«

WOLFGANG GERHARDT

Einschüchterungsversuche zugenommen haben - immer weniger davon abbringen lässt, die Dinge in ihre Richtung zu beeinflussen. Wie das ausgeht, wird man genau beobachten müssen. Ich bin bei nahezu jedem Besuch in Moskau auch mit Vertretern der Zivilgesellschaft zusammengetroffen. Einige von ihnen habe ich regelmäßig bei uns in der Botschaft zu Gast gehabt. Ich hatte nicht den Eindruck, dass ihr Mut gesunken ist. Ihre Arbeitsbedingungen sind schwieriger geworden. Ihr Leben ist schwieriger geworden. Aber ihr Mut ist dennoch gewachsen. Das finde ich bewundernswert.

GERHARDT: Es ist einfach verblüffend, dass Länder, die über einen solchen Ressourcenreichtum verfügen, es nicht ausreichend und schnell genug schaffen, daraus einen zukunftsfähigen Kapitalstock für die nächste Generation zu entwickeln.

WESTERWELLE: Ich habe in diesen vier Jahren etwas Spannendes auf der arabischen Halbinsel erleben können: Wie sehr einige begonnen haben - vielleicht, weil sie auch nicht ganz so beschenkt worden sind

von der Natur - sich zu diversifizieren. Sie setzen Reichtum und Gewinne ein, um auszubauen. Wir sehen dort natürlich Saudi-Arabien und den großen Investor Katar, auch noch die Vereinigten Arabischen Emirate. Ich war aber auch fasziniert, die Entwicklungen unter Sultan Quabus ibn Said in Oman zu sehen, wo Bildung großgeschrieben wird und Frauen - was bei uns kaum jemand registriert - in den öffentlichen Dienst bis hin zur Polizei integriert werden. Ich werde einen Besuch bei einer Universität in Oman nicht vergessen, wo zwar die männlichen und weiblichen Studierenden getrennt voneinander saßen, aber die Frauen selbstbewusst das Wort geführt haben.

GERHARDT: Man könnte fast die Behauptung wagen, dass Frauen in solchen Ländern ein sehr starkes Geschlecht sind, um nicht zu sagen: das stärkere; weil sie mehr als die Männer die Fähigkeit und den Willen besitzen, Bildungsangebote wahrzunehmen. Das waren stets meine Eindrücke.

WESTERWELLE: Die Frauen, denen in manchen Gesellschaften der Zugang zu

Bildung am strengsten verwehrt war, sind oft diejenigen, die am energischsten darauf drängen. Das ist auch ein Grund dafür, dass man trotz aller Rückschläge in den Umbruchländern dranbleiben muss. Das sind die positiven Faktoren. Frauen, die zum Beispiel in Afghanistan zum ersten Mal seit vielen Jahren wieder für ihre Töchter und sich selbst etwas Freiheit, Bildung und Ausbildung erleben konnten und besonders engagiert gegen jede Form von Revanchismus eintreten.

GERHARDT: Liberalismus ist eigentlich eine notwendige Denkform der Moderne. Es kommt keine Gesellschaft darum herum, sich mit Bildungsanstrengungen, mit Ökonomie, mit marktwirtschaftlichen Entwicklungen auseinanderzusetzen und sich verantwortungsbewusst auch in internationalen Netzwerken zu bemühen.

WESTERWELLE: Es gibt viele Globalisierungsgegner, die sich in Wahrheit nicht gegen die Globalisierung stellen, sondern gegen die Liberalisierung und alles, was damit verbunden ist. Wir sehen, dass Globalisierung nicht nur ein Faktor des ökonomischen Wettbewerbs ist, sondern auch ein Wettbewerb der Ideen, der Gesellschaftsmodelle, der Werte.

GERHARDT: Das neue rhetorische Kraftzentrum Asien - ich wähle bewusst den Begriff „rhetorisch“ - hat unglaubliche Wachstumskräfte, aber noch nicht die gesellschaftliche Stabilität, die diese Wachstumsraten begleiten sollte. Es liegt noch eine unglaubliche Menge historischer Trümmer, die zwischen diesen Ländern noch nicht beiseitegeräumt wurden. Japan und Korea streiten um kleine Inseln. Wie ist Ihre Einschätzung der Potenziale Asiens, wie nehmen Sie Asien wahr in internationalen Konferenzen? Spielt Asien eine „leading role“ oder ist es noch auf der Suche?

WESTERWELLE: Asien als Ganzes spielt diese Rolle noch nicht, mit seinen drei, vier Wachstumssäulen schon. Das große China spielt eine eigene Rolle, ebenso der indische Subkontinent, auch Japan. Die bei uns unbekannteste Wachstumssäule in Asien jedoch

»DA IST GANZ AUGENSCH EINLICH ETWAS SEIT DEM 11. SEPTEMBER AUS DEM LOT GERATEN - DAS MUSS GERICHTET UND NEU JUSTIERT WERDEN.«

GUIDO WESTERWELLE

sind die ASEAN-Staaten; sie haben erstaunlich schnell zueinandergefunden, bei allem, was es an Widersprüchen untereinander gibt. Faszinierend war zu beobachten, wie die ASEAN-Staaten nicht nur bei wirtschaftlicher, sondern auch politischer Öffnung ihre koordinierte Aufgabe wahrgenommen haben. Ohne das gemeinsame Wirken der ASEAN-Staaten würden wir heute nicht über den Öffnungsprozess in Myanmar mit Aung San Suu Kyi und Staatspräsident Thein Sein an der Spitze reden - zur Öffnung gehören ja beide Seiten.

GERHARDT: Doch nun zu Amerika. Wir sind mitten im Wahlkampf. Debatten über Abhörmechanismen bewegen täglich den Blätterwald, die aber nach meiner Auffassung nicht den Kern der deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit berühren. Dennoch muss ich als Liberaler festhalten: Es kann ja nicht sein, dass ein befreundetes Land sich mit seinen Möglichkeiten ein Volumen an Abhörchancen bei Freunden verschafft, die aus meiner Sicht auch überflüssig sind.

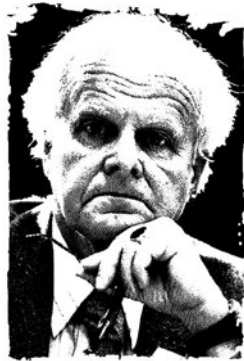
WESTERWELLE: Hier ist Freundlichkeit in der Form, aber Klarheit in der Sache erforderlich. Das Wort von der „uneingeschränkten Solidarität“, das nach den Terroranschlägen vom 11. September von der damaligen deutschen Bundesregierung verwendet worden ist, habe ich noch im Ohr. Wir müssen uns immer unter Freunden - von Guantanamo bis hin zur Abhörfrage - an die gemeinsamen Werte erinnern dürfen, und vor allen Dingen auch an die richtige



Balance von nationalen und gemeinsamen Sicherheitsinteressen und der Privatheit und der Privatsphäre. Da ist ganz augenscheinlich etwas seit dem 11. September aus dem Lot geraten - das muss gerichtet und neu justiert werden.

GERHARDT: Mich verwundert ohnehin, wie viele Privatheit einfordern und ihre Persönlichkeit zugleich durch Gebrauch technologischer Mittel aufgeben, etwa bei Facebook. Da ist oft die eigene Verhaltensweise im umgekehrten Verhältnis zur politischen Forderung. Ich finde, dass wir die Debatte über die Zukunft des transatlantischen Bündnisses nicht auf diesen Punkt fixieren sollten. Das Bündnis hat unglaubliche Potenziale für die Zukunft - es gibt strategisch weltweit keine andere Konstellation, die solche Möglichkeiten hat ...

WESTERWELLE: ... und die so ähnliche Interessen hat, denn auch die Vereinigten Staaten sind ja eine Gesellschaft, die auf den Werten der Aufklärung beruht. Europa und die USA leben die offene Gesellschaft, wollen die offene Gesellschaft. Wenn wir uns zusammmentun, dann können wir die Standards in der Welt setzen - andernfalls werden wir erleben, dass die Standards von anderen gesetzt werden. ●



„DIE FREIHEIT IST EIN GUT, DAS DURCH GEBRAUCH WÄCHST, DURCH NICHTGEBRAUCH DAHINSCHWINDET.“

CARL FRIEDRICH VON WEIZSÄCKER

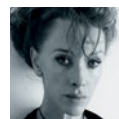
Es gibt wenige Worte, Liebe vielleicht, oder Heimat, die für jeden eine andere, aufgeladene Bedeutung haben. Sitzt eines gerade im Gefängnis, wird sie zwangsverheiratet, herrscht in seinem Land eine Diktatur, möchten gleichgeschlechtliche Paare sich offen zeigen, oder geht es darum, sich nicht an einen Partner zu binden, sondern jederzeit frei in den Sonnenuntergang reiten zu können? Die arme Freiheit, die fast alle gerne aufgeben, um kaufen zu können, wenn sie in Ländern leben, die keine ernsthaften Sorgen haben. In solchen, in denen die meisten eine Wohnung und ausreichend Nahrung haben, in der es dem Mittelstand nach den Dauerkrisen, die den Kapitalismus vor seinem Übergang in die nächste Stufe befallen, wie lästige Kinderkrankheiten, immer schlechter geht.

Aber noch nicht so schlecht, dass Erwachsene wieder zu ihren Eltern ziehen müssen, wie in einigen Ländern Europas. Reden wir von der Freiheit in unseren gut organisierten, deutschsprachigen Ländern, in denen die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen noch nicht 30 Prozent beträgt, und damit in den nächsten zwei Jahren keine Bürgerkriege zu erwarten sind. Reden wir nicht von der Überwachung, von der Kontrolle am Flughafen, von den Kameras in den Städten, von Gesetzen und Nachbarn, von Bauvorschriften und Verboten. Reden wir von der persönlichen Freiheit, die uns geblieben ist. Und die die meisten Menschen, ohne es zu hinterfragen, aufgeben. Sehr viele folgen dem, was die sogenannte Gesellschaft von einem gut verwaltbaren Menschen erwartet. Er muss den richtigen BMI haben, muss Nichtraucher und am besten männlich und hell-

häutig sein. Nach seiner erfreulich absolvierten Ausbildung muss der Mensch sich paaren, fortpflanzen und verschulden, das hält ihn bei der Stange, das macht ihn gefügig. Der Mensch scheint die Bilder, die ihm von Werbung, Film und Medien zur Verfügung gestellt werden, verinnerlicht zu haben. Angepasst, unauffällig, politisch ein wenig aktiv, ökologisch ein wenig bewusst, folgt er dem, was gesellschaftlicher Standard zu sein scheint.

Er redet nicht in Originaltönen, er trägt am Freitag smart casual und er ist politisch korrekt. Kinder werden mit Psychopharmaka eingestellt, genetische Abweichung dank pränataler Diagnostik entfernt. Alles ist sauber und verputzt, bereit zum Einkauf. Junge Leute wollen nicht mehr Künstler werden, sondern Star, Alte wollen einfach nur durchkommen. Gesund, leistungsfähig, konsumorientiert und unauffällig. Anpassung als Überlebensstrategie? Verschuldung als Glücksgarant. Die Überwachung der Aussage, die man mit seinem Lebensentwurf trifft, übersteigt alles, was von Geheimdiensten erfolgen kann. Aber letztlich ist die Freiheit in einem zeitlich begrenzten Rahmen, dessen Ende nicht unserer Entscheidung obliegt, doch sehr relativ. Und vielleicht ein wenig egal. ●

Mehr Freiheitszitate: www.freiheit.org/zitate



SIBYLLE BERG, geboren in Weimar, lebt in Zürich. Sie hat zahlreiche Bücher veröffentlicht, darunter: „Vielen Dank für das Leben“, 2012, und „Der Mann schläft“, 2009. Ihre Theaterstücke („Angst reist mit“, „Helges Leben“) laufen im In- und Ausland. www.sibylleberg.ch



WOLFGANG GERHARDT
Herausgeber *liberal*

„LIBERAL IST DIE
PLATTFORM FÜR FREIE,
BÜRGERLICHE
DEBATTEN ABSEITS
DES MAINSTREAMS.“

liberal bittet Freigeister wie Vince Ebert, Jan Fleischhauer, Wladimir Kaminer, Necla Kelek, Harald Martenstein, Michael Miersch, Ulf Poschardt, Terry Pratchett, Roland Tichy, Christian Ulmen und Wolfram Weimer in die Arena.

liberal ist laut Leserpost ein „intelligentes und mit spitzer Feder geschriebenes, exquisites Magazin“.

liberal verleiht der Freiheit viermal jährlich eine Stimme.

liberal wird herausgegeben von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.



BESTELLUNG AN: *liberal*-Aboservice
Dienstleistungen COMDOK GmbH
Eifelstraße 14 • 53757 Sankt Augustin
per Fax: +49 (0) 2241/34 91 11 | per E-Mail: abo@libmag.de

Online-Bestellung: www.libmag.de oder QR-Code scannen



- ☐ Ich bestelle „*liberal* – Debatten zur Freiheit“ im **JAHRESABO** für 38 Euro (Inlandspreis inklusive Gratis-App, Porto und Verpackung)
- ☐ Ich bestelle „*liberal* – Debatten zur Freiheit“ als **STUDENTEN-ABO** für 28 Euro (inklusive Gratis-App, Porto und Verpackung), Immatrikulationsbescheinigung an: abo@libmag.de
- ☐ Ich bestelle „*liberal* – Debatten zur Freiheit“ als **AKTUELLES EINZELHEFT** für 7,90 Euro (Inlandspreis, zzgl. 2,50 Euro Porto und Verpackung)

Zahlung gegen Rechnung – bitte Rechnung abwarten, keine Vorauszahlung leisten. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ablauf eines Bezugsjahres bei der oben genannten Adresse gekündigt wird. Auslandspreise auf Anfrage.

Vorname Name _____

Straße Nr. _____

PLZ Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Datum, Unterschrift _____

VIERMAL IM JAHR
liberal
DEBATTEN ZUR FREIHEIT



Lassen Sie doch mal wieder die Kinder gewinnen – mit Ihrer Pflege- Zusatzversicherung

Wenn im Pflegefall Kosten von mehreren Tausend Euro im Monat zusammenkommen, reicht die gesetzliche Pflegeversicherung nicht aus. Dann müssen unsere Kinder für die Rechnung der Eltern geradestehen. Gut, dass der Staat jetzt die zusätzliche private Pflegevorsorge fördert. Sie hilft Jung und Alt. Erfahren Sie mehr unter www.pkv.de



Verband der Privaten
Krankenversicherung